

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung für den Zeitraum 2002 bis 2005

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Vorbemerkung	3
2 Politische Rahmenbedingungen	4
2.1 Internationale Einbindung	4
2.1.1 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002	5
2.1.2 Commission on Sustainable Development (CSD)	5
2.1.3 United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)	6
2.1.4 United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)	7
2.1.5 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)	7
2.1.6 Europäische Union	7
2.1.7 Europarat	8
2.2 Nationaler politischer Rahmen	8
2.2.1 Politikberatung	8
2.2.2 Beschluss des Deutschen Bundestages zur UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)	9
3 Aktivitäten der Bundesregierung	10
3.1 Nationale Nachhaltigkeitsstrategie	10
3.2 Bundeskanzleramt, Bundesressorts und nachgeordnete Einrichtungen	11

	Seite
3.2.1 BK	12
3.2.2 BMBF	12
3.2.3 BMU	21
3.2.4 BMZ	24
3.2.5 BMVEL	26
3.2.6 BMFSFJ	28
3.2.7 BMI	29
3.2.8 BMGS	31
3.2.9 BMVBW	32
3.2.10 BMWA	33
3.2.11 BMVg	33
3.2.12 AA	34
4 Aktivitäten der Bund-Länder-Kommission für Bildungs- planung und Forschungsförderung (BLK)	34
4.1 BLK-Programm „21“	34
4.2 BLK-Programm „Transfer-21“	39
4.3 Weitere Programme	40
4.4 Beitrag der BLK zur UN-Dekade	41
5 Deutsche Bundesstiftung Umwelt	42
6 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)	42
7 Zusammenfassung und Ausblick	45
Abkürzungsverzeichnis	46
Literatur	51
Verzeichnis wichtiger Internetadressen	53

1 Vorbemerkung

Der nachfolgende Bericht befasst sich entsprechend dem Auftrag des Deutschen Bundestages vom Juni 2000 (Bundestagsdrucksache 14/3319) mit dem Stand und der Entwicklung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland für den Zeitraum 2002 bis 2005. Er schreibt den Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vom Januar 2002 (BMBF 2002) fort.

Der Bericht ist Teil der umfangreichen Aktivitäten der Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltige Entwicklung ist eine umfassende Modernisierungsstrategie, an der sich die Bundesregierung als Leitlinie orientiert. Sie fragt danach, wie unsere Gesellschaft insgesamt zukunftsfähig gestaltet werden kann. Dabei geht es darum, wandelnde Rahmenbedingungen nicht passiv zu erdulden, sondern sie aktiv zu gestalten. Dafür ist Bildung eine unerlässliche Voraussetzung. Mit dem Dakar-Aktionsplan zur „Bildung für alle“ sowie den Millennium-Entwicklungszielen wird angestrebt, für alle Kinder weltweit eine Grundbildung zu gewährleisten. Der Schwerpunkt dieses Berichtes liegt jedoch nicht im Bereich der Grundbildung, sondern widmet sich der Frage, wie weit die Integration des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Agenda 21 in den verschiedenen Bildungsbereichen fortgeschritten ist. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung soll die Menschen zur aktiven Gestaltung einer ökologisch verträglichen, wirtschaftlich leistungsfähigen und sozial gerechten Umwelt unter Berücksichtigung globaler Aspekte befähigen. In das Konzept der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind unter anderem Ansätze der Umweltbildung und der entwicklungspolitischen Bildung sowie des interkulturellen Lernens, der Friedenspädagogik, der Konsumerziehung, der Gesundheitserziehung und der politischen Bildung eingeflossen (BLK 1998: 25). Sie werden miteinander verbunden und weiterentwickelt. Die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung greift die Inhalte und Schwerpunkte dieser verschiedenen Ansätze auf und stellt sie vor dem Hintergrund des Konzepts einer nachhaltigen Entwicklung zueinander in Beziehung.

In den 90er Jahren hat sich die entwicklungspolitische Bildung zum Globalen Lernen weiterentwickelt wie auch die Umweltbildung im Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ihre Perspektive erweitert hat. Globales Lernen und die moderne Umweltbildung leisten neben weiteren Bildungsansätzen somit wichtige Beiträge zu einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Da sie aber die „Frage nach weltweiter Gerechtigkeit und den wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten eines Zusammenlebens auf diesem Planeten“ (Scheunpflug 2001: 92) bzw. Fragen des weltweiten Ressourcenerhalts und -schutzes in den Vordergrund stellen, werden sie allein den Ansprüchen einer nachhaltigen Entwicklung nicht gerecht. Indem die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung mit einem umfassenderen Ansatz arbeitet, der ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Aspekte integriert, trägt sie zu einem besseren Verständnis komplexer Zu-

sammenhänge bei, die allein von der Umweltbildung oder dem Globalen Lernen nicht aufgezeigt werden können.

Bildung für nachhaltige Entwicklung bildet eine Schnittmenge aus den verschiedenen oben genannten Bildungsansätzen. Darin müssen nicht alle bisherigen Ansätze der Umweltbildung und der entwicklungspolitischen Bildung vollständig aufgehen. Bildung für nachhaltige Entwicklung regt aber durch diesen speziellen Fokus die Diskussion zwischen den verschiedenen Bildungsansätzen an: Zielallianzen können identifiziert werden, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung zu stärken. Zielkonflikte können sichtbar gemacht und zur Diskussion gestellt werden, um die Bildung für nachhaltige Entwicklung für Weiterentwicklung und Innovation zu öffnen.

Die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung stellt den Zukunfts- und Gestaltungsgedanken in den Vordergrund (BLK 1999). Ihr übergreifendes Bildungsziel ist der Erwerb von Gestaltungskompetenz. „Mit Gestaltungskompetenz wird die Fähigkeit bezeichnet, Wissen über nachhaltige Entwicklung anwenden und Probleme nicht nachhaltiger Entwicklung erkennen zu können. Das heißt, aus Gegenwartsanalysen und Zukunftsstudien Schlussfolgerungen über ökologische, ökonomische und soziale Entwicklungen in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit ziehen und darauf basierende Entscheidungen treffen, verstehen und umsetzen zu können, mit denen sich nachhaltige Entwicklungsprozesse verwirklichen lassen.“ (BLK 2005b) Teilkompetenzen sind z. B. die Fähigkeit zu vorausschauendem Denken und interdisziplinärem Arbeiten, die Fähigkeit zur Partizipation, zur Perspektivübernahme und zur Reflexion der eigenen Lebensstile.

Auch wenn dem Erwerb von Kompetenzen die zentrale Bedeutung zukommt, ist es nicht beliebig, an welchen Sachverhalten diese Fähigkeiten ausgebildet werden. Es sollten solche sein, die gegenwärtig als wesentlich für nachhaltige, zukunftsfähige Entwicklungsprozesse bzw. als deren wesentliche Gefährdungsmomente identifiziert werden können. Als Kernthemen für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung können vor diesem Hintergrund z. B. Konsum, Energie, Mobilität, Ernährung/Landwirtschaft, Wohnen, Globalisierung, Multikulturalität, Eine Welt und Urbanisierung gesehen werden (de Haan 2001; de Haan 2002).

Durch die Verknüpfung von entsprechenden Inhalten und Methoden hat Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen die Aufgabe, Lernprozesse zu initiieren, die zum Erwerb von für eine nachhaltige Entwicklung erforderlichen Analyse-, Bewertungs- und Handlungskompetenzen beitragen.

Wir befinden uns in Deutschland am Anfang einer großen Bildungsreform. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist integraler Bestandteil dieser Bildungsreform. Der erste Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung dokumentierte bereits im Jahr 2002 eine vielfältige Akteurslandschaft und Ansätze zur Implementierung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in nahezu allen Bildungsbereichen. Im

Zeitraum 2002 bis 2005 wurde das Konzept „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in den verschiedenen Bereichen der Bildungspraxis weiterentwickelt, erprobt oder implementiert. Den strukturierenden Rahmen für die weiteren Aktivitäten wird die im Jahr 2005 von den Vereinten Nationen ausgerufene Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung 2005 bis 2014“ darstellen, die bereits zahlreiche Aktivitäten der Deutschen UNESCO-Kommission, der Bundesregierung, der Länder und vieler anderer Akteure ausgelöst hat (siehe Kapitel 4.4 und 6).

Bei einer nachhaltigen Entwicklung geht es um die Entwicklung einer integrierten Strategie. Sie ist Teil aller Politikfelder und betrifft damit Bildungspolitik ebenso wie Umwelt-, Landwirtschafts-, Entwicklungs-, Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Verbraucherschutz-, Jugend- und Finanzpolitik etc. Eine nachhaltige Entwicklung kann von der Regierung nicht „verordnet“ werden; sie muss daher auch Thema der Wirtschaft sowie von Verbänden, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) sein. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass der Bund im Bildungsbereich im Vergleich mit Ländern, Kommunen und teilautonomen Einrichtungen, wie es z. B. die Hochschulen sind, nur einen eingeschränkten, durch das Grundgesetz vorgegebenen Handlungsspielraum besitzt.

Im vorliegenden zweiten Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wird dargestellt und analysiert, wie sich die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung entwickelt hat und wo Handlungs- oder Forschungsbedarf besteht. Der Bericht konzentriert sich dabei weitgehend auf die Aktivitäten des Bundes. Es ist vorgesehen, im dritten Bericht erneut das breitere Akteurspektrum der Bildung für nachhaltige Entwicklung abzubilden, wie es auch durch die intensive Beteiligung an der Gestaltung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sichtbar wird (siehe auch Kapitel 6).

Der Bericht umfasst folgende Abschnitte:

- politische Rahmenbedingungen,
- Aktivitäten der Bundesregierung,
- Aktivitäten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK),
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt,
- UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014).

Hinsichtlich der Darstellung von Aktivitäten der Länder zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurden Ergebnisse des BLK-Programms „21“, Publikationen zum laufenden Programm „Transfer-21“ sowie Überlegungen der BLK zum gemeinsamen Beitrag von Bund und Ländern zur 2005 beginnenden UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausgewertet.

2 Politische Rahmenbedingungen

Die Bundesregierung setzt das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, das auf der Konferenz für Umwelt und Ent-

wicklung in Rio de Janeiro 1992 (Agenda 21) beschlossen worden ist, konsequent in ihre Politik um und integriert es in die verschiedenen Politikbereiche. Nachdrücklich bestätigt hat sie dies 2002 durch die Verabschiedung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie unter dem Titel „Perspektiven für Deutschland“, den Fortschrittsbericht 2004 und den vor kurzem vorgestellten „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ (siehe Kapitel 3.1).

Die Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung erfordert eine Modernisierung von Staat und Gesellschaft, die die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit und die gerechte Verteilung von Arbeit, Einkommen und Lebenschancen als gleichrangige Ziele verfolgt. Dabei kommt der Bildung ebenso wie der Forschung, Wissenschaft und Technologie eine wichtige Bedeutung zu. Innovationen, neues Wissen sowie dessen intelligente Nutzung sind Schlüssel für die Lösungen der ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Herausforderungen dieses Jahrhunderts, die im Zuge der stattfindenden Globalisierung eine zusätzliche Bedeutung erhalten.

Der im Herbst 1998 verabschiedete Orientierungsrahmen „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK 1998) sowie – zunächst bezogen auf den Bereich der allgemeinen Bildung – das Gutachten zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BLK 1999) stellen die Ausgangslage für die Weiterentwicklung einer zukunftsfähigen Bildungspolitik im Sinne der Agenda 21 dar. In diesen Dokumenten wurden zentrale Eckpunkte festgehalten, die Aufgaben einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Bereichen Kindertagesstätten, Schule, Berufliche Bildung, Hochschule und allgemeine Weiterbildung sowie außerschulische Bildung umfassen.

Der im Januar 2002 veröffentlichte Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BMBF 2002) hat aufgezeigt, welche Aktivitäten im Zeitraum 1997 bis 2001 zur Verankerung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen entwickelt und welche Erfahrungen dabei gemacht wurden.

Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) bildet einen zusätzlichen Rahmen für die Weiterentwicklung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und deren Implementation in das gesamte deutsche Bildungssystem (siehe Kapitel 6).

2.1 Internationale Einbindung

Wichtige Ausgangspunkte für die Rezeption nachhaltiger Entwicklung in Deutschland und demzufolge auch für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind der Weltgipfel für eine nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002 sowie internationale Initiativen der CSD, der UNESCO, der UNECE, der OECD, der Europäischen Union und des Europarates.

2.1.1 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002

Zehn Jahre nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992, bei der die Agenda 21 als Handlungsprogramm für das 21. Jahrhundert beschlossen und darin das Konzept einer nachhaltigen Entwicklung als globales Leitbild verabschiedet wurde, fand vom 26. August bis 4. September 2002 in Johannesburg (Südafrika) der Weltgipfel für eine nachhaltige Entwicklung statt (World Summit on Sustainable Development, WSSD). Dieser wurde von der Commission on Sustainable Development (CSD) unter Beteiligung von Vertretern von Nichtregierungsorganisationen vorbereitet. Der Weltgipfel galt der Überprüfung der Fortschritte im Bereich nachhaltige Entwicklung seit 1992 und der Festlegung neuer Handlungsprioritäten und Zeitziele. Im Vordergrund standen dabei die Gestaltungsfelder Globalisierung und nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung und Umwelt, Energiepolitik und Wasserwirtschaft, Ressourcenschutz und -effizienz sowie nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster.

Zum Abschluss des Weltgipfels wurden eine politische Erklärung der Staats- und Regierungschefs (Johannesburg Declaration on Sustainable Development) und ein Aktionsplan zur weiteren Verbesserung der Durchsetzung einer nachhaltigen Entwicklung (Johannesburg Plan of Implementation, JPOI) verabschiedet. Die „Johannesburg Declaration on Sustainable Development“ bekräftigt die Ziele und Prinzipien der in Rio de Janeiro beschlossenen Agenda 21 und bekennt sich erneut zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung. Der „Plan of Implementation“ ist ein Aktionsprogramm, das Handlungsprioritäten und Zeitziele für die genannten Politikfelder enthält. Er fordert in mehreren Bereichen erneut dazu auf, Umsetzungsprogramme auszuarbeiten (WZB 2002). Des Weiteren wurden mehr als 300 freiwillige Partnerschaften zwischen Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und Unternehmen vorgestellt, die Aktivitäten zur Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung anstreben.

In Johannesburg wurde die Rolle der Bildung als Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung deutlicher als bisher hervorgehoben. Die Teilnehmer des Weltgipfels betonten die Notwendigkeit, nachhaltige Entwicklung in alle Ebenen des Bildungssystems – von der Vorschule bis zur Hochschulbildung und der nonformalen Bildung – zu integrieren. So heißt es in Paragraph 18 der politischen Erklärung: „... wir werden den Technologietransfer, die Erschließung der menschlichen Ressourcen sowie Bildung und Ausbildung gewährleisten, damit die Unterentwicklung für immer gebannt wird“ (WZB 2002: 5). Der Aktionsplan des Weltgipfels konstatiert: „Bildung ist für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung von entscheidender Bedeutung“ (WZB 2002: 47). In verschiedenen Kapiteln wird zudem die Schlüsselrolle von Bildung für einzelne nachhaltigkeitsrelevante Handlungsfelder wie Geschlechtergerechtigkeit, ländliche Entwicklung, Gesundheitsversorgung und Konsummuster aufgezeigt. Außerdem bekräftigt der Aktionsplan das Millennium-Ziel, bis 2015 allen Kindern weltweit den

Zugang zu universeller Grundbildung zu ermöglichen, und empfiehlt, nationale und internationale Ressourcen für die Grundbildung bereitzustellen, wie es bereits im „Dakar Framework for Action on Education for All (EFA)“ formuliert wurde. Der Aktionsplan spricht sich für die Erstellung und Umsetzung von lokalen, subnationalen und nationalen Bildungsplänen aus, die unter anderem Bildung für nachhaltige Entwicklung thematisieren sollen. Als wichtige Maßnahme wird die Durchführung einer Dekade zur Bildung für nachhaltige Entwicklung ab 2005 vorgeschlagen.

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat am 20. Dezember 2002 die Empfehlung der Johannesburg-Konferenz aufgenommen und für das nächste Jahrzehnt eine Weltdekade zur „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgerufen (vgl. Kapitel 6). Die UNESCO wird als „lead agency“ für die Umsetzung der Dekade benannt (Resolution 57/245 der UN-Generalversammlung). Ziel der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der auf der Rio-Konferenz beschlossenen und in Johannesburg bekräftigten Agenda 21 (Kapitel 36) beizutragen und die Prinzipien nachhaltiger Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen sind aufgefordert, national und international Bildungsaktivitäten zu entwickeln, die das Ziel der Weltgesellschaft, die Lebens- und Überlebensbedingungen für die jetzt lebenden und die zukünftigen Generationen zu bewahren, unterstützen und Wege dorthin aufzeigen.

2.1.2 Commission on Sustainable Development (CSD)

Um eine effektive Umsetzung der Agenda 21 zu gewährleisten, gründeten die Vereinten Nationen Anfang 1993 die Kommission für nachhaltige Entwicklung (Commission on Sustainable Development, CSD) als Unterorgan des Wirtschafts- und Sozialrates (ECOSOC). Ihr gehören 53 vom Wirtschafts- und Sozialrat gewählte Mitgliedstaaten an, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland. Die CSD hat verschiedene Aufgaben: den weltweiten Umsetzungsprozess einer nachhaltigen Entwicklung zu beobachten und zu bilanzieren, Vorschläge für die weitere Förderung der Nachhaltigkeit zu entwickeln sowie den Dialog und die Vernetzung aller relevanten Akteure voranzutreiben. Die CSD beschäftigt sich auf jährlichen Konferenzen systematisch mit einzelnen Themen- und Handlungsfeldern der Agenda 21 darunter auch Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Zur Umsetzung des Johannesburg Plan of Implementation hat die CSD ein Arbeitsprogramm für den Zeitraum 2004 bis 2017 beschlossen, das in Zweijahreszyklen Schwerpunktthemen bearbeitet (z. B. 2004/2005: Wasser, sanitäre Grundversorgung, Siedlungen; 2006/2007: Energie, Luftverschmutzung, Klimawandel, wirtschaftliche Entwicklung) und dabei fortlaufend bestimmte Querschnittsthemen in die Beratungen einbezieht, zu denen auch „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ zählt.

2.1.3 United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (UNESCO)

Für bildungspolitische Aspekte im internationalen Rahmen spielt die UNESCO (United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization) als die für Bildung und Wissenschaft zuständige Sonderorganisation der Vereinten Nationen eine wichtige Rolle. Sie hat die Aufgabe des Task-Managers für das Kapitel 36 der Agenda 21 übernommen, das die Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung thematisiert. In dieser Funktion betreibt sie Öffentlichkeitsarbeit für die Umsetzung dieses Kapitels, entwickelt Lehr- und Lernmaterialien, bemüht sich um die internationale Vernetzung von Bildungsaktivitäten und unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung und Umsetzung ihrer Bildungspolitiken. Als ein Beispiel für die Aktivitäten der Organisation kann das im Auftrag der UNESCO entwickelte multimediale Lernprogramm „Teaching and Learning for a Sustainable Future“ genannt werden, das Nachhaltigkeit für die Lehrerbildung im Rahmen eines Selbststudiums aufarbeitet (<http://www.unesco.org/education/tlsf>).

In dem Bericht „Education for Sustainability: From Rio to Johannesburg: Lessons learnt from a decade of commitment“ umreißt die UNESCO (2002) ihre Aktivitäten für eine Bildung für eine nachhaltige Entwicklung folgendermaßen:

- eine neue Vision von Bildung: „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist ein junges, aber dynamisches Konzept, das eine neue Vision von Bildung eröffnet: Menschen jeden Alters sollen dazu befähigt werden, Verantwortung für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft zu übernehmen“ (UNESCO 2002: 7);
- Grundbildung: „Eine Grundbildung stellt das Fundament für alle zukünftigen Bildungsprozesse dar und ist ein Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung“ (ebd.: 13);
- Neuausrichtung von Bildung: „Es besteht die Notwendigkeit, die existierenden Bildungspolitiken, -programme und -praktiken derart neu auszurichten, dass sie Konzepte, Fähigkeiten, Motivation und Engagement aufbauen, die für eine nachhaltige Entwicklung vonnöten sind“ (ebd.: 18);
- Bildung für ländliche Entwicklung: „Bildung ist der Schlüssel zur Entwicklung des ländlichen Raumes und ist wesentlich für die wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Vitalität ländlicher Gebiete und Kommunen“ (ebd. 30);
- Lebenslanges Lernen: „Lebenslanges Lernen, inklusive Erwachsenenbildung und Bildung in der Kommune, eine angemessene technische und berufliche Bildung, Hochschulbildung und Lehrerbildung sind wesentliche Merkmale der Befähigung für die Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft“ (ebd.: 35).

Auf dem Weltgipfel für eine nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hatte die UNESCO zusammen mit dem Bildungsministerium der südafrikanischen Regierung parallel zum Weltgipfel stattfindenden Konferenz „Edu-

ating for a Sustainable Future: Action, Commitments and Partnerships“ eingeladen. Der Generaldirektor der UNESCO, Koichiro Matsuura, unterstrich auf dieser Konferenz in seiner Rede die Bedeutung der Bildung: „Bildung – in allen ihren Formen und auf allen Ebenen – ist nicht nur ein Selbstzweck, sondern sie ist auch eines der mächtigsten Instrumente, die wir haben, um die Veränderung voranzutreiben, die zum Erreichen einer nachhaltigen Entwicklung erforderlich sind“ (UNESCO 2002a). Als Resultate der Veranstaltung sind folgende drei Partnerschaften bzw. Projekte zu sehen:

- Global Higher Education for Sustainability Partnership (GHESP),
- New Flagship Programme on Education for Rural People,
- International Marketing and Communications Initiative for Sustainable Development.

Die UNESCO ist weltweit mit der Federführung der Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) beauftragt worden. Die Dekade wurde als Folge des Weltgipfels von Johannesburg von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgerufen. Als „lead agency“ hat die UNESCO die Aufgabe, die Ziele der Dekade zu fördern, die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auf internationaler Ebene zu unterstützen und weltweit die Umsetzung koordinierend zu begleiten. Zudem wurde sie von der UN-Generalversammlung beauftragt, einen internationalen Umsetzungsplan für die Dekade zu erarbeiten. In dem von der UNESCO im Oktober 2004 veröffentlichten Entwurf für einen internationalen Umsetzungsplan „United Nations Decade of Education for Sustainable Development 2005–2014: Draft International Implementation Scheme“ beschreibt die Organisation die Schwerpunkte und Themen einer Bildung für nachhaltige Entwicklung, nennt ihre Vorhaben für die Dekade und gibt Anregungen für die internationale Koordinierung (UNESCO 2004).

Als „lead agency“ wird sich die UNESCO – sowohl mit ihrem Sekretariat in Paris als auch mit den UNESCO-Nationalkommissionen in den Mitgliedstaaten – während der Dekade darum bemühen, dazu beizutragen,

- das Konzept einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weiter zu schärfen und weltweit zu kommunizieren,
- nationale Bildungspolitiken zu überprüfen und formale Bildungssysteme neu auszurichten,
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in nationale Strategie- und Aktionspläne zu integrieren,
- nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster durch Bildung zu unterstützen,
- Investitionen in Bildung zu fördern,
- innovative Praktiken zu identifizieren und bekannt zu machen,
- die öffentliche Wahrnehmung einer Bildung für nachhaltige Entwicklung zu verbessern (UNESCO 2004b).

Bildung für nachhaltige Entwicklung wird von der UNESCO als Querschnittsaufgabe verstanden, die alle ihre Programmbereiche betrifft – also Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Im Jahr 2005 wurde im Wissenschaftsbereich eine neue Abteilung für Wissenschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung eingerichtet, zu deren Aufgaben die intensive Begleitung der UN-Dekade gehört. Eine große Rolle bei der internationalen Abstimmung spielt zudem das Netzwerk der UNESCO-Nationalkommissionen. In Deutschland führt die Deutsche UNESCO-Kommission die Aktivitäten zur Umsetzung der UN-Dekade zusammen (siehe Kapitel 6).

Einen Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung leistet auch das Netzwerk der weltweit etwa 7 500 UNESCO-Projektschulen. Die Schulen orientieren sich in Unterricht und Schulalltag an den Zielen der UNESCO, insbesondere Völkerverständigung und Nachhaltigkeit (siehe Kapitel 3.2.12, AA). Ein weiteres weltweites Netzwerk der UNESCO, die UNESCO-Lehrstühle, ist im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland seit 2005 mit dem UNESCO Chair of Higher Education for Sustainable Development an der Universität Lüneburg vertreten. Ebenfalls Aktivitäten im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung entwickelt das UNESCO-UNEVOC-Zentrum für Berufsbildung in Bonn (siehe Kapitel 3.2.2, BMBF).

2.1.4 United Nations Economic Commission for Europe (UNECE)

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Weltgipfels für eine nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg haben während der Vorbereitungen für die fünfte Ministerkonferenz „Umwelt für Europa“ (Kiew, 2003) sowohl die daran beteiligten Regierungen als auch die Nichtregierungsorganisationen ihr Interesse zum Ausdruck gebracht, die Qualität der Umweltbildung zu verbessern. Die UNECE-Umweltminister haben daher auf ihrer Konferenz in Kiew (21. bis 23. Mai 2003) eine Stellungnahme zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (UNECE 2003) beschlossen und in dieser die zentrale Funktion von Bildung für Umweltschutz und eine nachhaltige Entwicklung anerkannt. Die Konferenz der Umweltminister hat die UNECE mit dem Mandat ausgestattet, eine Strategie für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in enger Kooperation mit der UNESCO, dem Europarat und anderen relevanten Akteuren zu entwickeln. Die UNECE ist eine Einrichtung des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen und eine von fünf regionalen Kommissionen der Vereinten Nationen.

Auf der Konferenz der Umwelt- und Bildungsminister vom 17. bis 18. März 2005 in der litauischen Hauptstadt Wilna wurde die Strategie der UNECE zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (UNECE 2005a) abschließend beraten und verabschiedet. Des Weiteren wurde der „Vilnius Framework for the Implementation of the UNECE Strategy for Education for Sustainable Development“ (UNECE 2005b) beschlossen. Mit der Implementierung ihrer Strategie zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung will die UNECE einen regionalen Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ leisten.

Als Ergebnis des Treffens von Wilna hat die UNECE auch beschlossen, in Absprache mit der UNESCO ein Steuerungsgremium für die UN-Dekade für die Region Europa einzurichten.

Ziel der UNECE-Strategie ist, die Mitgliedstaaten zu ermutigen, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in ihre formalen Bildungssysteme, in alle relevanten Fächer sowie in die nonformale und die informelle Bildung zu integrieren. Dies soll Menschen mit Wissen über und Fähigkeiten für eine nachhaltige Entwicklung ausstatten und ihre Chancen erhöhen, sich für ein gesundes und produktives Leben im Einklang mit der Natur und unter Berücksichtigung sozialer Werte, Geschlechtergerechtigkeit und kultureller Vielfalt einzusetzen (UNECE 2005a: 2). Mit Hilfe der Strategie sollen Schlüsselthemen einer nachhaltigen Entwicklung wie Armutsminderung, Frieden, Ethik, Demokratie, Gerechtigkeit, Menschenrechte, Gesundheit, soziale Gleichheit, kulturelle Vielfalt, Produktion und Konsum, Umweltschutz, Management natürlicher Ressourcen und biologische Vielfalt in alle Bildungssysteme Eingang finden (UNECE 2005a: 4).

2.1.5 Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

Die OECD hat 2004 den Bericht „Implementing Sustainable Development – Key Results 2001–2004“ veröffentlicht, der eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen der OECD zur nachhaltigen Entwicklung enthält.

In der aktuellen Diskussion um Kompetenzkonzepte spielt die interdisziplinär sowie international angelegte DeSeCo-Studie (Definition and Selection of Competencies) der OECD eine besondere Rolle. Mit dem Kompetenzkonzept der OECD werden Schlüsselkompetenzen von Individuen für die Bewältigung künftiger Herausforderungen formuliert, die sich an den normativen Ansprüchen einer nachhaltigen Entwicklung orientieren. Neben der Orientierung auf Menschenrechte und Demokratie formuliert die OECD auch nachhaltige Entwicklung als übergreifendes Ziel und normative Vision. So werden „Menschenrechte, demokratische Werte und eine nachhaltige und integrierte ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung als wünschenswerte Ziele für alle Gesellschaften“ genannt (Rychen 2003: 69). Die DeSeCo-Studie identifiziert drei Kategorien von Schlüsselkompetenzen, die für die persönliche und soziale Entwicklung der Menschen in modernen, komplexen Gesellschaften wesentlich sind: erfolgreich in sozial heterogenen Gruppen interagieren, erfolgreich selbständig handeln sowie mit den Instrumenten der Kommunikation und des Wissens souverän umgehen können. Das Kompetenzkonzept der DeSeCo-Studie wird auch im Kontext der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert. Es deutet viel darauf hin, dass das normative Bildungsziel der Gestaltungskompetenz eine gute Kompatibilität zu den konzeptionellen Überlegungen der DeSeCo-Studie aufweist.

2.1.6 Europäische Union

Im Frühjahr 2000 wurde vom Europäischen Rat in Lissabon die „Lissabon-Strategie“ eingeleitet. Der Europäische

Rat einigte sich auf die strategische Zielsetzung, die Europäische Union zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der in der Lage ist, dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen. Auf der Tagung des Europäischen Rates im März 2005 haben die Staats- und Regierungschefs die Lissabon-Strategie einer Zwischenbilanz unterzogen. Zu ihrer verbesserten Umsetzung sollen alle geeigneten einzelstaatlichen und gemeinschaftlichen Mittel mobilisiert werden. Der Europäische Rat hält fest, dass die Lissabon-Strategie im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung zu sehen ist.

Bereits 1996 hatte sich die Europäische Union mit der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages zum Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung bekannt. Dieses Leitbild konnte 2001 durch die auf dem Europäischen Rat in Göteborg angenommene „Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung“ weiter konkretisiert werden. Darin versucht die EU, die verschiedenen Politiken der Gemeinschaft im Sinne einer wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung zu verbinden. Die Nachhaltigkeitsstrategie ergänzt das politische Engagement der Europäischen Union für wirtschaftliche und soziale Erneuerung und fügt der Lissabon-Strategie die Umweltdimension hinzu.

Als eine Möglichkeit neben anderen zur Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung nennt die Europäische Kommission in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsinvestitionen in Wissenschaft und Technologie“. Dort wird festgestellt, dass unser „langfristiges Wohlergehen in Zukunft ganz entscheidend von unserem Wissen und dem technischen Fortschritt abhängt“ (Europäische Kommission 2002: 29). Im sechsten Rahmenprogramm (2002 bis 2006) für Forschung und technologische Entwicklung in Europa findet sich ein Schwerpunkt mit dem Thema „Nachhaltige Entwicklung, globaler Wandel und Ökosysteme“. Allgemein wird von der EU erkannt, dass dem Bildungssystem bei der Förderung eines besseren Verständnisses der angestrebten nachhaltigen Entwicklung eine elementare Rolle zukommt und dementsprechend bei EU-Bildungsprogrammen zu berücksichtigen ist. Zu nennen sind insbesondere die Programme Sokrates/Erasmus, „Leonardo da Vinci“ und Tempus (siehe Kapitel 3.2.2, BMBF).

2004 hat die Europäische Kommission eine Überarbeitung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eingeleitet, die nicht zuletzt aufgrund der Erweiterung der EU erforderlich geworden ist. Die „Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung“ (Europäische Kommission 2005), die durch den Europäischen Rat im Juni 2005 verabschiedet wurde, dient hierbei als Grundlage. Die neue, vollständigere und anspruchsvollere Strategie soll Zielvorgaben, Indikatoren und ein wirksames Beobachtungsverfahren enthalten und auf einer langfristigen Vision beruhen. Sie soll bis Ende 2005 verabschiedet werden.

2.1.7 Europarat

Bereits 1989 hat der Europarat das „European Centre for Global Interdependence and Solidarity“, besser bekannt

als Nord-Süd-Zentrum, eingerichtet, um die Nord-Süd-Zusammenarbeit zu fördern und Bildung und Information über globale Zusammenhänge zu verbessern. Deutschland ist dem Nord-Süd-Zentrum 2001 beigetreten (siehe Kapitel 3.2.4, BMZ). Das Nord-Süd-Zentrum fördert u. a. das „Global Education Network Europe“ (GENE), das sich als europäisches Netzwerk nationaler Agenturen zur Unterstützung, Koordination und finanziellen Förderung von Globalem Lernen versteht. Sein Zweck ist die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Plattform zur Verbesserung und Ausweitung des Globalen Lernens.

Für das Jahr 2005 hat der Europarat das „European Year of Citizenship through Education“ ausgerufen und ein Steuerungsgremium eingerichtet, in dem auch Deutschland vertreten ist. Wegen der inhaltlichen Nähe von Demokratieerziehung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung stimmt der Europarat dabei seine Aktivitäten eng mit der UNESCO und deren Koordinierungstätigkeit im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ab.

2.2 Nationaler politischer Rahmen

2.2.1 Politikberatung

Auf nationaler Ebene wird die Bundesregierung bei ihrer Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik durch die Expertise interdisziplinär zusammengesetzter Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern unterstützt. Verschiedene Gremien wie der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (SRU), der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) sowie Enquete-Kommissionen (z. B. Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten“; Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“) geben Empfehlungen zur Bildung und Forschung für nachhaltige Entwicklung.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (<http://www.nachhaltigkeitsrat.de>), dem 19 Persönlichkeiten aus unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft angehören, wurde im April 2001 vom Bundeskanzler berufen und nimmt im Wesentlichen folgende Aufgaben wahr: Er liefert Beiträge zur Nachhaltigkeitspolitik (siehe Kapitel 3.1), schlägt konkrete Handlungsfelder und Projekte vor und übernimmt eine zentrale Funktion im gesellschaftlichen Dialog zur Nachhaltigkeit. In eigenständigen Beiträgen zum Monitoring der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat der Rat 2004 einen umfassenden gesellschaftlichen Dialog durchgeführt. Zur Energiepolitik, zur Nachhaltigkeit im Konsum, zur Zukunft der Städte und des Siedlungswachstums, zur Waldwirtschaft und zu weiteren Themen hat der Rat politische Empfehlungspapiere vorgelegt. In diesem Zusammenhang setzt er sich auch mit Fragen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sowie mit Kommunikationsstrategien zur Vermittlung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung in der Bevölkerung auseinander. Der Rat kommuniziert das Leitbild der Nachhaltigkeit über öffentliche Dialoge, mit Filmprojekten, Wettbewerben und mit seinen Jahreskonferenzen. Auf eine Anregung des Rates geht auch die kürzlich gestartete Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“, BIN,

zurück (weitere Informationen siehe Kapitel 3.2.2, BMBF).

Im März 2004 konstituierte sich der Parlamentarische Beirat für nachhaltige Entwicklung, dem neun Mitglieder aller Bundestagsfraktionen angehören (Bundestagsdrucksache 15/2441). Mit der Einrichtung des Parlamentarischen Beirates verstärkt der Deutsche Bundestag seine aktive Rolle in der Nachhaltigkeitsdebatte und ergänzt das in den vergangenen Jahren entstandene Netz aus Regierungsgremien, Kommunen und Ehrenamtlichen, die sich in der „Lokalen Agenda 21“ engagieren, und Unternehmen, die wirtschaftliche Ziele mit ökologischer und sozialer Verantwortung verknüpfen. Zu den Schwerpunkten der Arbeit des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung gehört es unter anderem, die Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und deren Umsetzung zu begleiten, gesetzgeberische Initiativen und Leitprojekte anzuregen, den parlamentarischen und öffentlichen Dialog zu fördern sowie Erfahrungsaustausch zu organisieren. Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte des Parlamentarischen Beirates sind Demographie und Infrastruktur, Generationengerechtigkeit, die Entwicklung eines neuen Indikators für nachhaltigen wirtschaftlichen Wohlstand sowie die Umsteuerung von Umsatz- auf Wohlergehensorientierung in der Ökonomie.

2.2.2 Beschluss des Deutschen Bundestages zur UN-Weltdekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)

Der Deutsche Bundestag hat im Juli 2004 einstimmig beschlossen, einen „Aktionsplan zur UN-Weltdekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘“ auf den Weg zu bringen (Bundestagsdrucksache 15/3472). In diesem Beschluss wird unter anderem auf die Leistungen des BLK-Programms „21“, seine konzeptionellen Grundlagen und praxisrelevanten Produkte hingewiesen und die Bundesregierung aufgefordert, auf nationaler Ebene gemeinsam mit den Ländern dafür Sorge zu tragen, dass die im Rahmen des BLK-21-Programms generierten Ergebnisse, einschließlich innovativer Unterrichtsmaterialien, Organisations- und Beteiligungsmodellen, curriculärer Bausteine, sowie Fortbildungskonzepte für Lehrende und Multiplikatoren auch in der Breite wirksam und in den Schulen verankert werden. Der Deutsche Bundestag unterstützt mit seinem Beschluss die Entscheidung der UN-Vollversammlung, mit der Weltdekade der Bildung für nachhaltige Entwicklung höchste Priorität in der Bildungspolitik und der Entwicklungszusammenarbeit einzuräumen. Der Beschluss bildet die Grundlage für die Durchführung der UN-Dekade in Deutschland (siehe Kapitel 6).

Übersicht über zentrale politische Aktivitäten und Initiativen im Berichtszeitraum 2002 bis 2005

Jahr	Aktivitäten und Initiativen
2002	<ul style="list-style-type: none"> – Verabschiedung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie „Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung“ durch die Bundesregierung – Beteiligung der Bundesregierung am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg – Bilanz- und Positionspapier „Zehn Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland aus der Sicht umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen“ vom DNR und VENRO (DNR/ VENRO 2002)
2003	<ul style="list-style-type: none"> – Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)
2004	<ul style="list-style-type: none"> – Einrichtung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestages (Bundestagsdrucksache 15/2441) – Beschluss des Deutschen Bundestages „Aktionsplan zur UN-Weltdekade ‚Bildung für nachhaltige Entwicklung‘“ (Bundestagsdrucksache 15/3472) – Abschluss des BLK-Programms „21“ (Laufzeit 1999 bis 2004) – BLK-Programm „Transfer-21“ (Laufzeit 2004 bis 2008) – Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie – Start des BMBF-Rahmenprogramms „Forschung für die Nachhaltigkeit“
2005	<ul style="list-style-type: none"> – Auftakt der UN-Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) – Diskussionsbeitrag des VENRO zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005 bis 2014 (VENRO 2005) – Beschluss des „Wegweiser Nachhaltigkeit 2005“ durch die Bundesregierung

3 Aktivitäten der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat im Berichtszeitraum eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung veranlasst und angeregt.

Hierzu gehören vor allem die Erarbeitung einer nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die Fortschreibung der Strategie im Rahmen des Fortschrittsberichts 2004, die Teilnahme am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, die Beteiligung an der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sowie die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen des „Wegweiser Nachhaltigkeit“, den das Bundeskabinett am 10. August 2005 beschlossen hat (siehe Kapitel 3.1).

Darüber hinaus haben einzelne Bundesministerien zahlreiche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, Förderprogramme und Initiativen angestoßen und unterstützt. Im Rahmen der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern wurden Vorhaben initiiert, die in Bezug auf die breite Umsetzung einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung von Bedeutung sind (siehe Kapitel 4).

3.1 Nationale Nachhaltigkeitsstrategie

Von der Bundesregierung wurde im April 2002 die nationale Nachhaltigkeitsstrategie mit dem Titel „Perspektiven für Deutschland“ verabschiedet (Bundesregierung 2002).

Erarbeitet wurde sie vom „Staatssekretärsausschuss für Nachhaltige Entwicklung“ („Green Cabinet“), der speziell für diese Aufgabe eingerichtet wurde. Damit wird die Konsequenz aus der Tatsache gezogen, dass Nachhaltigkeit ein integriertes Konzept ist, das die Grenzen der einzelnen Fachpolitiken überschreitet. Die Arbeit des Staatssekretärsausschusses verbessert die Entwicklung integrierter Politiklösungen. Angesichts ressortübergreifender Problemstellungen genügen die üblichen Abstimmungsverfahren oft nicht, um zu wegweisenden und praxistauglichen Lösungsansätzen zu gelangen. Die Federführung für Nachhaltigkeit innerhalb der Bundesregierung liegt beim Bundeskanzleramt.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat die Bundesregierung bei der Erstellung der Strategie beraten. Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde auf der Grundlage eines breiten gesellschaftlichen Dialogs entwickelt (<http://www.dialog-nachhaltigkeit.de>).

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist ein wesentlicher Bestandteil der Politik der ökologischen Modernisierung der Bundesregierung, in deren Kern es um eine erfolgreiche Verknüpfung von umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen geht. Mit ihr soll eine nachhaltige, das heißt wirtschaftlich leistungsfähige, sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung erreicht werden.

Die Bundesregierung sieht in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie von 2002 vier Leitlinien als zentral für eine nachhaltige Entwicklung an:

- Generationengerechtigkeit,
- Lebensqualität,

- Sozialer Zusammenhalt,
- Internationale Verantwortung.

Mit jeder Leitlinie sind Ziele und davon abgeleitete Indikatoren verbunden. Mit 21 Schlüsselindikatoren für eine nachhaltige Entwicklung will die Bundesregierung in regelmäßigen Abständen überprüfen, wo Deutschland auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung steht, welche Fortschritte erreicht wurden und wo es weiteren Handlungsbedarf gibt. Die Ziele und Indikatoren zeigen als Orientierungswerte die Richtung an, in die die Entwicklung in den kommenden Jahrzehnten gehen soll und dienen insbesondere auch der Erfolgskontrolle. Die Zahl der Indikatoren wurde bewusst klein gehalten. Mit wenigen Kennziffern soll ein rascher Überblick über wichtige Entwicklungen ermöglicht werden. Die Indikatoren sind mit konkreten und – wo sinnvoll und möglich – mit quantifizierten Zielen verknüpft. So soll etwa die Quote der 25-Jährigen ohne Hochschulzugangsberechtigung bzw. Berufsausbildung von heute ca. 12 Prozent bis 2010 um rund ein Drittel und bis 2020 um etwa ein weiteres Drittel auf rund 4 Prozent reduziert werden. Die Studienanfängerquote, die 2000 bei 30,2 Prozent lag, soll bis 2010 auf rund 40 Prozent erhöht werden.

Die Bundesregierung definiert in der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie folgende prioritäre Handlungsfelder für eine nachhaltige Entwicklung: Energieerzeugung und -nutzung, Mobilität, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Demographischer Wandel, Bildung, Wirtschaft, Siedlungsentwicklung und Flächennutzung. In einem ersten Schritt hat die Bundesregierung in der Nachhaltigkeitsstrategie für die ersten drei prioritären Handlungsfelder Konzeptionen, Ziele und Maßnahmen erarbeitet. Auf diese drei Felder wurde zunächst der Schwerpunkt der Umsetzung der Strategie gelegt. Ergänzend zu den in den Handlungsfeldern genannten Zielen und Maßnahmen zeigen konkrete Pilotprojekte, welches Innovationspotenzial in der Idee der nachhaltigen Entwicklung steckt. So soll zum Beispiel mit dem Pilotprojekt „Regionen aktiv“ die Neuausrichtung der Agrarpolitik in Modellregionen konkretisiert werden.

In der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, alle zwei Jahre über die erreichten Ergebnisse zu berichten. Erstmals wurde ein Fortschrittsbericht im Oktober 2004 veröffentlicht (Bundesregierung 2004). Er dokumentiert die von der Bundesregierung beschlossenen Weichenstellungen für eine nachhaltige Entwicklung. Neben der Bilanzierung entwickelt der Fortschrittsbericht die nationale Nachhaltigkeitsstrategie weiter und setzt neue Schwerpunkte für ihre Umsetzung. Vier Themen, die zum Teil bereits in der Nachhaltigkeitsstrategie programmatisch skizziert wurden, wurden neu auf die Agenda gesetzt und im Fortschrittsbericht mit konkreten Maßnahmen unterlegt:

- Potenziale älterer Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft,
- Neue Energieversorgungsstruktur unter Einbeziehung der erneuerbaren Energien,

- Die Kraftstoffstrategie – Alternative Kraftstoffe und innovative Antriebe,
- Verminderung der Flächeninanspruchnahme.

Der Fortschrittsbericht 2004 fordert alle gesellschaftlichen Gruppen auf, einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Zudem wird auf die Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung hingewiesen: „Um insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure dafür zu befähigen, bedarf es mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung. Deutschland wird die von den Vereinten Nationen hierzu ausgerufene Dekade (2005 bis 2014) mit einem eigenen Aktionsprogramm aktiv mitgestalten. Zusammen mit anderen Staaten, mit der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft gilt es, Allianzen für nachhaltige Entwicklung zu bilden“ (Bundesregierung 2004: 126).

Mit dem Wegweiser Nachhaltigkeit, den das Bundeskabinett im August 2005 beschlossen hat, zieht die Bundesregierung erneut Bilanz und entwickelt die Strategie in ausgewählten Schwerpunktthemen weiter. Der Bericht behandelt u. a. die Frage, wie ein nachhaltiges Wachstum zu erreichen ist. Auch fragt er, welche Konsequenzen sich für die Politik aus der demographischen Entwicklung ergeben.

Der Bericht betont die Bedeutung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Es werden Aktivitäten dargestellt, mit denen sich die Bundesregierung den Herausforderungen nachhaltiger Entwicklung an die Bildung stellt. Hierzu gehören etwa die Integration bildungsferner Schichten, der Auf- und Ausbau von Ganztagschulen, der Ausbau der Kinderbetreuung, die Beteiligung an der Weltdekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“, die Sicherung und Fortentwicklung der Qualität der beruflichen Bildung und Maßnahmen im Hochschulbereich.

Der Bericht entwickelt die Strategie in Schwerpunktthemen fort. Behandelt wird zum einen die Frage, wie erneuerbare Energien optimal in das System der Stromversorgung eingepasst werden. Die Qualität der Energieversorgung ist ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit eines hoch entwickelten Wirtschaftsstandorts. Beim zweiten Schwerpunktthema geht es um nachwachsende Rohstoffe. Ihre wirtschaftlich sinnvolle Nutzung hilft, Deutschland als Technikstandort zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und neue Exportmärkte zu erschließen. Ein weiteres Thema ist die zukunftsfähige Waldwirtschaft. Wälder sind ein einzigartiges Naturerbe, das als Ressource wie als Lebensraum gesichert werden muss. Beim letzten Schwerpunktthema geht es um den Bereich der Biologischen Vielfalt oder Biodiversität. Schutz und nachhaltige Nutzung von Kultur- und Naturlandschaften leisten einen bedeutenden Beitrag zur Wertschöpfung in ländlichen Regionen. Darüber hinaus ist die Natur ein wichtiger Innovationsmotor.

Die nationale Nachhaltigkeitsstrategie wurde auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung im September 2002 in Johannesburg vorgestellt. Mit diesem Beitrag und weiteren Initiativen auf dem Weltgipfel hat die Bundesre-

gierung den Kongress in wichtigen Schlüsselfragen beeinflusst.

Die deutsche Delegation konnte in Johannesburg zu wichtigen Verhandlungsergebnissen beitragen:

- Aktionsprogramme der EU zur Wasserversorgung im Gesamtvolumen von 1,4 Mrd. Euro,
- Reduzierung des Rückgangs der Artenvielfalt bis 2010,
- Verminderung der Vernichtung der Weltafischbestände bis 2015,
- Aufruf zum Abbau umweltschädlicher Subventionen,
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien,
- Unabhängigkeit multilateraler Umweltabkommen von Regeln der Welthandelsorganisation (WTO).

Die Bundesregierung hat zudem auf dem UN-Gipfel dazu aufgerufen, der Herausforderung des weltweiten Klimawandels entschieden zu begegnen, wobei sie den Schlüssel für einen wirksamen Klimaschutz wie auch für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in einer nachhaltigen Energieversorgung sieht. Deshalb hat der Bundeskanzler auf dem Weltgipfel zu einer internationalen Konferenz zum Thema erneuerbare Energieträger in Deutschland im Juni 2004 eingeladen (<http://www.renewables2004.de>). Zentrales Thema der Konferenz war: Wie kann der Anteil moderner erneuerbarer Energien mit dem Ziel einer nachhaltigen und effizienten Energieversorgung in Industrie- und Entwicklungsländern deutlich erhöht werden? Die Konferenz hat der in Johannesburg entstandenen Dynamik bei der weltweiten Entwicklung und dem Ausbau erneuerbarer Energien neue Impulse gegeben.

3.2 Bundeskanzleramt, Bundesressorts und nachgeordnete Einrichtungen

Die einzelnen Bundesministerien fördern in unterschiedlicher Weise Vorhaben und Projekte zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Das BMBF, BMU, BMZ und BMVEL sind hier in erster Linie beteiligt. Andere Bundesministerien fördern einzelne bildungsbezogene Projekte. Eine besondere Verantwortung in der beruflichen Bildung nehmen das BMBF und die jeweiligen Fachministerien BMWa, BMU, BMVEL wahr, wenn es um die Neufassung und Novellierung von Ausbildungs- und Fortbildungsordnungen für die verschiedenen Berufe geht. Das BMVEL leistet zudem einen wichtigen Beitrag durch Kampagnen und Projekte zur Verbraucheraufklärung. Im Fokus der Bildungsarbeit des BMFSFJ stehen Kinder und Jugendliche. Das BMI trägt u. a. besondere Verantwortung für die Ausbildung der Nachwuchskräfte der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie für die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung.

Die verschiedenen Vorhaben der Bundesministerien werden im Folgenden – soweit dies möglich ist – den einzelnen Bildungsbereichen zugeordnet, wobei die erwähnten

Projekte nur eine Auswahl aller Ressortaktivitäten zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung darstellen.

3.2.1 BK

Das Bundeskanzleramt ist innerhalb der Bundesregierung federführend für das Thema Nachhaltigkeit. Der Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Dr. Frank-Walter Steinmeier, ist Vorsitzender des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung. Durch die beim Bundeskanzleramt angesiedelte Geschäftsstelle des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung wurde die Erarbeitung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der nachfolgenden Maßnahmen unterstützt. Insofern wird auf die ausführliche Darstellung unter 3.1 verwiesen.

3.2.2 BMBF

Das BMBF widmete sich im Berichtszeitraum verstärkt bildungsbereichsübergreifenden Aktivitäten, die aus dem Resümee des ersten Berichts der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung resultieren. Vorrangiges Anliegen des BMBF war eine bessere Verankerung, Verbreitung, Vernetzung, Information und Kommunikation im Bereich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Dabei standen zwei Aktivitäten im Zentrum: Die Etablierung von Strukturen zur Durchführung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in Deutschland (siehe Kapitel 6) und die vorbereitenden Arbeiten zu einem Internetportal „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Beide Aktivitäten wurden seit 2004 eng miteinander verknüpft.

Die sehr inhomogene Akteurslandschaft innerhalb der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist für Interessierte nur schwer zu überschauen und zwischen den Akteuren aus einzelnen Bildungs- oder Politikbereichen sind Defizite im Informations- und Kommunikationsfluss zu verzeichnen. Im ersten Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung wurde zur Lösung dieser Probleme die Etablierung eines Netzwerks unter Nutzung der neuen Medien vorgeschlagen. Auf dieser Basis wurde im Auftrag des BMBF im Jahr 2004 eine Studie vorgelegt, die die Realisierungsmöglichkeiten eines solchen Portals reflektiert und erste Vorschläge zur Konzeption unterbreitet.

Mit der Machbarkeitsstudie „Portal Bildung für eine nachhaltige Entwicklung: Internetportal zur Vernetzung bestehender Angebote“ wurde untersucht, wie ein Netzwerk „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ durch ein Internetportal unterstützt werden kann. Die zentrale Frage war hierbei, wie sich eine Betreiberstruktur schaffen lässt, die nach einer entsprechenden Anlaufphase den dauerhaften und qualitativ hochwertigen Betrieb des Netzwerkes gewährleistet.

Im Rahmen der Machbarkeitsstudie wurden hierzu die Rahmenbedingungen und notwendigen Voraussetzungen analysiert und abgeklärt. Ausgehend von einer Erhebung vorhandener Angebote und beteiligter Akteure mit ihren spezifischen Anforderungen wurden mögliche Umsetzungsszenarien entwickelt und überprüft, aus denen sich

Empfehlungen für eine konkrete Umsetzung ableiten lassen.

Die konkrete Ausgestaltung des Internet-Portals wird künftig eng mit den Aktivitäten der UN-Dekade und deren begleitende Kommunikation verknüpft. Das Portal soll dabei den folgenden Zielvorstellungen genügen:

- Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung und der Aktivitäten zur Dekade,
- mittel- und langfristige Vernetzung der Akteure des gesamten Bildungsbereichs,
- Erhöhung der Transparenz und Zugänglichkeit für Nutzer und interessierte Öffentlichkeit,
- Bündelung der Kompetenzen beteiligter Akteure durch Bereitstellung gemeinsamer Angebote.

Träger und Anbindung des Portals sollten eine „Corporate Identity“ ermöglichen und den Akteuren transparente, partizipative Entscheidungsstrukturen bieten. Vor dem Hintergrund der UN-Dekade soll das Portal in die Trägerschaft der Deutschen UNESCO-Kommission (DUK) gestellt werden, in der Bund, Länder und zivilgesellschaftliche Organisationen vertreten sind und die deshalb als Mittlerin zwischen staatlichem und zivilgesellschaftlichem Handeln diesen Anforderungen genügen kann. Da die DUK in Deutschland als so genannte lead agency für die Dekade fungiert, besteht auch eine starke inhaltliche Verbindung zur Thematik. Die Beteiligung der Akteure soll durch einen Beirat, der aus dem Nationalkomitee der Dekade heraus gebildet wird, gewährleistet werden. Dieser Beirat entwickelt Qualitätskriterien und entscheidet über die einzelnen Aufbauschritte des Portals. Das Portal soll einen Magazinteil sowie eine Arbeitsplattform umfassen, die Angebote (z. B. Materialien, Foren, Datenbank, Lernplattform) für alle Bildungsbereiche bereithält. Die Bezüge zur Dekade sollen vor allem im „Magazinteil“ deutlich werden. Das BMBF hat die Deutsche UNESCO-Kommission im März 2005 damit beauftragt, eine Beiratsstruktur für das Portal aufzubauen, die die weiteren konzeptionellen und praktischen Vorarbeiten steuert. Das Portal soll mit seinen ersten Angeboten im Jahr 2006 ans Netz gehen.

Allgemeine Bildung

Die zentralen Beiträge des BMBF im Bereich der allgemeinen Bildung im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung stellen die BLK-Programme „21“ (Bildung für eine nachhaltige Entwicklung) mit einer Laufzeit von 1999 bis 2004 und das Nachfolgeprogramm „Transfer-21“, das von 2004 bis 2008 durchgeführt wird, dar (siehe Kapitel 4.1 und 4.2). Zwei andere BLK-Aktivitäten liefern ebenfalls Beiträge zu Teilaspekten der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung: Das BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ unterstützt den Partizipationsgedanken der Agenda 21 und das BLK-Programm „Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts“ (SINUS) sowie seine Folgeprogramme SINUS-Transfer und SINUS-Transfer-Grundschule haben die

Verbesserung der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Kompetenzen zum Ziel. Dabei geht es vor allem darum, den Erwerb anwendungsfähigen Wissens und problemlösenden Denkens zu fördern. Diese Aspekte sind auch für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung von zentraler Bedeutung (siehe Kapitel 4.3).

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist Element einer gemeinsamen Bildungsreform von Bund und Ländern. Vorrangige Ziele der Reform – nicht zuletzt auch als Konsequenz aus den Ergebnissen von PISA (Programme for International Student Assessment) und IGLU (Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung) – sind

- die Verbesserung der Qualität der Bildung in Deutschland sowie
- der Abbau des durch die Studien deutlich gewordenen Zusammenhangs zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler.

Ein wesentlicher Teil dieser Reform ist das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB), mit dem die Bundesregierung von 2003 bis 2007 die Länder mit insgesamt 4 Mrd. Euro beim bedarfsgerechten Aufbau und Ausbau von Ganztagschulen unterstützt (<http://www.ganztagschulen.org>). Das Programm wurde in allen 16 Ländern gut angenommen, so dass im Schuljahr 2005/2006 nach dem Planungsstand der Länder rund 5 000 neue schulische Ganztagsangebote zur Verfügung stehen.

Für die Ganztagschule kommen Fragen der Nachhaltigkeit auf vielen Ebenen und in verschiedenen Bereichen zum Tragen:

- bei der Planung, Realisierung und Gestaltung von Gebäuden, Schulanlagen und Räumen,
- im Bereich der Gesundheitsprävention, z. B. im Hinblick auf Fragen der Ernährung und Bewegung,
- in Unterricht und Freizeitgestaltung durch mehr Möglichkeiten der Kooperation mit außerschulischen Partnern aus dem sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Umfeld, z. B. in Projekten, fächerverbindendem Unterricht, Arbeitsgemeinschaften, Formen selbstgesteuerten Lernens,
- durch mehr Zeit und Gelegenheiten für eine individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler, die dazu beigetragen soll, den in Deutschland nach wie vor dramatischen Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen,
- im Bereich des sozialen Lernens durch längeres gemeinsames Lernen sowie vielfältigere Formen schulischer Partizipation.

Ganztagschulen bedürfen der engen Kooperation mit Partnern aus dem außerschulischen Umfeld. Damit eröffnen sich wiederum Chancen, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung fest in der Schule zu verankern. Die unterschiedlichen Professionen innerhalb und außerhalb der Ganztagschule können dabei gemeinsam und voneinander lernen. In der Zusammenarbeit der Ganztagschulen

mit ihren Kommunen und dem sozialräumlichen Umfeld, z. B. den Lokalen Agenden, liegt ein besonderes Potential der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Das BMBF unterstützt die Länder bei der inhaltlichen Ausgestaltung der neuen Ganztagsangebote mit einer Reihe von Projekten, die eng miteinander verzahnt werden:

- Begleitprogramm „Ideen für mehr! Ganztägig lernen“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung: Die neuen Ganztagschulen werden beim Lernen aus guter Praxis durch Beratung, Vernetzung und Fortbildung unterstützt. Die Umsetzung erfolgt durch regionale Serviceagenturen in den Ländern. Es ist auch eine der Aufgaben dieses Begleitprogramms, die Ergebnisse des BLK-Programms „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in die Ganztagschulen zu transferieren.
- Wissenschaftliche Begleitforschung in enger Abstimmung mit den Ländern durch ein Forscherkonsortium. An der seit 2005 laufenden „Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen“ (StEG) beteiligen sich 14 Länder.
- BLK-Programm „Lernen für den Ganztag“: Die beteiligten fünf Länder (Federführung: NRW) entwickeln gemeinsam Fortbildungsbausteine für pädagogisches Personal an Ganztagschulen und bei den außerschulischen Partnern.

Das internationale Netzwerk ENSI (Environment and School Initiatives) unter dem Dach des OECD Centre for Educational Research and Innovation (CERI) soll die Kooperation und Zusammenarbeit bei Projekten und Entwicklungsprogrammen im Rahmen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung fördern. ENSI wird gleichermaßen getragen durch die Mitarbeit von Ministerien und staatlichen Einrichtungen, Forschungsinstituten und Universitäten, Lehrerbildungseinrichtungen und Schulen. Damit sind alle Bereiche der Schulpraxis und der Schulentwicklung eingebunden.

ENSI widmete sich im Berichtszeitraum u. a. folgenden Arbeitsschwerpunkten:

- Learnscapes – Gestaltung des Schulumfeldes, Schaffung von Lernräumen für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.
- Qualitätskriterien für eine ökologische Schulentwicklung: Im Oktober 2004 wurde eine erste vergleichende Vorstudie über alle Mitgliedsländer vorgestellt. Im Mai 2005 wurde die abschließende Studie in Esbjerg (DK) vorgestellt und im Rahmen einer internationalen Tagung diskutiert.
- Einrichtung eines Comenius 3 Netzwerkes durch die Europäische Union. Dieses Netzwerk arbeitet seit 2003 bis Ende 2005. Es konnten bereits in den ersten beiden Jahren ca. 100 neue Schulnetze aufgebaut werden, die als neuen Schwerpunkt auch die jeweilige Projektevaluation bearbeiten. Das Netzwerk erarbeitet zurzeit eine Toolbox zur begleitenden Selbstevaluation.

- Wesentlich gefördert durch die australischen Partner an den Universitäten in Sydney und den Bildungsbehörden, konnte ENSI ab Ende 2003 Einfluss auf die Vorbereitung und erste Ausgestaltung der UN-Dekade nehmen und die im Netzwerk gemachten Erfahrungen einbringen. Zurzeit finden letzte Absprachen einer formalen Partnerschaft zwischen ENSI und der UNESCO statt. ENSI strebt eine Partnerschaft im Bereich „Forschung und Begleitung der Aktivitäten im Bildungswesen“ an.

Zentrale Aktivität im Berichtszeitraum war zudem die Ausweitung auf den Bereich der Beitrittsstaaten der EU, die inzwischen aktive Partner sind. Das Gleiche gilt für den asiatisch-pazifischen Raum. Für die Zukunft sollen insbesondere Lehrerbildungseinrichtungen als Mitglieder des Netzwerkes gewonnen werden, um eine dauerhafte Entwicklung zu erreichen.

Das vom BMBF geförderte GLOBE Programm (Global Learning and Observations to Benefit the Environment) ist ein internationales Schul- und Umweltprojekt, das in enger Zusammenarbeit zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern durchgeführt wird. Ziel von GLOBE ist es, durch langfristige Beobachtung umweltrelevanter Faktoren ein tieferes Verständnis über das – globale – Zusammenwirken der einzelnen Bereiche Klima, Gewässer und Boden zu erreichen. Die Schulen sind an einem internationalen Datenaustausch beteiligt. Mit GLOBE Germany werden Forschung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung miteinander verknüpft.

2004 wurde GLOBE vom DLR Köln (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt) an das IPN Kiel (Leibniz Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften) überführt. Damit war eine Neuausrichtung des Programms verbunden, das nun einen stärkeren Unterrichtsbezug gewährleisten soll. GLOBE wird als E-Learning-Netzwerk zum Transfer innovativer Unterrichtskonzepte in den Naturwissenschaften genutzt. Eine wesentliche inhaltliche Intention des neuen GLOBE Programms ist die Förderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, indem insbesondere Sach-, Handlungs- und Kommunikationskompetenz vermittelt wird. Im Rahmen von GLOBE werden Messungen z. B. an Gewässern und im Boden durchgeführt oder Wetterdaten erhoben. Dabei erwerben die Schülerinnen und Schüler Fachwissen und methodische Fähigkeiten, die eine unverzichtbare Grundlage für die Entwicklung von Urteilsfähigkeit im Sinne der Nachhaltigkeit darstellen.

Ziel von GLOBE Germany ist es, die nach wissenschaftlichen Standards durchgeführten lokalen Messungen künftig verstärkt in den inhaltlichen Kontext einer globalen nachhaltigen Entwicklung zu stellen. Weiterhin sollen vermehrt innovative Unterrichtskonzepte im Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung für Schulen konzipiert, in den Unterricht implementiert und evaluiert werden. GLOBE bietet Schülerinnen und Schülern Gelegenheit, sich intensiv mit konkreten Maßnahmen zur Ressourcenschonung und Vermeidung von Umweltbelastungen, wesentlichen Zielen einer Bildung für eine nach-

haltige Entwicklung, auseinander zu setzen. Die gemeinsame Umsetzung erlernter Handlungsstrategien und die darauf aufbauende Entwicklung neuer Lösungsansätze ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine engagierte aktive Mitwirkung an der lokalen Gestaltung nachhaltiger Entwicklung. Durch die internationale Vernetzung der in den GLOBE-Schulen durchgeführten Projekte wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Kommunikationskompetenz sowie ein vertieftes Bewusstsein des globalen Kontextes lokaler Probleme vermittelt. Ziel ist es, das bestehende Netzwerk, in dem sich 2004 etwa 430 Schulen engagierten, stetig auszubauen und gleichzeitig die Kooperation mit BLK-21-Schulen zu intensivieren.

Einen besonderen Stellenwert für die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung hat eine naturwissenschaftliche Grundbildung, die den Erwerb anwendungsbezogenen naturwissenschaftlichen Wissens, das in einen gesellschaftlichen Bewertungskontext gestellt werden kann, zum Ziel hat. Die durch das BMBF geförderten so genannten Kontextprogramme tragen dazu in besonderer Weise bei. Sie knüpfen an der Erfahrungswelt der Schülerinnen und Schüler an und stellen naturwissenschaftliches Wissen in sinnstiftende Kontexte, die häufig dem Themenspektrum nachhaltiger Entwicklung (z. B. Energie, Klima, Ressourcen) entsprechen. Zu nennen sind: „Chemie im Kontext“ (2002 bis 2005) und „Physik im Kontext“ (2003 bis 2006). Ausgangspunkt für die Entwicklung der Kontextprogramme waren die drei Hauptprobleme des naturwissenschaftlichen Unterrichts, die seit einigen Jahren diskutiert werden: das geringe Interesse von Schülerinnen und Schülern an Naturwissenschaften, die tendenziell negativen Einstellungen diesen Fächern gegenüber und das defizitäre Wissen über naturwissenschaftliche Inhalte.

Mit dem Programm „Lernort Labor“ (2003 bis 2007) werden die vielfältigen schulbezogenen und außerschulischen Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsqualität im mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich stärker aufeinander bezogen und vernetzt. Das beim Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) in Kiel angesiedelte Kompetenzzentrum „Lernort Labor“ sorgt für eine Vernetzung und den systematischen Erfahrungsaustausch der Initiativen und stellt Werkzeuge und Ressourcen zur Qualitätsentwicklung bereit (<http://www.lernort-labor.de>).

Das Programm „Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“ (SWA) liefert besonders zur ökonomischen und sozialen Dimension der Nachhaltigkeit Beiträge. Das BMBF hat in enger Abstimmung mit den Ländern im Herbst 1999 dieses Programm zur Unterstützung der Berufsorientierung von Jugendlichen begonnen (<http://www.swa-programm.de>). Ziel ist es, Jugendlichen bereits während der Schulzeit vertiefte Einblicke in die Arbeits- und Berufswelt zu geben und Betriebe für die Ausbildung zu motivieren, geschlechtsspezifische Rollenfestlegungen bei der Berufswahl zu hinterfragen und damit effektivere Übergänge von der Schule in das Arbeits- und Berufsleben zu schaffen. Mit Beginn 2001 wurde das Programm schrittweise mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) auf-

gestockt. Bislang wurden und werden derzeit mehr als 40 Vorhaben in allen Bundesländern sowie mit den Sozialpartnern gefördert, an denen insgesamt bald 50 000 Schülerinnen und Schüler in 1 000 Schulen (Sek. I, Sek. II, Förderschulen und Schulen für Lernbehinderte) zusammen mit 4 300 Betrieben als Kooperationspartner beteiligt sind oder waren. Das SWA-Programm läuft noch bis 2007.

Die vom BMBF geförderte Initiative „Schulen ans Netz“ ist Partner bei „Naturdetektive 2005“ (siehe auch Kapitel 3.2.3, BMU) und „InfoSCHUL“. Sie stellt über ihren Dienst „Lehrer-Online“ zahlreiche Unterrichtsmaterialien zur Verfügung (<http://www.lehrer-online.de>). „InfoSCHUL“ ist eine inzwischen abgeschlossene Sonderfördermaßnahme zur „Nutzung elektronischer und multimedialer Informationsquellen in Schulen“, die im Rahmen der Initiative „Schulen ans Netz“ durchgeführt wurde. Die Ergebnisse wurden in das Projekt „Lehrer-Online“ transferiert und werden nun als nachahmenswerte Praxisbeispiele unter <http://www.lehrer-online.de> vorgestellt. Des Weiteren dokumentiert Lehrer-online Umweltprojekte, wie beispielsweise das Projekt „Unser Planet am Scheideweg“ aus dem BLK-Programm „Systematische Einbeziehung von Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehr- und Lernprozesse“ (SEMIK) sowie zahlreiche Projekte zum Klima und Klimaschutz aus dem EU-Projekt ESPERE.

Mit dem Projekt „Forschungsdialog: System Erde“ agiert das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) an der Schnittstelle zwischen geowissenschaftlicher Forschung und der Vermittlung der Ergebnisse in Schule und Öffentlichkeit. In dem vom BMBF geförderten Projekt werden aktuelle und für die Zukunftsbewältigung als zentral angesehene Bereiche der interdisziplinären Forschung aufgegriffen und Unterrichtskonzeptionen entwickelt. Die Schülerinnen und Schüler eignen sich vernetztes natur- und geowissenschaftliches Grundlagenwissen an und entwickeln Systemkompetenz sowie die Fähigkeit der Modellbildung und -kritik. Mit dieser interdisziplinären Sichtweise lernen sie, die globale Entwicklung auf der Grundlage des Prinzips der Nachhaltigkeit zu bewerten, ein begründetes Urteil zu fällen und darüber zu kommunizieren.

Von den durch das BMBF geförderten Wettbewerben, die sich an den allgemein bildenden Bereich richten, leisten die folgenden Beiträge zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung:

„Jugend forscht“, der europaweit bekannteste Wettbewerb im Bereich von Naturwissenschaften, Mathematik und Technik, wird seit 1965 jährlich ausgerichtet und wendet sich an junge Menschen bis 21 Jahre. Das BMBF beteiligt sich an den laufenden Kosten und vergibt im Rahmen des nationalen Wettbewerbs Sonderpreise. Steigende Teilnehmerszahlen – in der 40. Wettbewerbsrunde 2005 haben sich nahezu 9 000 Jugendliche beteiligt – und die hohe Qualität der präsentierten Arbeiten belegen die große Akzeptanz bei Schulen und Jugendlichen sowie deren außerordentliches Engagement.

Umweltthemen, die sich auch mit Aspekten einer nachhaltigen Entwicklung befassen, gewinnen bei „Jugend forscht“ an Bedeutung. Dabei geht es beispielsweise um die Entwicklung ökologisch verträglicher Materialien oder die Nutzung alternativer Energien. Die praktische Problemlösungskapazität der Untersuchungen gewann in den vergangenen Jahren ständig an Bedeutung. So erreichte beim Bundesfinale 2004 eine Arbeit über die Verwendbarkeit eines speziellen Pilzes zur Schadstoffbeseitigung in Deponien und Kläranlagen den 2. Preis im Fachgebiet Biologie. „Jugend forscht“-Teilnehmerinnen und -teilnehmer untersuchten darüber hinaus aber auch die ökonomische Relevanz ihrer Projekte. So befasste sich im Jahr 2003 der 4. Sieger im Fachgebiet Chemie auf Bundesebene mit der Herstellung und Optimierung von Werkstoffen aus den Chitinpanzern von Krebsen, einer bislang ungenutzten Ressource.

Eine zusätzliche internationale Komponente hat „Jugend forscht“ seit 1990 gewonnen. Ganz auf den Bereich Umwelt ausgerichtet ist der Wettbewerb „Worldwide Young Researchers for the Environment“ (WYRE), der im Jahr 2000 aus dem Wettbewerb „Young European Environmental Researchers“ (YEER) erwuchs. Er wird durch die Deutsche Bank AG gefördert.

Der „BundesUmweltWettbewerb“ wird vom BMBF gefördert und vom Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) an der Universität Kiel seit 1990 als Schülerwettbewerb jährlich bundesweit ausgeschrieben. Das Ziel des Wettbewerbs besteht darin, dem für Nachhaltigkeit konstitutiven Prinzip der Vernetzung Rechnung zu tragen. Im Sinne der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe wird vorgeschlagen, mit Firmen, Behörden und kommunalen Institutionen zu kooperieren. Der Wettbewerb fördert die Auseinandersetzung mit Fragen der gemeinsamen und nachhaltigen Gestaltung von Lebensräumen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden angeregt, sich in die Rolle verschiedener gesellschaftlicher Gruppen zu versetzen, um aus unterschiedlichen Perspektiven zur Lösung konkreter Umweltprobleme vornehmlich aus dem persönlichen Umfeld beizutragen. Dieses Ziel findet im Motto des Umweltwettbewerbs „Vom Wissen zum nachhaltigen Handeln“ seinen Ausdruck: Die Ursachen eines Umweltproblems sollen an einem Beispiel aus dem eigenen Lebens- und Erfahrungsbereich untersucht, ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und technische Zusammenhänge dargestellt und Lösungen für ein verantwortliches Handeln entwickelt werden. Die Bezüge des Wettbewerbs zu einem modernen Verständnis der naturwissenschaftlichen Grundbildung werden deutlich, vergleicht man diese Aufgabenbeschreibung mit der für die PISA-Studie maßgebliche Definition naturwissenschaftlicher Grundbildung der OECD, die fordert, naturwissenschaftliches Wissen in einen gesellschaftlichen Kontext zu stellen. Bisher prämierte Wettbewerbsbeiträge zeigen, dass dieses innerhalb des Wettbewerbs in einer Weise gelingt, die für den naturwissenschaftlichen Unterricht an Schulen durchaus Vorbildcharakter haben kann.

Der „BundesUmweltWettbewerb“ leistet zunehmend wichtige Beiträge zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Dieses wird vor allem dadurch sichtbar, dass seine Konzeption inhaltlich von einer ehemals stärker umweltbezogenen Ausrichtung auf die Ziele der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung hin orientiert werden konnte.

Der vom BMBF geförderte jährlich stattfindende Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ wurde 1989 erstmalig ausgeschrieben. Ziel ist es, Wissen und Urteilsfähigkeit sowie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, zu fördern und damit längerfristig zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements beizutragen. Wettbewerbsbeiträge können auf drei Handlungsebenen angesiedelt sein: Sie können den Unterricht, die dort behandelten Themen und Projekte, das Schulleben, die Mitwirkungsmöglichkeiten von Schülerinnen und Schülern, oder das Zusammenwirken mit der Gemeinde durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern betreffen. Das Themenspektrum der Beiträge aus dem Jahr 2003 zeigt exemplarisch den inhaltlichen Bezug des Wettbewerbs zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung: Mehr als ein Viertel der Beiträge sind Themen wie Ökologie, Dritte Welt, Kommune und lokales Umfeld, Zusammenleben, Asyl und Minderheiten gewidmet.

Am Wettbewerb nehmen Gruppen aus allen Bundesländern teil. Seit 1999 kooperieren die Bundesländer Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Brandenburg, Hamburg, Sachsen und Thüringen in einem den Wettbewerb ergänzenden Projekt mit dem Ziel, die regionale Entwicklung beispielhafter Projekte sowie begleitende Maßnahmen in der Qualifikation von Schülerschaft sowie Lehrerinnen und Lehrern zu ermöglichen. Bund und Länder arbeiten im „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ seither zusammen.

Berufliche Bildung

Im Bereich der beruflichen Bildung hat das BMBF bereits frühzeitig das Leitbild der Nachhaltigkeit aufgegriffen und konkrete aufeinander abgestimmte Aktivitäten initiiert. Mit diesen Aktivitäten baut das BMBF auf den intensiven Arbeiten zum Umweltschutz, zur Unfallverhütung und dem Arbeitsschutz in der Berufsbildung auf.

Im Auftrag des BMBF führte das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in den vergangenen Jahren über 20 Akteurskonferenzen zu berufsbezogenen und -übergreifenden Themen durch. An diesen Aktivitäten waren bundesweit mehr als 800 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wirtschaft und Berufsbildung beteiligt.

Im Jahr 2004 wurde mit den Vorbereitungsarbeiten zur Schaffung eines Portals und einer Community „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ im BIBB begonnen. Ziel ist es, den Beteiligten der Berufsbildung in Betrieben und Berufsbildungseinrichtungen (Management, betriebliche Ausbilderinnen und Ausbilder, Lehrpersonal an den verschiedenen öffentlichen und privaten Berufsbildungseinrichtungen) eine gemeinsame Plattform zur Information und zum Austausch bereitzustellen. Die ge-

meinsame Kommunikationsplattform soll den Betrieben Perspektiven aufzeigen und bei der Umsetzung betriebsnaher Lösungen helfen. Dem Berufsbildungspersonal sollen Hilfen angeboten werden, wie die Leitidee „Nachhaltigkeit“ in die verschiedenen Bildungsaktivitäten integriert werden kann.

Ebenfalls im Jahr 2004 wurde das Modellversuchsprogramm „Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung“ gestartet. Bisher werden fünf Modellversuche in diesem Programm gefördert. Beispielsweise werden Strategien zur Modernisierung ländlicher Räume mit zukunftsfähigen Qualifizierungskonzepten verbunden, ein Weiterbildungskonzept zu nachhaltigem Wirtschaften als Zukunftschance für das Handwerk entwickelt und erprobt, nachhaltiges Handeln von mittleren Führungskräften gefördert und dazu fachbezogene und -übergreifende Kompetenzen zum nachhaltigen Gestalten von Produktionsprozessen mit Hilfe computersimulierter Produktionsszenarien vermittelt.

Weitere vier bis fünf Modellversuche werden im Rahmen dieses Programms noch im Jahr 2005 gestartet. Außerdem leisten andere Modellversuche und Projekte direkt oder indirekt Beiträge zur Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Die Neuordnung beruflicher Ausbildung durch Schaffung neuer und Modernisierung bestehender Berufe ist eine kontinuierliche Aufgabe des BMBF. Im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung werden nachhaltigkeitsbezogene Lernziele in den letzten Jahren in neu geordnete Ausbildungsberufe, sowohl im gewerblich-technischen, als auch im kaufmännisch-verwaltenden Bereich, standardmäßig integriert. Alle seit 1999 modernisierten und neu geschaffenen Ausbildungsordnungen orientieren sich am Grundsatz ganzheitlicher Handlungszusammenhänge. Neben den für alle Berufe geltenden Standardberufsbildpositionen „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ und „Umweltschutz“ werden verstärkt auch weitergehende nachhaltigkeitsrelevante Qualifikationsanforderungen im Zusammenhang mit „Qualitätsmanagement“, „kostenorientiertem Handel“ und dem Erwerb „interkultureller Kompetenzen“ in Ausbildungsordnungen verbindlich festgelegt.

Beispielhaft seien hier die neuen industriellen und handwerklichen Elektroberufe sowie die industriellen Metallberufe genannt. Zielsetzung der Berufsausbildung ist die integrierte Vermittlung von gemeinsamen Kernqualifikationen und berufsspezifischen Fachqualifikationen „auch unter Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsaspekts“. Konkretisiert wird diese Zielsetzung beispielsweise in der team- und kundenorientierten Arbeitsplanung einschließlich der „Berücksichtigung kultureller Identitäten“ sowie der Anforderung, „zur kontinuierlichen Verbesserung von Arbeitsvorgängen im Betriebsablauf und im eigenen Arbeitsbereich beizutragen“ im Rahmen geschäftsprozessorientierter Auftragsbearbeitung und Qualitätsmanagement.

Im Auszubildenden-Wettbewerb „Pack-the-future“ suchte unter dem Motto „Heute nicht auf Kosten von

morgen und hier nicht zu Lasten von anderswo leben“ das BIBB in Zusammenarbeit mit dem Dualen System Deutschland AG und dem Institut für Umweltschutz in der Berufsbildung von Auszubildenden entwickelte, gelungene Beispiele zur Ressourceneinsparung im Betrieb. Der Wettbewerb „Pack-the-future“ soll 2005/2006 fortgesetzt werden.

Mit dem Ideenwettbewerb „Blick auf morgen – Nachhaltige Zukunft sucht kreative Köpfe“ forderte der Rat für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2003 Jugendliche auf, für nachhaltige Entwicklung zu werben. Angesprochen waren neben Schülerinnen und Schülern und Studierenden auch Auszubildende. Ihre Aufgabe war es, Visionen für eine nachhaltige Zukunft bildhaft als Postkartenmotiv zu entwerfen.

Das Programm „Leonardo da Vinci“ der Europäischen Union (EU) weist die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung nicht explizit als Schwerpunkt aus. Die im Ratsbeschluss vom April 1999 festgelegten Ziele wie auch die Aufrufe zur Einreichung von Projektvorschlägen 2002 bis 2004 und 2005 bis 2006 stellen jedoch einen Rahmen dar, der eine angemessene Berücksichtigung von Projekten sicherstellt, die mit einem europäischen Ansatz dazu beitragen, die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Bis 2001 bearbeiteten in Deutschland zwei von insgesamt 21 geförderten LEONARDO-Projekten das Thema Nachhaltigkeit und Agenda 21. Der Schwerpunkt lag hierbei auf Umweltbildung, Ressourcenschonung und erneuerbare Energien. Im Berichtszeitraum lässt sich hingegen eine Zunahme nachhaltigkeitsrelevanter Projekte beobachten. So greifen von 104 LEONARDO-Projekten unter deutscher Leitung 18 Ansätze der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung auf. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen nachhaltiges Bauen, Ressourcenschonung und verbesserte technische Lösungen, ökologische Landwirtschaft und Einzelhandel. So entwickelt das Projekt „Umbau & Co“ z. B. angesichts neuer EU-Richtlinien Aus- und Weiterbildungsmodulare zum energiesparenden Bauen unter Nutzung hochdämmender Systeme und das Projekt „Bio Rohstoff-Lehrgarten“ entwickelt Lehr- und Ausbildungsmodulare im Bereich biogener, nachwachsender Rohstoffe. Auch mit dem Projekt „Carisma“, dessen Ziel in der Vermittlung von Zusatzqualifikationen zum Thema Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit im ökologisch orientierten Fahrzeugbau besteht, wird deutlich, dass die LEONARDO-Projekte wichtige Impulse zu einer Strategie der Nachhaltigkeit leisten können. Insgesamt dokumentieren die LEONARDO-Projekte damit den Übergang vom reinen Umweltschutz hin zu ganzheitlichen Ansätzen, Nachhaltigkeit zu verstetigen.

Mit dem Beitrag der beruflichen Bildung zur Verwirklichung einer Nachhaltigen Entwicklung befasste sich auch das UNESCO International Experts Meeting „Learning for Work, Citizenship and Sustainability“, das vom 25. bis 28. Oktober 2004 in Bonn stattfand. Es wurde von der UNESCO und dem UNESCO-UNEVOC-Zentrum für Berufsbildung in Bonn in Zusammenarbeit mit dem BMBF ausgerichtet. Die Konferenz mit ca. 100 Berufs-

bildungsexperten aus UNESCO-Mitgliedsländern bildete eine Nachfolgekongress des Zweiten Internationalen Kongresses für Berufsbildung der UNESCO, auf dem 1999 in Seoul die Grundlagen für einen systematischen Ausbau der UNESCO-Programmaktivitäten im Bereich der beruflichen Bildung gelegt wurden.

Ziel der Bonner Konferenz war es, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung stärker als bislang in den Mittelpunkt der weltweiten Zusammenarbeit in der beruflichen Bildung zu rücken. Die von den Teilnehmern erarbeitete „Bonn Declaration“ (http://www.unevoc.unesco.org/publications/pdf/SD_BonnDeclaration_e.pdf) unterstreicht vor diesem Hintergrund das Ziel, die Berufsbildung als regulären, vollwertigen Bestandteil der Bildungssysteme aller Mitgliedstaaten zu verankern und dabei auch die Vermittlung berufsübergreifender Kompetenzen zu fördern. Als Beitrag zur Vorbereitung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wurde außerdem ein internationaler Aktionsplan erarbeitet, der gezielte Vorschläge für eine weltweite Umsetzung der Dekade im Bereich der Berufsbildung enthält (http://www.unevoc.unesco.org/publications/pdf/SDActionPlan_e.pdf).

Mit Beginn der Zusammenarbeit im Rahmen des Nationalkomitees der UNESCO, durch den Runden Tisch im Rahmen der UN-Dekade und letztlich auch durch Fachtagungen und weitere Veranstaltungen des BMBF sind neue Allianzen für Nachhaltigkeit entstanden. Gleichwohl sollte verstärkt am Aufbau einer gemeinsamen Plattform und einer Community für Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung als gemeinsamer Anlaufstelle und zusätzlichem Dienstleistungsangebot in der Berufsbildung gearbeitet werden. Insgesamt bedarf es einer vertieften und übergreifenden Kommunikation, für die derzeit eine Plattform fehlt. Die für diese Kommunikation notwendigen Materialien sollten aufbereitet und bereitgestellt werden, auch für eine internationale Nutzung. Die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit zwischen Regierungsstellen und den deutschen Organisationen der internationalen Zusammenarbeit (GTZ, InWent u. a.) spielen dabei eine tragende Rolle.

Die Forschung zur Berufsbildung für eine nachhaltige Entwicklung agiert dem Untersuchungsgegenstand folgend interdisziplinär. Neben fachspezifischen werden insbesondere berufspädagogische, betriebswirtschaftliche und soziale Aspekte berücksichtigt. Hierauf wird auch bei den kommenden Arbeiten besonderer Augenmerk gelegt.

Für die Berufsausbildung stellt sich insbesondere die Frage, wie die Kernkompetenzen, die dem Einzelnen erst ermöglichen, nachhaltig zu handeln, erworben und schließlich in Handlung umgesetzt werden. Die Arbeiten des BIBB haben die notwendigen Qualifikationen für nachhaltiges Handeln im Grundsatz ermittelt, die in den kommenden Jahren in konkrete Ausbildung umgesetzt werden. Für die Realisierung werden Ordnungsmittel geschaffen, die dem Berufsbildungspersonal einerseits die unterrichtliche Einbindung ermöglicht, andererseits auch sicherstellen, dass diese Inhalte aufgegriffen werden. Gleichzeitig ist auch zu klären, wie nachhaltigkeitsrelevante Kompetenzen in Prüfungen einfließen können.

Hochschule

Im Bereich Hochschule unterstützte das BMBF im Berichtszeitraum im Wesentlichen folgende Vorhaben:

Projekt „UNI 21“: In diesem Vorhaben ging es um eine nationale Bestandsaufnahme und Bewertung des Beitrags deutscher Hochschulen zu einer nachhaltigen Entwicklung, die von COPERNICUS Campus durchgeführt wurde. Es wurden Maßnahmen, Möglichkeiten und Hemmnisse der Umsetzung von Nachhaltigkeit in Hochschulen untersucht. Als Projektziele wurden verfolgt: Identifikation der laufenden bzw. vergangenen Aktivitäten in den Hochschulen, Aufzeigen künftiger Handlungsmöglichkeiten, Ausloten von Unterstützungsmöglichkeiten für Hochschulen auf Bundes- und Länderebene, Zusammentragen von guten Beispielen aus der Praxis und die Entwicklung eines Beitrags zur Vorbereitung auf den Weltgipfel für eine nachhaltige Entwicklung in Johannesburg 2002. Im Ergebnis wurde deutlich, welche Anforderungen auf Hochschulen zukommen und durch welche Strategien und Handlungsoptionen sie in den Stand versetzt werden können, ihrer Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung nachzukommen.

Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme wurde eine Expertise in Auftrag gegeben, wie Angebote mit Inhalten zur Nachhaltigkeit über Studien- und Prüfungsordnungen sowie innovative Lehr- und Lernformen in der Hochschulbildung noch weiter verankert werden können. Dies gilt insbesondere auch für die Lehrerbildung. Es sind hierzu Modelle und Vorhaben zu entwickeln, die vor allem Aspekte von Interdisziplinarität und Partizipation in der Lehre aufgreifen.

Die vom BMBF geförderte Studie „UNI 21“ hat gezeigt, dass an deutschen Hochschulen in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Aktivitäten unternommen wurden, mit denen sie ihre Beiträge zur Zukunftssicherung der Gesellschaft leisten. Wie die Auswertung der Praxisbeispiele verdeutlicht, lassen sich erprobte Ansätze in den Bereichen Lehre, Hochschulentwicklung und Hochschulbeziehungen erkennen und als Basis für weitergehende Maßnahmen entwickeln (BMBF 2004).

Im Februar 2005 wurde die „Hochschulplattform UNI 21 für nachhaltige Entwicklung“ in Oldenburg anlässlich der UN-Dekade etabliert (<http://www.hochschulplattform-uni21.de>). Sie soll sich zu einem Zusammenschluss deutscher Hochschulen entwickeln, die das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in ihre Hochschulstrategie aufnehmen und darüber in einen offenen Dialog mit Politik, Gesellschaft und Wirtschaft treten. Die BLK prüft derzeit ein Programm zur Förderung von „Leitbildentwicklung und Leitbildumsetzung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ an Hochschulen.

Stipendienprogramm „Integrierte Umwelttechnik“: Das vom BMBF finanzierte Sonderprogramm „Integrierte Umwelttechnik“ mit ausgewählten Ländern in Asien, Lateinamerika sowie in Mittel- und Osteuropa wurde 1999 entwickelt und Anfang 2000 erstmals ausgeschrieben. Gefördert wurden bzw. werden Master-Studierende,

Doktorandinnen und Doktoranden, Postdoktorandinnen und -doktoranden sowie Hochschullehrerinnen und -lehrer aus Indien, Indonesien, Thailand, Vietnam, Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Uruguay, Rumänien und aus der Ukraine sowie Doktoranden und Hochschullehrer aus Deutschland. Die Förderschwerpunkte liegen in den Feldern Landwirtschaft/Agrartechnik, Forstwirtschaft/Holzverarbeitung, Lebensmitteltechnologie und Textilverarbeitung/Ledererzeugung. Im Rahmen des Programms sind bislang 134 Ausländerinnen und Ausländer sowie vier Deutsche mit einem Individualstipendium gefördert worden. Hinzu kommen ca. 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Sommerschulen, die zu den Themen „Umwelttechnik“ und „Waldwirtschaft“ durchgeführt wurden. Die Aktivitäten in diesem Programm laufen im Jahr 2005 aus. Wegen des sehr erfolgreichen Modells der Verknüpfung von nationalen Förderschwerpunkten mit internationalen Stipendienprogrammen wird 2005 im Rahmen des Programms „Forschung für Nachhaltigkeit“ ein neues Stipendienprogramm, zunächst mit dem inhaltlichen Focus auf nachhaltige Wald- und Holzwirtschaft gestartet. Die im alten Programm durchzuführenden Sommerschulen werden eine inhaltliche Brücke dazu herstellen.

Demonstrationsprogramm zur Förderung „International ausgerichteter Studiengänge“: Im Zusammenhang mit dem Programm, das seit 1997 sechs Mal ausgeschrieben wurde, sind im Jahr 2004 insbesondere folgende Studiengänge zu nennen, die sich fachlich u. a. mit Aspekten nachhaltigen Wirtschaftens und Handelns beschäftigen:

- Universität Freiburg: Global Studies Programme – mit Kursen in Afrika und Indien,
- Universität Hohenheim: Environmental Protection and Food Production,
- Technische Universität München: Sustainable Resource Management.

Aktionskonzept „Nachhaltige und wettbewerbsfähige deutsche Wasserwirtschaft“: Einer Umsetzungsempfehlung folgend, wurden die internationalen Aufbaustudien im Wasserfach (IPSWaT) ins Leben gerufen. Durch die Unterstützung des internationalen Wissenstransfers und der erweiterten Qualifikation junger Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in diesem Sektor wird der nachhaltigen Entwicklung Rechnung getragen. Die Vergabe von Stipendien an deutsche und internationale Nachwuchswissenschaftler und Nachwuchswissenschaftlerinnen zur Absolvierung eines Master-Programms bzw. zur Anfertigung einer Promotion an einer deutschen Hochschule beinhaltet die Möglichkeit eines bilateralen Wissensaustauschs. Dieses Konzept haben das BMBF und die deutsche Wasserwirtschaft gemeinsam erarbeitet.

Förderprogramm „Risikomanagement extremer Hochwasserereignisse“: Das im BMBF-Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ entwickelte Förderprogramm enthält wichtige Elemente zur Förderung des Wissenstransfers in Praxis und Bildung sowie zur Stärkung

des Hochwasserbewusstseins und der Risikokommunikation in der Gesellschaft. In einem Querschnittsvorhaben des Geoforschungszentrums Potsdam werden Forschungsergebnisse zusammengeführt, aufbereitet und an betroffene Personenkreise verbreitet. Ein Masterstudien-gang zum Thema Hochwassermanagement wird im Rahmen eines Vorhabens an der TU Dresden ausgebaut.

Beteiligung am SOKRATES-Programm ERASMUS: Durch diese Beteiligung wird vor allem die Hochschulzusammenarbeit in Europa intensiviert. Über 240 deutsche Hochschulen haben in diesem Bereich Aktivitäten entwickelt, darunter auch Studiengänge und Fakultäten, die sich mit Umweltschutz und Nachhaltigkeit beschäftigen.

Allgemeine Weiterbildung; Lebenslanges Lernen

Für den Bereich „Allgemeine Weiterbildung“ ist ein weites, über die Themen Natur- und Umweltschutz hinausgehendes, integratives Verständnis einer „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ von besonderer Bedeutung. Für die Entwicklung von „Gestaltungskompetenz“, die für eine nachhaltige Entwicklung unerlässlich ist, bietet die allgemeine Weiterbildung zahlreiche Themenfelder und Lerngelegenheiten. Die derzeitige Praxis nutzt jedoch diese Möglichkeiten nach Einschätzung des BMBF bisher nur in sehr geringem Umfang.

Das BMBF versucht derzeit, durch Projektförderung innovative Entwicklungen in der allgemeinen Weiterbildung zum Handlungsfeld „Nachhaltige Entwicklung“ anzustoßen und in verschiedenen Themenfeldern Ansatzpunkte und Möglichkeiten zur Förderung des Bewusstseins für die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen in Richtung „Nachhaltigkeit“ zu erschließen. Ziel des Projekts „Gut leben in der EINEN WELT“ der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (KBE) und Misereor ist beispielsweise die Entwicklung und Erprobung eines Konzepts, mit dem hauptamtliche und nebenamtliche Erwachsenenbildner motiviert und qualifiziert werden können, Themen einer nachhaltigen Entwicklung in ihre alltägliche Bildungsarbeit zu integrieren, die Programmentwicklung ihrer Bildungseinrichtungen durch solche Themen zu ergänzen und Eine-Welt-Projektgruppen zu initiieren und zu begleiten. Das Vorhaben „Motivation und Qualifikation älterer Erwachsener für bürgerschaftliches Engagement“ (Arbeit und Leben e.V.) will ältere Menschen, die bereits in der gewerkschaftlichen Arbeit, als Personal- oder Betriebsräte oder in anderen Bereichen engagiert sind oder waren, für die nachberufliche ehrenamtliche Arbeit gewinnen, motivieren und befähigen. Mit dem Projekt „AQUILO: Aktivierung und Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte (Freizeit- und Erlebniswelten)“ (IFKA Bielefeld) werden Freizeitparks, Museen, Science Center und ähnliche Einrichtungen angeregt und unterstützt, das Bildungspotential ihrer Einrichtungen zu aktivieren und zu optimieren. Dabei stehen bestimmte Themenfelder – hier Nachhaltigkeit, Ökologie, Umwelt – im Mittelpunkt.

Zur Verankerung von Nachhaltigkeitsgesichtspunkten werden mehrere Programme und Projekte gefördert, die

im Sinne des lebenslangen Lernens alle Bildungsbereiche betreffen. Dazu zählen u. a.:

Programm „Lernkultur Kompetenzentwicklung“ (LKKE): Wesentliche Ziele des aus Mitteln des BMBF und des ESF finanzierten Programms sind der Aufbau effizienter kontinuierlicher Lernstrukturen auch unter den Gesichtspunkten Wettbewerb, Standortbedingung Transfer und Nachhaltigkeit. Eine Stärkung der individuellen beruflichen Kompetenzen sowie komplexe Strategien zu Kompetenzerhalt und Kompetenzentwicklung bei Arbeitslosigkeit sowie E-Learning und neue (u. a. Dienstleistungs-)Lernkonzepte in Weiterbildungseinrichtungen gehören gleichermaßen zum Forschungs- und Entwicklungsprogramm LKKE. Es untergliedert sich in die Programmbereiche Grundlagenforschung, Lernen im Prozess der Arbeit (LiPA), Lernen im sozialen Umfeld (LisU), Lernen in Weiterbildungseinrichtungen (LiWE), Lernen im Netz und mit Multimedia (LiNe) sowie verschiedene Begleitfunktionen (z. B. Internationales Monitoring, Graduiertennetzwerk, Qualitätstests der Stiftung Warentest u. a.). Im Rahmen der Strategie für ein lebenslanges Lernen erfolgt in diesem Programm die Entwicklung einer neuen (beruflichen) Lernkultur zu (Weiter-)Qualifizierung und Kompetenzentwicklung, um erwerbsfähigen Menschen neue Wege für selbstorganisiertes Lernen im Prozess der Arbeit, im sozialen Umfeld, im Internet und in Weiterbildungseinrichtungen aufzuzeigen. Die einzelnen Programmteile richten sich an unterschiedliche Zielgruppen in unterschiedlichen Lebensbereichen und Lebensverhältnissen und sind eng miteinander verzahnt.

„Strategie für lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland“: Hiermit wird das Ziel verfolgt, das Lernen aller Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensphasen und Lebensbereichen, an verschiedenen Lernorten und in vielfältigen Lernformen anzuregen und zu unterstützen, wobei formales, nichtformales und informelles Lernen gleichermaßen einbezogen werden. Es werden realistische und auf Nachhaltigkeit gerichtete Perspektiven entwickelt, die auf den vorhandenen Bildungsstrukturen, Aktivitäten und Erfahrungen aufbauen und einen strukturierten Rahmen lebenslangen Lernens abstecken, der flexibel und offen für die kontinuierliche Weiterentwicklung ist.

Aktionsprogramm „Lebensbegleitendes Lernen für alle“: Dieses Programm leistet einen Beitrag zur Förderung lebensbegleitenden Lernens aller Menschen und mit Blick auf eine zukunftsorientierte Reform der Bildungsstrukturen. In dem Aktionsprogramm sind die Forschungs-, Entwicklungs- und Erprobungsmaßnahmen des Bundes in den einzelnen Bildungsbereichen, die der Förderung lebensbegleitenden Lernens dienen, zusammengefasst und aufeinander bezogen. Das Programm „Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ (<http://www.lernende-regionen.info>) bildet den Kern des Aktionsprogramms. Es unterstützt den Aufbau und die Weiterentwicklung bildungsbereichs- und politikfeldübergreifender regionaler Netzwerke, in denen durch Zusammenarbeit möglichst vieler Beteiligter (z. B. Bildungseinrichtungen, Betriebe, Sozialpartner, Jugendämter, Arbeitsämter etc.) innovative

Projekte im Bereich lebenslangen Lernens entwickelt, erprobt und auf Dauer angelegt werden. Damit sollen Strukturen für das lebenslange Lernen dauerhaft verbessert bzw. geschaffen werden. Bundesweit sind über 70 Lernende Regionen eingerichtet worden. Die jüngste Weiterentwicklung des Programms besteht in der Förderung von zehn Themennetzen, um die Kooperation und den Austausch von guter Praxis auch über die Netzwerke hinweg und zwischen den Regionen zu ermöglichen.

Bundesaktion „Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ (BIN): Das Vorhaben geht auf eine Anregung des Rats für nachhaltige Entwicklung zurück. Ziel dieses Vorhabens ist es, im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie lokale Nachhaltigkeitsinitiativen anzuspornen und bürgerschaftliches Engagement zu honorieren. Unterstützt werden zivilgesellschaftliche Initiativen, die wegweisende, übertragbare Beiträge zur lokalen Nachhaltigkeit in ihrer Stadt oder Gemeinde leisten. Die Mittelvergabe erfolgt in erster Linie für die Anbahnung von neuen lokalen Projekten zur Nachhaltigkeit. Infrage kommen aber auch Maßnahmen zur verbesserten Kommunikation von erfolgreich abgeschlossenen Projekten sowie zur Umsetzung bzw. Weiterentwicklung von erfolgreich laufenden Projekten (<http://www.bund-bin.de>). Die erste Preisverleihung durch eine unabhängige Jury erfolgt im August 2005.

Forschung

Erfolgreiche Forschung für Nachhaltigkeit erzielt Fortschritte, die den Menschen zugute kommen, den Alltag erleichtern, die Umwelt schützen und neue Beschäftigungspotenziale erschließen. Mit dem neuen Rahmenprogramm „Forschung für Nachhaltigkeit“ (<http://www.fona.de>) fördert das BMBF gezielt Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. Der interdisziplinäre und anwendungsorientierte Ansatz des BMBF-Rahmenprogramms spiegelt die innovative Weiterentwicklung von bisherigen Forschungskonzepten und Forschungsergebnissen wider.

Im Mittelpunkt des Rahmenprogramms stehen die vier Aktionsfelder:

- Nachhaltigkeit in Industrie und Wirtschaft,
- nachhaltige Konzepte für Regionen,
- nachhaltige Nutzung von Ressourcen und
- Strategie für gesellschaftliches Handeln.

Das Rahmenprogramm verbindet dabei technologischen Fortschritt mit gesellschaftlichen Prozessen und zielgerichtetem Transfer in die Bildungssysteme. Darüber hinaus ist es als „lernendes Programm“ angelegt, bei dem Initiativen und Maßnahmen immer wieder an neue Erkenntnisse angepasst werden können. Als Beispiel sei der BMBF-Förderschwerpunkt nachhaltige Waldwirtschaft genannt, der auch modellhaft aufzeigt, wie durch die Verbindung von Forschung und Bildung für nachhaltige Entwicklung ein deutlicher Mehrwert erzielt werden kann. Von 2004 bis 2008 stehen jedes Jahr durchschnittlich 160 Mio. Euro zur Forschung für eine nachhaltige Entwicklung zur Verfügung.

Das BMBF fördert bereits heute in nachhaltigkeitsbezogenen Verbundprojekten interessante und meist sehr anwendungsnahe Themenstellungen in einem engen Dialog zwischen Industrie und Wissenschaft. Diese Strategie soll weiter ausgebaut werden. Eine besondere Herausforderung liegt in der Einbeziehung weiterer Unternehmenskreise, insbesondere im Hinblick auf die substanzielle Beteiligung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Diese können häufig nicht direkt, sondern nur indirekt über Kammern, Verbände oder spezielle Beratungsfirmen bzw. -angebote und das Bildungssystem erreicht werden.

Seit 1999 fördert das BMBF die sozial-ökologische Forschung (SÖF) (<http://www.sozial-oekologische-forschung.org>). Dieser Forschungsschwerpunkt zeichnet sich dadurch aus, dass Wissen fachübergreifend zusammengeführt wird, um zur Lösung konkreter gesellschaftlicher Nachhaltigkeitsprobleme und damit zur Umsetzung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beizutragen.

In aller Regel erfordert die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit konkreten gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsproblemen ein Zusammenwirken von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Natur- und Gesellschaftswissenschaften. In der sozial-ökologischen Forschung wird der naturwissenschaftliche Ansatz der Umweltforschung um die gesellschaftliche Dimension erweitert. Bisherige Erfahrungen belegen, dass es nicht ausreicht, Umweltszenarien zu beschreiben, ohne zugleich gesellschaftliche Handlungsoptionen aufzuzeigen, und dass es keinen Sinn macht, Umwelttechnologien zu entwickeln, die nicht angenommen und genutzt werden. Für einen erfolgreichen umweltgerechten Umbau der Gesellschaft müssen ökologische Tragfähigkeit, soziale Sicherung und Wettbewerbsfähigkeit miteinander in Einklang gebracht werden.

In der sozial-ökologischen Forschung werden gesellschaftliche Akteure – z. B. Verbraucher, Kommunen, Unternehmen und NGOs – in den Forschungsprozess (u. a. bei der Problem- und Zielbeschreibung) einbezogen. Kontinuierliche Dialoge mit diesen Akteuren und der allgemeinen Öffentlichkeit sind substanzieller Bestandteil des innovativen Förderschwerpunkts. Es werden intensive Lerneffekte bei den Akteuren, aber auch in der Wissenschaft selbst ausgelöst.

Das BMBF unterstützt die sozial-ökologische Forschung durch Projekt-, Nachwuchs- und Infrastrukturförderung. Die Projektförderung greift aktuelle gesellschaftliche Probleme auf, die sich aufgrund von Zielkonflikten zwischen dem gesellschaftlichen System und der natürlichen Umwelt ergeben haben. Inhaltliche Schwerpunkte sind dabei beispielsweise: Agrarwende, Ernährung, Umbau der Ver- und Entsorgungssysteme, Klimawandel, Stadtentwicklung, Regionalentwicklung und Gefährdung durch systemische Risiken.

Das BMBF fördert neun Nachwuchsgruppen der sozial-ökologischen Forschung aus Hochschulen und Umweltforschungsinstituten mit 14 Mio. Euro. Rund 50 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können sich

über einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren inter- und transdisziplinär qualifizieren. Die Verbindung zwischen außeruniversitärer und universitärer Forschung soll dadurch intensiviert werden. Die Frauenquote in den geförderten Nachwuchsgruppen liegt mit über 60 Prozent deutlich höher als in der klassischen Umweltforschung. Zudem wird knapp die Hälfte der geförderten Gruppen auch von einer Wissenschaftlerin geleitet. Die Nachwuchsgruppen beschäftigen sich mit konkreten ökologischen Problemen und deren Lösungen. Dabei stehen das Verhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihre unterschiedlichen Lebensstile im Zentrum der Analysen. Auch geschlechtsspezifische Unterschiede werden berücksichtigt, da sich das Konsumverhalten von Frauen und Männern häufig signifikant unterscheidet.

Das Heranführen der jungen Generation an Forschungsthemen, die für Umwelt und Nachhaltigkeit relevant sind, hat in der Forschungsförderung eine große Bedeutung. Die in der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) zusammengeschlossenen Forschungszentren bieten hierzu mit ihren Schülerlaboren einen wichtigen Beitrag. Ein Forschungsbereich, „Erde und Umwelt“, beschäftigt sich beispielsweise mit den wesentlichen Herausforderungen, die durch das Wachstum der Erdbevölkerung und durch den Verbrauch der nicht erneuerbaren Ressourcen, die das Klimasystem und die globale ökologische Stabilität bedrohen, entstanden sind. Aus diesem Grund werden in verschiedenen Programmen, insbesondere „Nachhaltige Nutzung von Landschaften“ oder „Nachhaltige Entwicklung und Technik“, Wissensgrundlagen für konkrete umweltpolitische Zielsetzungen erarbeitet. Derzeit werden von den Helmholtz-Zentren an 18 Standorten in Deutschland Experimentallabore für junge Leute betrieben. In vielen dieser Schülerlabore geht es um Fragestellungen der Umweltforschung und um das Verständnis für die Einflüsse des Menschen auf die Natur. Beispielsweise thematisiert das Schülerlabor des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven (AWI) die Bedeutung von Algen für den Kohlendioxid-Kreislauf. Es soll dabei vermittelt werden, wie diese Algen helfen können, den Anstieg des Kohlendioxids in der Atmosphäre zu verringern. Weitere interessante Themenfelder werden auch in den Schülerlaboren des Forschungszentrums Jülich (FZJ) und des Forschungszentrums Karlsruhe (FZK) behandelt. Dort geht es um die Beschaffenheit und die Funktion des Bodens als Trinkwasserspeicher oder für das Pflanzenwachstum. Und es werden im Umweltlabor Bodenproben auf ihre Eigenschaften sowie auf Schadstoffbelastung hin untersucht. Im Schülerlabor des Umweltforschungszentrums Leipzig-Halle (UFZ) stehen „Umweltgifte im Visier“. Experimente – zum Beispiel zum Biomonitoring – zeigen den Schülerinnen und Schülern die Auswirkungen von Schadstoffen auf Bakterien, Pilze und Fischeier und bieten somit einen Einblick in die Komplexität moderner Umweltforschung.

Des Weiteren fördert das BMBF Institute der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL, „Blaue Liste“-Institute), insbesondere das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE), das Deutsche Institut

für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) und das Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN). Sie führen in unterschiedlichem Umfang Vorhaben zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung durch.

Mit dem Ziel, einen kritischen und offenen Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu initiieren, führt die von den Forschungsorganisationen und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragene Initiative „Wissenschaft im Dialog“ jedes Jahr den Wissenschaftssommer mit zahlreichen Veranstaltungen durch. Sie bilden ein Highlight der seit dem Jahr 2000 vom BMBF durchgeführten Wissenschaftsjahre (2000: Jahr der Physik mit Wissenschaftssommer in Bonn; 2001: Jahr der Lebenswissenschaften mit Wissenschaftssommer in Berlin; 2002: Jahr der Geowissenschaften mit Wissenschaftssommer in Bremen; 2003: Jahr der Chemie mit Wissenschaftssommer in Mainz; 2004: Jahr der Technik mit Wissenschaftssommer in Stuttgart; 2005: Einsteinjahr mit Wissenschaftssommer in Berlin und Potsdam). Das BMBF unterstützt die Initiative durch aktive Mitarbeit und bei der Finanzierung, Planung und Durchführung der alljährlich konzipierten Wissenschaftssommer. Dabei geht es nicht nur darum, Wissenschaft und Forschung besser zu verstehen, sondern einen öffentlichen Wissens- und Meinungsaustausch anzuregen.

3.2.3 BMU

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie die ihm nachgeordneten Behörden Umweltbundesamt (UBA) und Bundesamt für Naturschutz (BfN) haben im Berichtszeitraum 2002 bis 2005 vielfältige Vorhaben zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gefördert. Vor allem in der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung wurden wissenschaftliche und empirische Grundlagen geschaffen, die wesentlich zur Umsetzung und Verbreitung einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beitragen.

Wissenschaftliche und empirische Grundlagen

Repräsentativbefragung zum Stand von Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in den Jahren 2002 und 2004: Seit Mitte der 90er Jahre wird in Deutschland alle zwei Jahre eine Repräsentativumfrage durchgeführt, in der die Einstellungen der Bevölkerung zum Umweltschutz sowie zu den aktuellen Handlungsfeldern der Umweltpolitik erhoben werden. Aus der Analyse der Daten unter sozialstrukturellen und soziokulturellen Perspektiven (Alter, Geschlecht, Einkommen, Werthaltungen, Zukunftserwartungen usw.) lassen sich Erkenntnisse darüber gewinnen, wie die Umweltproblematik sich in den Einschätzungen und Verhaltensbereitschaften der Bürgerinnen und Bürger widerspiegelt. Die regelmäßigen BMU/UBA-Umfragen liefern für die Bildungsdiskussion wichtiges Hintergrundmaterial. In der Umfrage im Jahr 2004 wurden neben den sich regelmäßig wiederholenden Fragen, die Zeitreihenanalysen ermöglichen, die Schwerpunkte Vorstellungen von Lebensqualität, Wohnen, Umwelt und Gesundheit, Freizeitorientierungen sowie Engagementpotenziale für den Umweltschutz gesetzt.

Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der türkischen Migranten in Deutschland – Untersuchung zum gegenwärtigen Stand und Ermittlung von Möglichkeiten ihrer Einbeziehung: Angelehnt an die Repräsentativumfrage 2002 wurde die erste bundesweite und repräsentative Umfrage zum Umweltbewusstsein und -verhalten der türkischstämmigen Migrantinnen und Migranten durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine telefonische Befragung und Experteninterviews mit insgesamt 30 Vertreterinnen und Vertretern aus Verbraucherzentralen, Umweltschutzverbänden und Migrantenorganisationen. Es zeigte sich, dass eine hohe Bereitschaft unter den Migrantinnen und Migranten im Hinblick auf ein umweltbewussteres Verhalten vorhanden ist, aber massive Informationsdefizite und Orientierungsprobleme bestehen. Diese Ergebnisse sind im Rahmen der Weiterentwicklung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung bislang noch nicht hinreichend rezipiert.

Analyse der Folgen des Geschlechtsrollenwandels für Umweltbewusstsein und Umweltverhalten: In Repräsentativumfragen zeigen sich immer wieder deutliche Unterschiede im Umweltbewusstsein und Umweltverhalten von Frauen und Männern. Frauen haben ausgeprägtere Pro-Umwelteinstellungen, sind skeptischer gegenüber der Technik und sehen geringere Fortschritte in der Umweltpolitik. In diesem Vorhaben wurde eine Sekundäranalyse von Umfragedaten einerseits sowie von lebensstilspezifischen Haushaltsexplorations andererseits durchgeführt. Sie zeigt, dass vor allem die lebensweltliche Milieueinbindung und soziokulturelle Situation für das Verhalten und die Einstellungsmuster beider Geschlechter grundlegend ist. Die Studie leistet einen Beitrag zur Thematik „Förderung nachhaltiger Konsummuster“ durch eine zielgruppenspezifische Zugangsweise und ist somit auch für den diesbezüglichen Schwerpunkt im Rahmen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung relevant.

Um die Kommunikation im Naturschutz zu verbessern, wird in drei Forschungsvorhaben zu „Lebensstilen und Naturschutz“ die Methode der Lebensstilforschung herangezogen. Die daraus resultierenden lebensstiltypischen Kommunikationsmaßnahmen und deren Wirksamkeit werden in einem Vorhaben – beispielhaft am Thema „Naturschutz und Ernährung“ – untersucht. Außerdem wurde eine empirische Studie zur Wirkung des Films „The Day after Tomorrow“ gefördert, die die Wirkung dieser Form der Umweltkommunikation untersuchte.

Mit der „Analyse von Verhaltensmustern/Lebensstilen als Teil einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung im Alltag“ wurden beispielhaft ausgewählte Nachhaltigkeitsinitiativen begleitet und beobachtet sowie Vorschläge entwickelt, wie das „Dynamikpotenzial“ von solchen Initiativen erhöht werden kann. Mit der „Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Ergebnisse zu den Determinanten des Informationsverhaltens im Umweltschutz und Ermittlung von Möglichkeiten verbesserter Informationsstrategien im Umweltschutz“ wurde das sozialwissenschaftliche Wissen zum Informationserwerb aus unterschiedlichen Disziplinen zusammengetragen und

nach Möglichkeiten gesucht, die Umweltkommunikation entsprechend zu verbessern.

Projekte, Kampagnen und Tagungen zur Umwelt- und Nachhaltigkeitskommunikation

Mit dem Projekt „Begleitende Maßnahmen zur außerschulischen Umweltbildung im Rahmen der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung“ sollen die vielfältigen Beiträge außerschulischer Umweltbildung zur UN-Dekade auf nationaler und internationaler Ebene sichtbar gemacht werden. Hierzu werden Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit entwickelt, die sich an die verschiedenen Zielgruppen und Partner richten und Kooperationen anregen. Um die internationale Präsenz zu fördern, werden die Materialien in deutscher und englischsprachiger Fassung hergestellt.

Mit der Nachhaltigkeitskonferenz „Wie lässt sich das umweltpolitische Profil schärfen?“ am 18./19. März 2003 wurde ein Dialog zwischen den gesellschaftlichen Gruppen über die nationale Nachhaltigkeitsstrategie (NHS) ermöglicht. Im Vorfeld des Ersten Fortschrittsberichts der NHS konnten sich Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher gesellschaftlichen Gruppen über den Stand und die weitere Entwicklung der NHS austauschen und Anregungen und Empfehlungen für das BMU formulieren. Dafür stand auch eine eigene Website zur Verfügung. Ziel der Veranstaltung war es, das Konzept der Nachhaltigkeit, insbesondere seine ökologische Dimension, stärker im öffentlichen Bewusstsein zu verankern.

Im Jahr 2002 wurde eine Öffentlichkeitskampagne zum zehnjährigen Bestehen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt durchgeführt (Biodiversitätskampagne 2002). Unter einem gemeinsamen Logo und Slogan „Leben braucht Vielfalt“ wurden zusammen mit vielen verschiedenen Akteuren unterschiedliche Öffentlichkeitsaktionen und PR-Maßnahmen durchgeführt, um die Bedeutung der biologischen Vielfalt für das tägliche Leben der Menschen deutlich zu machen und für die Ziele des Übereinkommens zu werben.

In dem Vorhaben „Naturschutz und Gesundheitsschutz“ sollen mögliche Synergiepotenziale eruiert und Ansätze von Kommunikationspotenzialen für einen „gesundheitsbezogenen Naturschutz“ herausgearbeitet werden. Zur Steigerung der Akzeptanz von FFH-Gebieten wurden verschiedene Naturschutzprojekte ausgewertet, um Kooperationsmodelle und kooperative Umsetzungsstrategien zur Steigerung der Akzeptanz von FFH-Gebieten (Fauna-Flora-Habitat Richtlinie der EG) zu entwickeln.

Der „Naturathlon 2004“ führte Sportlerinnen und Sportler verschiedenster Natursportarten von Berchtesgaden nach Rügen. Er hatte zum Ziel, einen Dialog zwischen Natursportlern und Naturschützern zu initiieren und aufzuzeigen, wie man Sport naturverträglich gestalten und die Natur genießen kann, ohne sie zu zerstören. Mit dem Projekt „Sounds for Nature“ wurden zum einen Veranstalter von Festivals zur Verbesserung der Umweltbilanz beraten – dazu wurden Kriterien und ein entsprechender Leitfaden

erarbeitet. Zum anderen wurden die entwickelten Bildungsangebote (Naturexkursionen, Ausstellungen, Infostände, Internetpräsentationen) auf mehreren Festivals erprobt und etabliert.

Im Rahmen der Kongressreihe „Elemente des Naturhaushaltes – Wasser, Feuer, Erde, Luft“ haben internationale Expertinnen und Experten aus verschiedenen Disziplinen über die Elemente des Naturhaushaltes Wasser, Feuer, Erde und Luft diskutiert, wobei das Ziel darin bestand, das Bewusstsein für die Notwendigkeit des Schutzes und der nachhaltigen Nutzung der „Elemente des Naturhaushaltes“ in der Gesellschaft zu erhöhen.

Aktivitäten für Kinder und Jugendliche

Naturtagebuch: Ziel des Vorhabens war es, Kinder im Alter von acht bis zwölf Jahren für den Naturschutz zu begeistern und langfristig für den Naturschutz zu aktivieren. Dazu beobachteten Kinder einen selbst gewählten Ausschnitt der Natur über eine Vegetationsperiode und trugen ihre Beobachtungen in einem Tagebuch zusammen. Die Tagebücher wurden eingesandt und nahmen an einer jährlichen Preisverleihung teil. Das Projekt wird von der BUNDjugend fortgeführt.

Biodiversity Detectives: Mit dem Internetangebot „Bio-Dets“ wird die interkulturelle, grenzüberschreitende Kommunikation zwischen Schulen aus Russland und Deutschland auf dem Gebiet der Naturschutzbildung gefördert. Die dreisprachige Internetseite (Deutsch, Russisch und Englisch) wurde 2004 in einer Pilotphase von Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Russland und Deutschland getestet.

„Spots for Nature II“ war eine Fortsetzung des Naturschutz-Wettbewerbs „21“. In dem 2002/2003 durchgeführten Wettbewerb waren Jugendliche, Amateure, Nachwuchs und professionelle Werbefilmer dazu aufgefordert, Werbefilme und Drehbücher zum Schutz der Natur und Umwelt einzureichen.

Naturdetektive: Kinder und Jugendliche erforschen, beobachten und durchstöbern mit viel Engagement und Freude die Natur. Ihre Ergebnisse veröffentlichen sie als Naturdetektive auf der gleichnamigen Internetseite (<http://www.naturdetektive.de>) des Bundesamtes für Naturschutz. Die Naturdetektive wurden 2003 und 2004 mit der GigaMaus „als beste Seite zum Lernen im Netz“ für Kinder und Jugendliche ausgezeichnet. Über das Projekt wird das internationale UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) aktiv verbreitet.

Mit dem Wettbewerb „UmWeltmeisterschaft“ sollen Kinder und Jugendliche über populäre Sportarten für den Umwelt- und Naturschutz in Vereinen begeistert werden. Der Luchs „Don Cato“ ist die Leitfigur dieses Wettbewerbs (www.doncato.de). Die Jugendaktion „Jugend mit unendlicher Energie – Schützt das Klima“ ist ein Wettbewerb, der das Interesse junger Leute für die erneuerbaren Energien und den Klimaschutz steigern soll (www.unendliche-energie.de). „Yomag.net – Verbrauchermagazin von und für Jugendliche“ ist ein Online-Magazin (<http://www.yomag.net>) von und für junge europäische Konsu-

menten. Die Artikel werden von Jugendlichen aus verschiedenen Ländern Europas geschrieben. Die Themen kommen aus dem Konsumalltag junger Menschen. In dem Projekt „Umweltbildung – Erneuerbare Energien für Kinder und Jugendliche“ werden neue Wege zur Vermittlung des Themas Erneuerbare Energien erarbeitet und dabei in die Praxis umsetzbare Ideen und Projekte entwickelt, die Kinder und Jugendliche verstärkt für die Problematik interessieren und begeistern.

Fortbildungen und Informationen für Fach- und Führungskräfte

Im Rahmenprojekt „Scientific Literacy“ werden unter www.bmu.de/bildungsservice Lehrkräften in schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen unmittelbar einsetzbare Materialien an die Hand gegeben. Die Materialien stehen unter dem Motto „am Beispiel von Umweltschutzthemen technische und naturwissenschaftliche Problemlösungskompetenz erwerben“.

Das Projekt Schulträger „21“ dient der Förderung von Kommunikation und Kooperation zwischen Schulträgern und Schulen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung. Über eine jährlich stattfindende Ausschreibung und spätere Auszeichnung der ausgewählten Schulträger sowie der Entwicklung eines Netzwerkes zwischen den Schulträgern wird beispielhaftes Engagement von Kommunen identifiziert, dokumentiert und einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die Seed Initiative (Supporting Entrepreneurs for Environment and Development) fördert Unternehmergeist und kreative Projektideen für nachhaltige Entwicklung. Dabei richtet sich Seed insbesondere an neue, d.h. noch in der Entwicklung befindliche Projekte, und unterstützt die beteiligten Akteure in der entscheidenden Phase von der Projektidee bis zur Umsetzung. Mit den „Seed Awards“ werden die vielversprechendsten Vorhaben ausgezeichnet. Die erste Auszeichnungszeremonie fand im April 2005 am Rande der CSD (Commission for Sustainable Development) in New York statt.

Außerdem werden UNEP-UNESCO-BMU-Kurse „Environmental Management for Developing Countries“ als Umwelt-Fortbildungsprogramm für Expertinnen und Experten aus Entwicklungs- und Schwellenländern an der TU Dresden angeboten. Zielgruppe sind vor allem angehende Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Verwaltung und Wissenschaft, die als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verbreitung von Kenntnissen über deutsche Umweltpolitik und deutsche Umwelttechnologie beitragen.

Aktivierung und Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Engagementpotenziale

Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung sind auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Gleichzeitig bietet das Engagement für Umwelt und nachhaltige Entwicklung konkrete Lernorte zur Partizipation. Das wird durch das BMU allgemein durch die Förderung von Projekten der Umweltverbände unterstützt,

die das Bewusstsein und das Engagement für Umweltschutz stärken. Hierzu gehören u. a. Projekte zu aktuellen Umweltthemen, Kinder- und Jugendprojekte sowie Projekte zur bundesweiten Stärkung des lokalen Agenda 21-Prozesses wie die Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21. In diesem Zusammenhang wurden mehrere konkrete Projekte zur Professionalisierung zivilgesellschaftlicher Engagementpotenziale gefördert:

In einem Gutachten zur „Bewertung von Vorschlägen zu Förderungsmöglichkeiten der Fundraisingaktivitäten von Umwelt- und Naturschutzverbänden“ wurden Möglichkeiten untersucht, die Nachhaltigkeitsinitiativen bei der Umorientierung zum Fundraising zu unterstützen. Im Rahmen einer Fachtagung entwickelten die Akteurinnen und Akteure zahlreiche Vorschläge, die in diesem Gutachten auf ihre Reichweite und Tauglichkeit überprüft werden. Vor dem Hintergrund neuer Anforderungen an Akteure, die sich in Organisationen und Initiativen für eine nachhaltige Entwicklung engagieren, wurde eine Fachberatung für kleinere Umweltorganisationen zur Optimierung ihrer eigenständigen Geldmittelbeschaffung konzipiert. Dazu wurden eintägige Workshops in mehreren deutschen Städten und zusätzlich gezielte Gruppenberatungen zu Einzelthemen durchgeführt. Die Studie „Motivation in der Bevölkerung, sich für Umweltthemen zu engagieren – Eine qualitative Studie mit Fokus-Gruppen“ soll Aufschluss über die Motivation für Umweltschutz- und Nachhaltigkeitsthemen in der Bevölkerung geben und ein allgemeines Schema für die Erhebung von Motivationspotenzialen mittels der Fokusgruppentechnik entwickeln, das von Verbänden und Initiativen zu deren Zwecken verwendet werden kann. Ausgehend von einem rückläufigen ehrenamtlichen Engagement in Umwelt- und Naturschutzverbänden bei gleichzeitig wachsenden an sie gestellten Anforderungen stehen die Umwelt- und Naturschutzverbände vor der Aufgabe, Instrumente zur Förderung freiwilligen Engagements, zur Bindung der aktiven Ehrenamtlichen an die Verbände und zur Gewinnung neuer aktiver ehrenamtlicher Mitglieder zu entwickeln. Ziel des Vorhabens „Steigerung des ehrenamtlichen Engagements in Naturschutzverbänden“ war es, im Dialog mit den ehrenamtlich Aktiven verschiedener Naturschutzverbände ein Programm zur Qualifizierung und Qualitätssicherung modellhaft zu entwickeln. Die Werkstattreihe „aktiv.um – Impulse für engagierte Umwelt- und Naturschutzarbeit“ wurde ein Jahr lang dem monatlichen Informationsdienst „punkt.um“ beigelegt. In dem Projekt „Konzepterstellung, Erfahrungsaustausch und Qualifizierungsprogramm für die Umweltzentren in der BRD in Hinsicht auf die Unterstützung der Agenda 21 in Deutschland und eine Bildung für Nachhaltigkeit“ konnten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Umweltzentren ihre bereits vorhandenen Fähigkeiten im Sinne einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weiterentwickeln. Das Projekt „Strategien für Umweltzentren zur Unterstützung von Nachhaltigkeitsinitiativen“ verfolgt das Ziel, Umweltzentren mit Hilfe sozialökologischer Methoden weiterzuentwickeln, um ihnen eine bessere Unterstützung von Nachhaltigkeitsinitiativen zu ermöglichen.

3.2.4 BMZ

Im Rahmen seiner politischen Schwerpunktsetzungen misst das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der entwicklungspolitischen Bildung eine hohe Bedeutung bei. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit (ohne Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) wurde durch Erhöhung der Fördermittel von rund 2,2 Mio. Euro im Jahr 1998 auf 10,0 Mio. Euro im Jahr 2005 gestärkt.

Der größte Teil der Mittel wird für entwicklungspolitische Maßnahmen von privaten Trägern zur Verfügung gestellt. Die Anzahl der vom BMZ in ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit geförderten Nichtregierungsorganisationen ist von 50 Anfang der 90er Jahre auf rund 160 im Jahr 2005 angestiegen. Die Spanne der geförderten Maßnahmen ist dabei beträchtlich, was Inhalte und angesprochene Bevölkerungsgruppen angeht: Ein wichtiger Schwerpunkt der letzten Jahre sind die Kampagnen zum fairen Handel („fair feels good“, „faire Woche“). Außerdem werden u. a. Informationsstellen und Foren gefördert, die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deutschland zielgruppenspezifisch für bestimmte Nutzergruppen koordinieren und aufbereiten (Infostelle Nord-Süd beim WUS, Eine Welt Internet-Konferenz/EWIK, Forum Umwelt und Entwicklung). Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit großen gesellschaftlichen Bildungsträgern wie Volkshochschulverband, EED, Misereor, DGB-Bildungswerk, der Gesellschaft der Europäischen Akademien e. V. oder auch Fortbildungsorganisationen der Wirtschaft, mit dem Ziel, entwicklungspolitische Inhalte auch an teils bisher weniger involvierte Bürgerinnen und Bürger heranzutragen. Zahlreiche der geförderten Maßnahmen wenden sich an das Umfeld Schule, zum Teil als entwicklungspolitisches Angebot für den Schulunterricht (Beispiele: „Eine Welt in der Schule“ des Grundschulverbandes e. V., Pilotphase des Projekts „Grenzenlos – Interkulturelles Lernen im Dialog“ des WUS, das Lehrerinnen und Lehrern die Möglichkeit bietet, mit ausländischen Studierenden aus Lateinamerika, Asien und Afrika zusammenzuarbeiten), teilweise wenden sie sich auch direkt an die Schülerinnen und Schüler (Beispiel: WM Schulen – Fair Play for Fair Life – der Stiftung Jugendfußball unter Schirmherrschaft von Jürgen Klinsmann).

Ein weiterer Schwerpunkt der BMZ-Inlands-Bildungsarbeit ist die Produktion und Verbreitung audiovisueller und gedruckter Medien für die schulische und außerschulische Bildung. Für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II bietet das BMZ das Schulbuch „Welt im Wandel“ im Verbund mit einer CD-ROM und unterstützt durch eine entsprechende Seite im Internet (<http://www.omnia-verlag.de>) an. Mit den CD-ROMs „Armut bekämpfen. Gemeinsam handeln“ und „Konflikt als Chance“ reagiert das Bundesministerium auf den vermehrten Einsatz neuer Medien auch im Unterricht.

Daneben erwirbt das BMZ die nichtgewerblichen Rechte von besonders gelungenen Filmen zur Situation in den Entwicklungsländern, zu Eine-Welt-Themen und zur Ent-

wicklungspolitik. Die Filme werden vervielfältigt und in den öffentlichen Verleih gegeben.

Im „Ch@t der Welten“ diskutieren Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 12 via Internet mit Akteuren in Lateinamerika, Afrika und Asien zu umwelt- und entwicklungspolitischen Themen. Zuvor haben die Schülerinnen und Schüler sich anhand von umfangreichem Informationsmaterial sachkundig gemacht. Ziel des fächerübergreifenden Projekts ist es, Ansätze für nachhaltige Entwicklung kennen zu lernen und globale Zusammenhänge zu verstehen. Das Pilotprojekt mit Schwerpunkt „Erdölförderung im Regenwald“ läuft seit 2003 an 20 Schulen in NRW. 2004 wurde es um Themen wie biologische Vielfalt und nachwachsende Rohstoffe erweitert. Im Februar 2005 wurde der „Ch@t der Welten“ auch in acht weiteren Bundesländern gestartet. Gefördert und unterstützt wird das Projekt von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, vom BMZ sowie der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung.

Zwei bundesweite entwicklungspolitische Dauerwettbewerbe wurden in den letzten Jahren initiiert, die bestehendes Engagement belohnen und neue entwicklungspolitische Initiativen inspirieren sollen: Im Schulwettbewerb des Bundespräsidenten „alle für EINE WELT – EINE WELT für alle“ werden fachbezogene und Fächer verbindende Unterrichtsvorhaben, übergreifende Schulprojekte (z. B. Schulpartnerschaften), Kooperationen mit außerschulischen Institutionen wie auch Arbeiten einzelner Schülergruppen, Reportagen oder PR-Kampagnen zur Entwicklungspolitik ausgezeichnet. Der Wettbewerb wird unterstützt durch Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler sowie eine Website mit Online-Jugendmagazin (<http://www.eineweltfueralle.de>). 2005/2006 geht der Wettbewerb in die zweite Runde. Zum ersten Mal können neben den Sekundarstufen I und II auch die Grundschulen teilnehmen. Das Thema lautet „Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen“. Schülerinnen und Schüler sollen sich mit dem Leben von Kindern und Jugendlichen in der Einen Welt auseinandersetzen, Unterschiede und Gemeinsamkeiten verstehen.

Mit dem Wettbewerb „Global vernetzt – lokal aktiv“ will das BMZ herausragende und beispielgebende Projekte und Aktivitäten würdigen, die in Kooperation vor Ort und mit Partnern aus Ländern des Südens und des Ostens entstanden sind und den Gedanken der Einen Welt kreativ umsetzen. Aufgerufen sind alle Kommunen, Bildungseinrichtungen, Nichtregierungsorganisationen (NRO), Wirtschaftsunternehmen und ehrenamtliche Initiativen, die in Kooperation mit Ländern des Südens und des Ostens durch lokales Engagement globale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Armutsbekämpfung unterstützen, die Bildungsarbeit leisten, sich im Bereich Klimaschutzaktivitäten und zukunftsfähiges Ressourcenmanagement engagieren oder aber kulturelle und soziale Integration fördern.

Mit maßgeblicher finanzieller Unterstützung des BMZ hat 2001 die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)“ ihre Arbeit aufgenommen. Aufgabe der SKEW ist es, durch Informations-, Beratungs- und Argumenta-

tionsangebote das entwicklungspolitische Engagement in deutschen Kommunen und damit die dezentrale entwicklungspolitische Bildungsarbeit zu stärken.

Zusätzlich wurde Anfang 2005 eine Servicestelle Partnerinitiative (S-PI) bei der SKEW eingerichtet. Ihre Aufgabe ist es, die Hilfsangebote aus den Bundesländern, von Kommunen, NRO sowie engagierter Bürgerinnen und Bürger für die Opfer der Fluthilfe in Asien entgegenzunehmen und mit dem entsprechenden Bedarf vor Ort zusammenzuführen. Zugleich hat sie den Auftrag, Interessenten beim Aufbau von langfristigen Partnerschaften zu beraten. Die Partnerschaftsinitiative soll genutzt werden, um Interesse und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeinden für die Entwicklungsländer langfristig zu stärken.

Seit 2001 ist Deutschland Mitglied beim Nord-Süd-Zentrum des Europarats, dessen Ziel die Vernetzung mit west- und osteuropäischen Akteuren auf dem Gebiet des Globalen Lernens und damit auch die Effizienzsteigerung der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit durch Kooperation, Erfahrungsaustausch und Best-Practice-Lernen ist.

Im internationalen Bereich werden mit vielfältigen Programmmaßnahmen im Rahmen der Wissenschafts- und Hochschulkooperation die Anbindung der Partnerländer an globale Wissensnetze und die Qualifizierung akademischer Fach- und Führungskräfte in entwicklungsrelevanten und dynamischen Sektoren gefördert. Für Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der Alexander-von-Humboldt-Stiftung (AvH) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) wurden im Jahr 2004 insgesamt rund 28,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

An diesem Programm beteiligen sich durch die Finanzierung von Stipendien und die Bereitstellung von Fortbildungseinrichtungen und Lehrpersonal auch die Bundesländer und andere staatliche Einrichtungen. Die deutsche Wirtschaft stellt zum Teil unentgeltlich Plätze für Praktika zur Verfügung. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der im Auftrag der Bundesregierungen durchgeführten Maßnahmen sind jüngere Fach- und Führungskräfte der Partnerländer, die an den wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Schaltstellen ihrer Heimatländer Prozesse nachhaltiger Entwicklung mitgestalten können. Sie sollen das erworbene Wissen als Multiplikatoren weitergeben und anwenden. In diesem Sinne zielt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit auf die Entwicklung von Bildungsressourcen und Wissensnetzwerken, aber auch – insbesondere bei der praxisorientierten Fortbildung – auf konkrete institutionelle und sektorale Wirkungen in den Partnerländern.

Nichtakademische, berufliche Fortbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern hat das BMZ insbesondere der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (InWEnt) – hervorgegangen aus der Fusion von Carl Duisberg Gesellschaft e.V. und Deutscher Stiftung für internationale Entwicklung – und dem Fortbildungszentrum für Hörfunk und Fernsehen (DWFZ) der Deutschen Welle

übertragen. Für die praxisorientierte Fortbildung von Fach- und Führungskräften hat das BMZ im Jahr 2004 rund 58,2 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Das BMZ fühlt sich darüber hinaus dem Ziel verpflichtet, einen Beitrag zur Verbesserung der Bildungsqualität in Entwicklungsländern zu leisten. Zur Umsetzung dieses Ziels wurden 2003 in den Bereichen Grundbildung, Erwachsenenbildung/nonformale Bildung, berufliche Bildung und Hochschulwesen rund 162 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Grundbildung. Als Beitrag zur Umsetzung der entsprechenden Millenniumziele und damit zur Sicherung der Grundbildung in den Partnerländern hat Deutschland 2002 eine Erhöhung der jährlichen Mittel für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (EZ) angekündigt. Bis 2007 sollen mindestens 120 Mio. Euro für Grundbildung (inkl. Alphabetisierung und Erwachsenenbildung) bereitgestellt werden.

Im Rahmen der bilateralen EZ nimmt Deutschland aktiv an der „Education for All-Fast Track Initiative“ (FTI) teil. FTI ist inzwischen das wichtigste Post-Monterrey-Instrument, um Einfluss auf die nationale Politik im Hinblick auf „Education for All“ zu haben. Dies geschieht u. a. durch hohes politisches Gewicht, Ressourcenmobilisierung in Industrie- sowie Entwicklungsländern und deren effizientere Verwendung durch Koordinierung und Harmonisierung.

Im Mai 2004 haben die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz anlässlich einer Plenarsitzung der KMK vereinbart, dass die KMK-Empfehlung „Eine Welt/Dritte Welt in Unterricht und Schule“ vom 28. Februar 1997 hinsichtlich des Aktualisierungsbedarfs überprüft werden sollte. Ein daraufhin gemeinsam mit der KMK und mit Unterstützung von InWEnt durchgeführtes Vorhaben wird für die Lehrplanarbeit der Länder interdisziplinär erarbeitete Konzeptionen bereitstellen, die eine stärkere Integration der Komponenten einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung fördern. Bis Ende 2005 soll zunächst ein Referenzcurriculum für entwicklungspolitische Bildung erarbeitet werden. Dabei wird die im Beschluss von 1997 noch nicht vorhandene Ausrichtung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung von zentraler Bedeutung sein.

3.2.5 BMVEL

Die Hauptaktivitäten des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) im Bereich Bildung für eine nachhaltige Entwicklung liegen im Bereich der Verbraucheraufklärung und bei Bildungsmaßnahmen im Agrarbereich. Sie umfassen für den Berichtszeitraum die Schwerpunkte agrarische Berufsbildung und Förderung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, Verbraucherbildung und -aufklärung sowie Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Bilateralen Fonds mit der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) zur Ernährungssicherung.

Agrarische Berufsbildung

Im Rahmen der kontinuierlichen Novellierung von landwirtschaftlichen Aus- und Fortbildungsordnungen wurde besonderer Wert auf die Integration von Umweltaspekten, aber auch von Nachhaltigkeitsaspekten in diese Regelungen gelegt.

Die landwirtschaftlichen Ausbildungsberufe schreiben in ihrem Berufsbild konkrete über die Standardlernziele hinausreichende Qualifikationsanforderungen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens bereits verbindlich fest. So wurde in den landwirtschaftlichen Ausbildungsordnungen eine Berufsbildposition eingeführt, die sich auf die zielgerichtete Vermittlung von Sozialkompetenzen in der betrieblichen Ausbildung orientiert; ein wesentlicher Aspekt der Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung.

Die Umsetzung des Nachhaltigkeitsgedankens im Sinne der Agenda 21 bedarf weiterer Anstrengungen, insbesondere auch bei der Weiterbildung der betrieblichen Ausbilder und der Ausbildungsberater. Die Geschwindigkeit und der Umfang mit dem Nachhaltigkeitsstrategien zum umfassenden Bestandteil der betrieblichen Ausbildungspraxis werden, hängen entscheidend vom Grad der Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in der Gesellschaft ab. Mit der konsequenten Verwirklichung komplexer, ganzheitlicher Prüfungsmethoden in den agrarischen Aus- und Fortbildungsordnungen wurde der Aspekt des Erwerbs und des Nachweises von Schlüsselqualifikationen erheblich verstärkt.

Im Bereich der Berufsausbildung wird darüber hinaus ein neuer Ausbildungsberuf mit der Bezeichnung „Fachkraft Agrarservice“ geschaffen. Hierbei handelt es sich um eine berufliche Qualifikation für Fachkräfte des Pflanzenbaus in spezialisierten landwirtschaftlichen Marktfruchtbetrieben, landwirtschaftlichen Lohnunternehmen sowie großen landwirtschaftlichen Betrieben. Diese Fachkräfte sollen im Rahmen ihrer Berufsausbildung fundierte Kenntnisse über eine naturschonende, auf nachhaltige Bodennutzung ausgerichtete Pflanzenproduktion erwerben.

Als weiterer Beruf wird zu Beginn des Ausbildungsjahres 2005/2006 der Beruf „Tierwirt/Tierwirtin“ neu geregelt sein. Entsprechend der fortschreitenden Spezialisierung im Bereich der Tierhaltung wird dieser Beruf zukünftig in fünf Fachrichtungen (Rinder-, Schweine- und Geflügelhaltung, Schäferei und Imkerei) gegliedert. Gesichtspunkte der Nachhaltigkeit, des Tierschutzes, der Hygiene und der Qualitätssicherung zählen zu den Qualifikationen, die in allen Fachrichtungen dieses Berufes zu vermitteln sind.

Abgeschlossen wurde ferner die Modernisierung der Meisterprüfungsverordnung im Bereich der Hauswirtschaft. Dieses gemeinsame Vorhaben des BMWA und des BMVEL soll den gestiegenen Anforderungen an Führungskräfte in diesem multifunktionalen Dienstleistungsberuf entsprechen. Im Bereich der Fortbildung wurde im Oktober 2004 eine neue Meisterprüfungsverordnung für den forstwirtschaftlichen Bereich erlassen. Entsprechend der vor wenigen Jahren neu geregelten Berufsausbildung

der Forstwirte wurden insbesondere Bildungsinhalte im Bereich der nachhaltigen Waldbewirtschaftung neu aufgenommen.

Förderung von Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung

Bei der Förderung bundesweiter Informationsveranstaltungen, die von Organisationen des ländlichen Raums (u. a. Landjugend- und Landfrauenverbände) durchgeführt werden, bilden Themen mit Bezug zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung in den letzten Jahren zunehmend einen Schwerpunkt. Diese Maßnahmen sind nicht nur auf die unmittelbar im landwirtschaftlichen Bereich Tätigen zugeschnitten, sondern richten sich an die Gesamtheit der im ländlichen Raum lebenden Menschen. Die zahlreichen Träger im Bereich der agrarischen Weiterbildung bieten vielfältige Maßnahmen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums an und führen Projekte durch. Die mit Förderung des BMVEL durchgeführten Wettbewerbe für Auszubildende in landwirtschaftlichen Berufen wurden in den letzten Jahren kontinuierlich im Sinne eines verantwortungsbewussten und nachhaltigen Wirtschaftens weiterentwickelt.

Im Sinne der Förderung des lebenslangen Lernens wurden vom BMVEL zwei Modellvorhaben durchgeführt: Das Modellvorhaben „Umstellungs- und Betriebsentwicklungsbegleitung für Betriebe des ökologischen Landbaus (Coaching in der Landwirtschaft)“ dient der Umsetzung des Ziels vom lebenslangen Lernen durch die Einführung einer neuen Methode der Weiterqualifizierung für Betriebsleiterinnen und -leiter sowie deren Selbstmanagement. Das Modellvorhaben „Entwicklung und Erprobung von Medien und Maßnahmen zur Berufswerbung im Agrarbereich“ soll auch angesichts der demographischen Entwicklung Deutschlands einem zu erwartenden Fachkräftemangel im Agrarbereich vorbeugen und aktuell einen Beitrag zur Nutzung vorhandener oder noch nicht voll in Anspruch genommener Ausbildungskapazitäten leisten.

Verbraucherbildung und -aufklärung

Verbraucherbildung und -aufklärung spielt eine wesentliche Rolle auf dem Weg hin zu einer stärkeren Berücksichtigung der Nachhaltigkeitsprinzipien. Das Konsumverhalten der Verbraucherinnen und Verbraucher hat einen entscheidenden Einfluss darauf, ob sich nachhaltige Verfahren für die Herstellung und Vermarktung von Produkten langfristig durchsetzen. Durch Aufklärungsmaßnahmen sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, wie sie ihr tägliches Handeln nach den Kriterien der Nachhaltigkeit ausrichten können. Die Bereitstellung von Informationen und die Bündelung von Einzelaktivitäten verschiedener Akteure sollen Einstellungs- und Verhaltensänderungen der Verbraucherinnen und Verbraucher im Sinne der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung anstoßen. Verbraucheraufklärung sollte möglichst früh beginnen, da im Kindes- und Jugendalter Gewohnheiten erworben und gefestigt werden. Nachhaltigkeitsprinzipien sowie Aspekte

eines nachhaltigen Konsumverhaltens und einer gesunden Ernährung werden derzeit den Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie spezifischen Zielgruppen durch folgende Aktivitäten vermittelt:

Mit der Aufklärungskampagne „Echt gerecht: Clever kaufen“ (<http://www.echtgerecht.de>) zur Förderung nachhaltiger Konsummuster sollen Verbraucherinnen und Verbrauchern Zusammenhänge zwischen dem eigenen Konsumverhalten und den Umwelt-, Lebens- und Arbeitsbedingungen weltweit gezeigt werden. So wurde zum Kampagnenstart im Dezember 2004 über die zum Teil inakzeptablen Arbeitsbedingungen in den Herstellerländern bei der Produktion für Spielwaren informiert. Anhand von praktischen Handlungshinweisen werden Verbraucherinnen und Verbraucher dazu angeregt, bei ihren Konsumentscheidungen auch soziale, ökologische und ethische Kriterien zu berücksichtigen. In den Konsumbereichen ‚Lebensmittel und Ernährung‘, ‚Bauen, Wohnen, Haushalt und Energie‘, ‚Textilien, Bekleidung und Spielzeug‘ und ‚Reisen, Mobilität und Geldanlagen‘ wird über seriöse Produktkennzeichnungen informiert und konkrete umwelt- und sozialverträglichere Verhaltensweisen angesprochen. Die Kampagne findet in Zusammenarbeit mit wichtigen Akteuren (Wirtschaft, NRO, Medien) statt.

Das BMVEL fördert im Rahmen des Projekts „EcoTopTen – Innovationen für einen nachhaltigen Konsum“ (<http://www.ecotopten.de>) eine Verbraucherinformationskampagne, die u. a. Kenntnisse über den individuellen Nutzen nachhaltigen Konsums vermitteln soll. Die so genannten EcoTopTen-Produkte und -Dienstleistungen zeichnen sich durch Qualität, ökologische Verträglichkeit und angemessenes Preis-Leistungsverhältnis aus. In Form von beispielhaften Produktrankings werden Verbraucherinnen und Verbrauchern verlässliche Orientierungshilfen und Informationen für eine sowohl aus Umwelt- als auch Kostensicht sinnvolle Kaufentscheidung an die Hand gegeben.

Mit dem bundesweiten Schülerwettbewerb „Bio find ich Kuh-l!“ ruft das BMVEL Schülerinnen und Schüler der Klassen 3 bis 11 aller Schularten dazu auf, die Produktion und Verarbeitung im ökologischen Landbau zu erkunden. Die besten Beiträge werden mit dem „Öko-Oskar“ ausgezeichnet. Der 2003 erstmals durchgeführte Wettbewerb ist eine Maßnahme des Bundesprogramms Ökologischer Landbau.

Aufklärung verschiedener Zielgruppen zu einer gesunden Ernährung

Die Kampagne „Besser Essen. Mehr Bewegen. Kinderleicht“ hat zum Ziel, die Ernährungserziehung und Verpflegung von Kindern und Jugendlichen im Hinblick auf die Prävention von Übergewicht zu verbessern. Bausteine dieser Kampagne sind Beratung von Ganztagschulen und Kindertagesstätten, Sinnesschulungen für Kinder, Aufklärung über Trendgetränke an Schulen sowie die Erarbeitung von Bausteinen für den Ernährungsunterricht im Rahmen des Modellvorhabens „Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung an Schulen“ (REVIS). Es sollen die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler im

Umgang mit Lebensmitteln und Speisen gefördert, die Hintergründe und Zusammenhänge des eigenen Ernährungsverhaltens bewusst gemacht und dadurch die Eigenverantwortlichkeit gestärkt werden. Die Initiative wird unterstützt durch die „Plattform Ernährung und Bewegung e. V.“.

Die Kampagne „Fit im Alter – Gesund essen, besser leben“ richtet sich an ältere Bürgerinnen und Bürger und möchte ihnen die Bedeutung der Ernährung für die geistige und körperliche Fitness nahe bringen. Gleichzeitig finden Schulungen für Multiplikatoren, wie z. B. Träger von Senioreneinrichtungen oder Anbieter von Essen auf Rädern, über die speziellen Anforderungen einer ausgewogenen Ernährung im Alter statt.

Zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums führt das BMVEL verstärkt Forschungs- und Modellvorhaben durch, die der Entwicklung und Durchsetzung von Nachhaltigkeitsstrategien aber auch der Vermittlung von Kenntnissen darüber dienen. Im September 2001 hat das BMVEL das Modell- und Demonstrationsvorhaben „Regionen Aktiv – Land gestaltet Zukunft“ ins Leben gerufen. Ziel von „Regionen aktiv“ ist es, sichtbare Zeichen für die stärkere Orientierung der neuen Agrar- und Verbraucherpolitik auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit zu geben. Ein Schwerpunkt der Aktivitäten in den Modellregionen ist die Stärkung der Verbraucherorientierung sowie der Natur- und Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft. Mit dem Ziel der Verbreiterung der Kenntnisse über die Erzeugung von hochwertigen regionalen Lebensmitteln gibt es in den Regionen u. a. Weiterbildungsangebote für bestimmte Berufsgruppen, Informationskampagnen für die Bevölkerung, Angebote für Kindergärten und Schulklassen. Im Vordergrund stehen dabei jeweils auf die Region bezogene individuelle Ansätze und Lösungen.

Weiter werden Untersuchungen zum Ernährungsverhalten und zur Ernährungsinformation durchgeführt. Die hieraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für zielgerichtete Bildungs- und Informationsangebote und Aufklärungsmaßnahmen in den Bereichen gesunde Ernährung und nachhaltiger Konsum.

Bildungsmaßnahmen im Rahmen des Bilateralen Fonds mit der FAO zur Ernährungssicherung

Bildungsmaßnahmen sind wiederholt integraler Bestandteil der von BMVEL im Rahmen eines bilateralen Treuhandfonds unterstützten FAO-Projekte zur Bekämpfung des Hungers in den ärmsten Regionen der Welt. Sie setzen auf drei Ebenen an: Auf der Produzentenebene werden Wissen und Kenntnisse zu nachhaltigen Produktionsmethoden vermittelt (z. B. Projekte zu Conservation Agriculture in Tansania und Kenia). Auf der Konsumentenebene sind Ernährungsprobleme häufig durch eine ungenügende Verwendung und Verwertung von Nahrungsmitteln bedingt. Wissen und Fähigkeiten um richtige Ernährung (Abstillverhalten, Zusammensetzung der Nahrung, Verarbeitung und Zubereitung von Nahrungsmitteln, Hygiene etc.) spielen eine wichtige Rolle in diesem Kontext. Ernährungsberatung sowie Vermittlung von

Wissen und Fähigkeiten sind daher häufig Bestandteile von Ernährungssicherungsprojekten (z. B. das Projekt „Ernährungssicherung von durch HIV/Aids betroffene Familien im südlichen Afrika (2003–2004)“). Auf der Ebene der Politik sollen die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Ernährungssicherheit durch Einflussnahme auf die Etablierung von Strategien und die Umsetzung von Politiken verbessert werden (z. B. Informationen über das einklagbare Menschenrecht auf angemessene Nahrung).

3.2.6 BMFSFJ

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert durch vielfältige Unterstützungsmaßnahmen nach dem Kinder- und Jugendplan des Bundes die bundeszentralen Infrastrukturen der außerschulischen politischen und kulturellen Bildung und unterstützt Vorhaben vor allem im Bereich der Agenda 21 und der Partizipation von Kindern und Jugendlichen sowie im Rahmen der Gleichstellungsförderung. Weiterhin ist es zuständig für das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) und den Zivildienst.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Für die Bundesregierung ist die Förderung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein prioritäres Ziel ihrer Jugendpolitik. Bereits im Herbst 2001 hatte sie eine bundesweite Partizipationsbewegung durch eine Beteiligungswoche mit unterschiedlichen Aktionen initiiert. Immer mehr jungen Menschen fehlen jedoch die wichtigsten Voraussetzungen für politische Partizipation: Vertrauen in das demokratische System, politisches Interesse und Kenntnis der Beteiligungsmöglichkeiten. Viele sehen keinen Zusammenhang mehr zwischen der Ausübung demokratischer Rechte und politischer Veränderung, zwischen eigenem Engagement und eigener Entwicklung. Viele Befunde der Sozialforschung, aber auch das Wahlverhalten junger Menschen zeigen deutlich die Gefahren einer sich verbreitenden Geringschätzung der Demokratie. Die Bundesregierung tritt dieser Entwicklung aktiv entgegen.

„Projekt P – misch dich ein“, ein Vorhaben, das 2004 startete, soll dazu beitragen, die Stabilität des demokratischen Gemeinwesens für die Zukunft zu sichern. Das Projekt ist eine Initiative des BMFSFJ, der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und des Deutschen Bundesjugendrings und fördert das politische Engagement von Kindern und Jugendlichen.

Auch im Rahmen der Umsetzung des seit 2002 angelauten EU-Weißbuchprozesses setzt die Bundesregierung einen Schwerpunkt bei der Stärkung von Partizipationsmöglichkeiten und leistet damit auch einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung. Mit vier umfassenden Fragebogenaktionen der EU-Kommission zu den Schwerpunkten Partizipation, Information, Freiwilligenarbeit und mehr Wissen über die Jugend begann 2002 die erste Phase der europäischen Koordinierung im Bereich der Jugendpolitik. Die ersten Syntheseberichte der EU-Kommission zu den vier Schwerpunktthemen führten im

November 2003 und im November 2004 zur Verabschiedung der vier Entschließungen durch den Rat der EU. Damit konnte im November 2004 der erste Zyklus des Weißbuchprozesses seinen erfolgreichen Abschluss finden. 55 gemeinsame Zielvorstellungen sind nunmehr in so genannten Aktionslinien beschrieben. Bis Ende 2005 werden die Mitgliedstaaten der EU-Kommission mitteilen, wie sie die gemeinsamen Zielvorstellungen für die Bereiche Partizipation und Information auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene umsetzen. Dies geschieht im Rahmen der offenen Koordinierung erneut mit Hilfe einer Fragebogenaktion.

Ende Oktober 2004 schlugen die Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Spanien, Schweden und Deutschland dem damals amtierenden niederländischen Vorsitzenden des Europäischen Rates als Antwort auf die großen Anforderungen an die Europäische Union den Abschluss eines „Europäischen Paktes für die Jugend“ vor, um junge Menschen verstärkt an europäischen Zielsetzungen zu beteiligen und ihre Interessen zu berücksichtigen. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union folgten diesem Vorschlag und verabschiedeten im Rahmen ihres Frühjahrsgipfels am 22. und 23. März 2005 den Europäischen Pakt für die Jugend. Dieser versucht ohne die Schaffung neuer Gemeinschaftsprogramme oder neuer Strukturen und Finanzinstrumente insbesondere den Querschnittsansatz im jugendpolitischen Bereich auf EU-Ebene zu unterstützen, die jugendpolitischen Themen in der Lissabon-Strategie stärker zur Geltung zu bringen sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu befördern.

Freiwilliges Ökologisches Jahr

Das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) bietet jungen Menschen die Möglichkeit der Mitarbeit in Einrichtungen des Umwelt- und Naturschutzes. Durch praktische Tätigkeiten erwerben die Jugendlichen Wissen und Praxiserfahrung, zudem werden ihre Persönlichkeit und ihr Umweltbewusstsein weiter entwickelt. Damit unterstützt das FÖJ eine wichtige Phase der Berufs- und Lebensorientierung. Das Prinzip der Freiwilligkeit ist die zentrale Grundlage für das FÖJ, das dem Ziel dient, das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl, insbesondere für einen nachhaltigen Umgang mit Natur und Umwelt zu stärken, Umweltbewusstsein zu entwickeln, um für Natur und Umwelt zu handeln und interkulturelle Erfahrungen zu vermitteln. Aktuell absolvieren 1 790 Jugendliche ein FÖJ, das pädagogisch begleitet wird.

Die rechtliche Grundlage bildet das Gesetz zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJG) von 1993. Träger des FÖJ können Verbände, Vereine, Institutionen und Körperschaften sein, über deren Zulassung die zuständigen Länderministerien entscheiden. Einsatzstellen für das FÖJ sind u. a. Behörden, Natur- und Umweltschutzorganisationen, Bildungseinrichtungen, soziale Einrichtungen oder Forschungseinrichtungen, die wiederum von den Trägern des FÖJ anerkannt sein müssen. Die Teilnehmenden am FÖJ erhalten vom Träger Unter-

kunft, Verpflegung, Arbeitskleidung und ein angemessenes Taschengeld.

Im Jahr 2002 ist das FÖJG novelliert worden, wodurch Freiwilligendienste noch attraktiver und zukunftsfähiger gestaltet worden sind. Die Einsatzfelder wurden auf das außereuropäische Ausland erweitert, die zeitliche Höchstdauer von 12 auf 18 Monate für das FÖJ im Inland ausgedehnt. Außerdem wurden stärker berufsqualifizierende Elemente aufgenommen, Teilnehmende am FÖJ können nach Abschluss des Freiwilligendienstes ein qualifiziertes Zeugnis beanspruchen. Nach einer Änderung des Zivildienstgesetzes kann ein Freiwilliges Ökologisches Jahr anstelle des Zivildienstes, der ein staatlicher Pflichtdienst ist, absolviert werden.

Von den Bundesländern wird das FÖJ als wesentlicher Bestandteil der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verstanden, u. a. weil es ein umfassendes Angebot unterschiedlicher Träger und Aufgabenbereiche bietet.

3.2.7 BMI

Das Bundesministerium des Innern (BMI) verantwortet die Ausbildung der Beamtinnen und Beamten des mittleren und gehobenen nichttechnischen Dienstes der allgemeinen und inneren Verwaltung des Bundes sowie der Verwaltungsangestellten, Fachrichtung Bundesverwaltung, und der Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker. Das BMI ist zudem für die dienstliche Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundesverwaltung zuständig. Weiterhin fallen in die Verantwortung des BMI die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung sowie die Förderung der Stiftungen der politischen Parteien.

Ausbildung

Das Bundesverwaltungsamt und die Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung bilden in den o. a. Verwaltungslaufbahnen und Ausbildungsberufen aus. In Anlehnung an die in den Ausbildungsordnungen für die Berufe des dualen Systems bestehenden Standardlernziele zum Umweltschutz werden ökologische Lerninhalte auch in den Ausbildungsgängen der Verwaltungslaufbahnen vermittelt.

In der Laufbahnausbildung für den mittleren Dienst und in den Ausbildungsberufen der Verwaltungsfachangestellten sowie der Fachinformatikerinnen und Fachinformatiker ist der Umweltschutz als Unterrichtsfach Teil der theoretischen Lehrveranstaltungen. Umweltrelevante Fragestellungen werden auch in anderen Fächern, z. B. Haushalts- und Beschaffungsrecht, aufgegriffen und bei allen Ausbildungsgängen in die Evaluierung von Lehrinhalten einbezogen.

Die Vermittlung eines Umweltbewusstseins im Sinne einer Sensibilisierung für den rationalen und sparsamen Umgang mit Ressourcen in der Verwaltung ist zudem integraler Bestandteil der praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz. Im gehobenen Dienst soll das Bewusstsein für Nachhaltigkeit in der öffentlichen Verwaltung darüber

hinaus durch Planspiele im Rahmen der praxisbegleitenden Lehrveranstaltungen vertieft werden.

Fortbildung

Als zentrale Fortbildungseinrichtung des Bundes ist die Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV) bemüht, das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung in die dienstliche Fortbildung einzubeziehen. So werden zum einen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Bereiche und Ebenen der Bundesverwaltung mit den Zielen der Nachhaltigkeit vertraut gemacht. Zum anderen gilt es, auch die Fortbildungsarbeit selbst nach ganzheitlichen Prinzipien zu gestalten, um so dauerhafte Erfolge zu erzielen. Auf beiden Gebieten hat die BAkÖV im Berichtszeitraum verschiedene Aktivitäten entfaltet: So werden Bedienstete, deren Entscheidungen Auswirkungen auf die Umwelt haben, in der fach- und funktionsbezogenen Fortbildung in Seminaren zu den Themen „Ökonomie und Ökologie“ und „Umweltverträglichkeitsprüfung“ an eine ganzheitliche Betrachtungsweise ihrer Arbeitsbereiche herangeführt.

Darüber hinaus achtet die BAkÖV darauf, dass der Grundgedanke einer nachhaltigen Entwicklung in die Konzeptionen aller fach- und funktionsbezogenen Seminare einfließt, die Berührungspunkte zu diesen Themen haben. Dies sind in erster Linie Veranstaltungen in den Bereichen Vergabe öffentlicher Aufträge, Zuwendungswesen, Gesetzesfolgenabschätzung, Vorbereitung von Verwaltungsvorschriften, aber auch Controlling, Qualitätsmanagement und Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und nicht zuletzt Prozessoptimierung und Organisation. Aspekte der Globalisierung werden auch in die Veranstaltungen zu volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Verwaltungshandelns aufgenommen.

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Aufgaben im internationalen Bereich wahrnehmen, werden deshalb seit 2002 regelmäßige Workshops zu Fragen der Globalisierung als Herausforderung für die Verwaltung unter internationaler Zusammensetzung sowohl der Referentinnen und Referenten als auch der Teilnehmenden durchgeführt. Auch die Veranstaltungen zu aktuellen Fragen der internationalen Beziehungen nehmen entwicklungspolitische Aspekte auf.

Mit der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung verbindet sich die Chance zur gesellschaftlichen Modernisierung und Gestaltung. Die BAkÖV unterstützt den Modernisierungsprozess der Verwaltung, der auf eine wirtschaftlichere Arbeitsweise und höhere Qualität und Flexibilität des Verwaltungshandelns sowie auf größere Transparenz und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger abzielt und damit ebenfalls dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung entspricht.

Politische Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) wirkt im Rahmen politischer Bildung an der Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit mit. Ansatzpunkte für ihre Arbeit sieht sie insbesondere in der Tatsache, dass dieses

Konzept durch die Verknüpfung umweltpolitischer, entwicklungspolitischer und sozialer Überlegungen eine bedeutende politische Dimension aufweist. Auch die in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung angestrebte Stärkung der Partizipationsbereitschaft ist ein wichtiges Ziel der politischen Bildung. Die in der Strategie für eine nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung als Leitbild formulierten Ziele Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialer Zusammenhalt und internationale Verantwortung werden in dem breiten Angebot der BpB thematisch sehr vielfältig aufgegriffen. Themen sind z. B. Entwicklung und Frieden im Zeichen der Globalisierung, Ökologie und Umweltpolitik, Energie und Treibhauseffekt, demographischer Wandel und Sozialpolitik.

Veröffentlichungen wie beispielsweise die Schriftenreihe „Informationen zur politischen Bildung“ oder die Beilage „Aus Politik und Zeitgeschehen“ behandeln das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung regelmäßig aus unterschiedlichen Blickwinkeln. Das von der BpB gemeinsam mit dem BMFSFJ und dem Deutschen Bundesjugendring (DBJR) initiierte „Projekt P-Misch Dich ein“ unterstützt ein wichtiges Anliegen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, indem es auf die Aktivierung und Teilnahme junger Menschen abzielt. Auch der von der BpB im Jahr 2004 initiierte und bis 2006 fortzusetzende Afrika-Schwerpunkt unter dem Titel „africome“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen dieses Schwerpunktes gab und gibt es eine Vielzahl von Veranstaltungen, Seminaren und Publikationen.

Politische Stiftungen

Die Stiftungen, die den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien nahe stehen, werden durch so genannte Globalzuschüsse zur gesellschaftlichen und demokratischen Bildungsarbeit unterstützt. Diese werden vom BMI bereitgestellt. Die politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung) haben in ihre Bildungsarbeit auch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung aufgenommen.

Die thematische Dimension einer nachhaltigen Entwicklung wird von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) insbesondere in deren Seminarangeboten (z. B. Ökologische Modernisierung der Wirtschaft, Umweltverträgliche Wirtschafts- und Lebensweise) vermittelt. Über die thematisch explizit ausgewiesenen Seminarveranstaltungen hinaus ist „Nachhaltige Entwicklung“ ein Querschnittsthema auch in anderen Veranstaltungen (z. B. „Globalisierung, gerechte Weltwirtschaft, Entwicklungspolitik“). Die Thematik wird zudem in den zielgruppenbezogenen Seminarangeboten der Kommunal-Akademie an kommunale Mandatsträger und der Akademie Management und Politik an ehrenamtlich Tätige vermittelt. Ausgangspunkt der politischen Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Ostdeutschland sind die Leitziele der Agenda 21. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungsveranstaltungen sollen motiviert werden, selbst zur Umsetzung der

Prinzipien der Nachhaltigkeit beizutragen. Anliegen des von der politischen Akademie herausgegebenen Buches „Die Zukunft der Sozialen Demokratie“ ist es, zu zeigen, was unternommen werden muss, um die Bürgerinnen und Bürger gegen die strukturellen Risiken der modernen Ökonomie in der Globalisierung abzusichern. Mit diesem Band wird die Dimension einer nachhaltigen Entwicklung in den Kontext von grundsätzlich verschiedenen gesellschaftspolitischen Vorstellungen eingeordnet.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat sich mit einigen Projekten an der Weltkonferenz zur Zukunft der Städte „Urban 21“ beteiligt und ist somit unmittelbar an dem weltweiten Dialog beteiligt. Dem Bereich Energie- und Umweltpolitik wird eine hohe Priorität eingeräumt. Im Rahmen ihrer politischen Bildungsarbeit bietet die KAS Informationen über die Agenda 21 und die damit zusammenhängenden politischen Weichenstellungen auf lokaler und internationaler Ebene an und zeigt konkrete Handlungsmöglichkeiten auf. Die Leitziele der Nachhaltigkeit werden in Beratungs- und Fortbildungsangeboten unterstützt. Daneben veranstaltet die KAS internationale Konferenzen in Deutschland, Lateinamerika und Asien zum Thema nachhaltige Entwicklung sowie zielgruppenorientierte Seminare und Programme zum „Umweltschutz in Deutschland“. Hervorzuheben ist die Wanderausstellung mit dem Titel „Rettungsaktion Planet Erde“. Sie beschreibt den Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung und erläutert, welche unterschiedlichen Probleme in den Industrieländern und den so genannten Dritte-Welt-Ländern zu lösen sind, um zu einer nachhaltigen Entwicklung und einer Verbesserung der Umweltsituation auf unserem Planeten zu kommen.

Die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) führt in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen Veranstaltungen durch, die zur Verbreitung der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung und zur Übernahme von mehr Verantwortung für künftige Generationen beitragen sollen. Im Vordergrund stehen dabei Veranstaltungen zu alternativen Energietechnologien sowie zum Verhältnis von Ressourcen, Ökonomie, Ökologie und sozialer Gerechtigkeit. Zudem werden Veranstaltungen zur Agenda 21 durchgeführt.

Die Projekte und Veranstaltungen der Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) folgen von ihrem Ansatz her den Zielen einer demokratischen und sozialen Entwicklung, die in allen Bereichen, sowohl den gesellschaftspolitischen, den ökonomischen, den ökologischen als auch den kulturellen, zu nachhaltiger Ausrichtung verpflichtet ist. Die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit liegen dabei in den Bereichen „Globalisierung und Entwicklung“, „Friedenssicherung und Konfliktprävention“ sowie „Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Verfassungsreform“. Vor allem im Bereich der Globalisierung hat sich durch das neue Instrument der „Virtuellen Akademie“ (<http://www.fnst.org>) inzwischen eine Online-Kooperation mit allen anderen Bereichen der Bildungsarbeit entwickelt, die auch den Forderungen der Nachhaltigkeit Rechnung trägt.

Der Themenbereich „Nachhaltige Entwicklung“ nimmt nach wie vor einen zentralen Stellenwert in der Bildungs-

arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung (HBS) ein. Schwerpunkte der Arbeit im zurückliegenden Zeitraum waren die Vernetzung von Projekten in Nord und Süd sowie der seit längerem gewachsene Bereich der „ökologischen“ Ökonomie. Zu dem größten Projekt seit Gründung der Stiftung hat sich die Vor- und Nachbereitung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002 entwickelt. Besondere Beachtung fanden dabei das „Global Public Forum“, ein eigenes Veranstaltungszentrum auf dem Gipfel-Gelände, die Reihe der „World Summit Papers“, die sich an die internationale Öffentlichkeit richtete, sowie das „Jo'burg-Memo“, ein mittlerweile in 15 Sprachen vorliegender Grundlagentext, der zur besten Publikation des Gipfels gekürt wurde. Die Planungen für 2005 im Bereich „Nachhaltige Entwicklung“ konzentrieren sich auf zwei thematische Stränge: Energie und Klimapolitik sowie Agrar- und Handelspolitik. Im Online-Portal www.vorspuhlen.net der Stiftung werden globale Trends und zukünftige Entwicklungen thematisiert und diskutiert.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) stellt mit den Themen „Zukunft“ und „Nachhaltigkeit“ wichtige Probleme der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen, der Gesellschaftsanalyse sowie der Formulierung und Umsetzung von Reformalternativen in den Mittelpunkt ihres Angebotes. Zentrale Fragen im Bildungsangebot sind dabei der sozial-ökologische Umbau und die Sicherung des sozialen Zusammenhaltes der Gesellschaft, eine neue Beschäftigungspolitik, die Gleichberechtigung sowie die Stärkung der Bürgerrechte. Daneben ist die Entwicklung von Regionen als Verbindung von ökologischen Gesichtspunkten mit Möglichkeiten von Innovationen und regionalen Vorzügen ein weiterer Schwerpunkt der Bildungsarbeit der Stiftung auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung.

3.2.8 BMGS

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) ist zuständig für die Regelung der ärztlichen Ausbildung. In der neuen Approbationsordnung für Ärzte, die seit dem 1. Oktober 2003 gilt, ist geregelt, dass die Studierenden neben einem Pflichtleistungsnachweis in dem Querschnittsbereich „Gesundheitsökonomie, Gesundheitssystem, Öffentliche Gesundheit“ einen weiteren Pflichtleistungsnachweis im Querschnittsbereich „Prävention und Gesundheitsförderung“ erbringen müssen. Die angehenden Ärztinnen und Ärzte sollen damit in die Lage versetzt werden, ihre zukünftigen Patientinnen und Patienten über eine gesunde und bewusste Lebensführung zu informieren.

Darüber hinaus ist das BMGS für die auf der Grundlage des Artikels 74 Abs. 1 Nr. 19 GG erlassenen Berufsgesetze (z. B. Krankenpflegegesetz, MTA-Gesetz, Masseur- und Physiotherapeutengesetz) zuständig, welche die berufliche Erstausbildung regeln. Die auf der Grundlage der Berufsgesetze erlassenen Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen zu den jeweiligen Berufen enthalten inhaltliche Mindestanforderungen, die neben den Themen Gesundheit, Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung auch umweltbezogene Themen, wie z. B. Umweltschutz, Naturschutz, Umwelthygiene und Ökologie betreffen.

BMGS, BMU, BMVEL sowie die zuständigen Bundesoberbehörden kooperieren im Rahmen des gemeinsamen Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit – kurz APUG (<http://www.apug.de>). Ziel des Aktionsprogramms ist es, die Bevölkerung über umweltbedingte Gesundheitsrisiken und gesunde Ernährungsweisen zu informieren – insbesondere Kinder und Jugendliche. So wurde im Rahmen eines Modellprojektes ein Curriculum „Fortbildung zur Präventionsassistentin“ entwickelt, mit dem eine qualifizierte Fortbildung von Kinderkrankenschwestern und -pflegern sowie Kinderarthelferinnen und -arthelfern zu Aspekten der primären Prävention umweltbezogener Erkrankungen ermöglicht wird. Durch die Integration umwelt-, gesundheits- und verbraucher-schutzbezogener Aspekte bei diesen Informationsangeboten wird zu einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beigetragen. Die Ziele des APUG wurden durch die Ergebnisse der WHO-Ministerkonferenz Umwelt und Gesundheit in Budapest im Juni 2004 bestätigt und unterstützt.

Unter Federführung des BMGS hat das Bundeskabinett im April 2005 beschlossen, das koordinierte und übergreifende Handeln im Bereich der gesundheitlichen Prävention zu stärken und eine integrierte bereichs- und ressortübergreifende Gesamtstrategie der Bundesregierung zu entwickeln. Damit soll gesundheitliche Prävention dauerhaft zur Querschnittsaufgabe der Bundespolitik werden.

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) führt als nachgeordnete Behörde des BMGS und in dessen Auftrag Maßnahmen zur Verbesserung des Wissens über die Zusammenhänge von Lebensstil und Gesundheit sowie zur Stärkung des Gesundheitsbewusstseins in der Bevölkerung durch. Ziel ist es, Menschen durch den verbesserten Kenntnisstand zu einer Änderung des Verhaltens zu befähigen. Beispielhaft sind Aktivitäten zur Aids- und Suchtprävention, zur Gesundheitsförderung bei Frauen sowie bei Kindern und Jugendlichen zu nennen, von denen letztere im Folgenden exemplarisch näher beschrieben werden:

Im Kindes- und Jugendalter bilden sich wesentliche gesundheitsrelevante Verhaltensweisen heraus, die für das Erwachsenenalter bestimmend sind. Viele Gesundheitsstörungen in jungen Lebensjahren werden zu Risikofaktoren für schwerwiegende Erkrankungen im späteren Leben. Besonders oft betroffen sind diejenigen Kinder, die in sozial schwierigen und benachteiligten Verhältnissen leben. Deshalb ist es wichtig, so früh wie möglich gesundheitliches Wissen zu vermitteln und Gesundheitsbewusstsein der Kinder zu stärken.

Neben der Familie, dem Kindergarten- und dem Jugendfreizeitbereich stellt die Schule als Lebens- und Lernraum ein wichtiges Setting für präventive Maßnahmen dar. Hier können Heranwachsende aus allen sozialen Schichten über einen Zeitraum von zwölf bis dreizehn Jahren erreicht werden. Ferner ist die Schule aufgrund ihres Erziehungs- und Bildungsauftrags verpflichtet, an der Gesundheitserziehung mitzuwirken. Die BZgA entwickelt und veröffentlicht seit 1975 Unterrichtsmaterialien zu Basisthemen der schulischen Gesundheitserziehung und

-förderung. Es handelt sich um baukastenartige Angebote, die von Lehrerinnen und Lehrern aller Schularten zur Durchführung von gesundheitsrelevantem Unterricht genutzt werden können. Die Unterrichtsmaterialien der BZgA sind Bestandteil von Aufklärungskampagnen, wie Aids-Aufklärung, Suchtprävention, Ernährungs- und Bewegungsaufklärung sowie Sexualaufklärung. Außerdem greift die BZgA weitere Themen auf, mit denen sie den aktuellen Ansatz der gesundheitsfördernden Schule unterstützen möchte, u. a. in der Arbeitsgruppe „Gesunde Kindergärten und Schulen“ des Deutschen Forums Prävention und Gesundheitsförderung, in der sie den Vorsitz hat.

Mit ihren Konzepten und Angeboten zur Förderung der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen folgt die BZgA einem lebensbegleitenden und ganzheitlichen Ansatz. Zahlreiche Medien werden Eltern sowie Kindern und Jugendlichen zur Verfügung gestellt, um ihre Kenntnisse und Einstellungen für ein gesundes Leben zu stärken. Für die direkte Ansprache von Kindern und Jugendlichen werden zusätzlich Konzepte der personalen Kommunikation (Kinderliedertour, Jugendfilmtage, Mitmach-Parcour und weitere) entwickelt, modellhaft durchgeführt und Ländern und Kommunen zur Verfügung gestellt. Kinder und Jugendliche können so ihre Gesundheitskompetenzen weiterentwickeln. Durch Kooperation mit dem Bundesmodellprogramm „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ ist es möglich, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche mit den genannten BZgA-Konzepten zu erreichen, indem die Maßnahmen bevorzugt in sozialen Brennpunkten angeboten werden.

3.2.9 BMVBW

Aufgrund der großen Bedeutung von Verkehrs-, Wohnungs- und Bauwesen für Wirtschaft, Leben und Umwelt sieht es das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) als unerlässlich an, dass die mit dem Nachhaltigkeitsgedanken einhergehenden Anforderungen in die vielfältigen Regelungen wie zum Beispiel zu Bau und Betrieb von Infrastruktur sowie Verhaltensvorschriften und -empfehlungen Eingang finden. Das BMVBW unterstützt die Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung in Form von Maßnahmen der Bewusstseinsbildung, beruflicher Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Vermittlung spezieller Kompetenzen zur Verkehrsteilnahme, bürgernahe Stadt- und Raumentwicklung.

Das BMVBW bietet im Rahmen der Ausbildung der Baureferendare der Länder im Straßenwesen jährlich zwei Verwaltungslehrgänge an, in denen eine Sensibilisierung der Baureferendare für eine nachhaltige Entwicklung erfolgt, so u. a. bei den Themen „Recht des Umweltschutzes“ und „Umweltbelange in der Straßenplanung“. Bei der Novellierung des Fahrerlaubnisrechtes konnte erreicht werden, dass die umweltbewusste und energiesparende Fahrweise stärker bei der Ausbildung und Prüfung für den Erwerb einer Fahrerlaubnis verankert wurde.

Das Ziel einer nachhaltigen Mobilität bedeutet auch die verstärkte Einbindung von Schiene und Wasserstraße in die Transportvorgänge. Hierzu sind u. a. logistische Akti-

vitäten hilfreich, vor allem zur Organisation der verkehrsträgerübergreifenden Transportketten. Die Ausbildungsinitiative Logistik unterstützt diesen Prozess. Auf der Grundlage der im Auftrag des BMVBW vom Forschungsinstitut der Deutschen Außenhandels- und Verkehrsakademie (DAV) erstellten „Studie über die Anforderungsprofile an Führungskräfte und Mitarbeiter in der Logistik nach Wirtschaftsbereichen und Hierarchieebenen“ konzentrierte sich die BMVBW-Ausbildungsinitiative Logistik auf die Weiterbildung. Im Auftrag des BMVBW entwickelte die DAV darüber hinaus im Rahmen einer Studie arbeitsmarktentsprechende Weiterbildungsmodulare für kaufmännische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und solche des mittleren Managements im Bereich Logistik. Diese Rahmencurricula haben sich in einem Pilotseminar „Logistik-Führungskraft“ bewährt und sind über die Gewerbeverbände Deutscher Speditions- und Logistikerverband (DSL) und Bundesverband Güterkraftverkehr und Entsorgung (BGL) sowie über die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) deren Bildungseinrichtungen zur Verfügung gestellt worden.

Nachhaltigkeit und die erforderlichen Bildungsanforderungen zur praktischen Realisierung des Nachhaltigkeitsgedankens im Baubereich haben auch besonderen Eingang in den Diskurs um Bauqualität gefunden. Qualifizierte Fortbildung der am Bau Beteiligten ist grundlegend für qualitätsvolle und nachhaltige Bauplanung und -ausführung. Hier setzt das BMVBW im Sinne einer Ausbildungs- und Qualifizierungsinitiative an.

Mit Einführung des Leitfadens „Nachhaltiges Bauen“ im März 2001 hat das BMVBW für Bundesbauten einen Prozess eingeleitet, der das Planen und Bauen auf eine ganzheitliche Qualitätsverbesserung über den gesamten „Lebenszyklus“ eines Gebäudes ausrichtet. Inwieweit diese Neuorientierung des Bauens bei den konkreten Baumaßnahmen umgesetzt wird, konnte erstmals im Rahmen des Forschungsvorhabens „Vergleichende Bewertung von Nachhaltigkeit in Planungswesen- und Bauprozessen“ unter Beteiligung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung und der Landesbauverwaltungen gezeigt werden. Aus einer Vielzahl von Baumaßnahmen wählte eine Fachjury Projekte aus, die aufgrund ihres ganzheitlichen Ansatzes oder aber auch von interessanten Einzelbausteinen und -aspekten geeignet sind, zum nachhaltigen Planen und Bauen anzuregen. Die Ergebnisse des Forschungsvorhabens wurden im Rahmen der Veranstaltung „Nachhaltiges Bauen – eine Zwischenbilanz für Bundesbauten“ mit einer begleitenden Ausstellung im Dezember 2004 vorgestellt.

3.2.10 BMWA

Nachhaltigkeitsbezogene Lernziele werden im Bereich der dualen beruflichen Ausbildung seit mehreren Jahren in allen Ausbildungsordnungen berücksichtigt. Alle seit 1997 überarbeiteten und seit diesem Zeitpunkt neu geschaffenen Ausbildungsberufe – dies gilt sowohl für den gewerblich-technischen als auch den kaufmännisch-verwaltenden Bereich – orientieren sich am Grundsatz ganzheitlicher Handlungszusammenhänge und enthalten als Standardberufsbildpositionen „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ sowie „Umweltschutz“. In al-

len Neuordnungsverfahren wird geprüft, ob diese Standardpositionen ausreichen, die Nachhaltigkeit hinreichend zu berücksichtigen. Sind darüber hinausgehende Maßnahmen erforderlich, werden diese in die fachbezogenen Inhalte aufgenommen, so z. B. Sparsamkeit im Umgang mit Materialien, Ressourcen und Energien, regelmäßiges Kontrollieren und Warten.

Darüber hinaus gibt es Fälle, in denen über die Standardlernziele hinausgehende Qualifikationsanforderungen im Sinne eines nachhaltigen Wirtschaftens verbindlich festgeschrieben wurden. Herausragende Beispiele sind in diesem Zusammenhang die Umweltberufe, die Laborberufe, Chemikant und Pharmakant, die unter der neuen Berufsbildposition „Betriebliche Maßnahmen zum verantwortlichen Handeln“ (Responsible Care) neben „Umweltschutz“ und „Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit“ die nachhaltigkeitsrelevanten Aspekte „Einsetzen von Energieträgern“, „Qualitätsmanagement“ sowie „Wirtschaftlichkeit im Labor“ bzw. „kostenorientiertes Handeln“ enthalten.

Eine Vielzahl der im Rahmen der Leistungen der aktiven Arbeitsförderung durchgeführten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird im Umweltbereich erbracht. Im Jahr 2004 waren u. a. durchschnittlich 20 680 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bereichen „Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsgartenbau“, 194 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich „Küstenschutz und Landgewinnung“ sowie 1 474 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Bereich „Forstwirtschaft“ beschäftigt. Im Zuge der Maßnahmen werden Kenntnisse und Erfahrungen über ökologische Zusammenhänge vermittelt und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für das Thema Umwelt sensibilisiert.

3.2.11 BMVg

Die vom Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) veranlasste Umweltschulungs- und -weiterbildung zielt vorrangig darauf ab, Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu befähigen, umweltrelevante Aufgaben effizient zu erfüllen. Ziel dabei ist der Schutz von Mensch und Umwelt.

Soldatinnen und Soldaten erhalten schon in der Grundausbildung eine praxisbezogene Unterrichtung im Umweltschutz. In der allgemeinen militärfachlichen Ausbildung ist Umweltschutz integrierter Bestandteil der Lehre. Unteroffizieren und Offizieren wird Umweltschutz auch in ihrer Laufbahn- und Verwendungsausbildung vermittelt.

Die Aus- und Fortbildung im Umweltschutz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehrverwaltung erfolgt in der Laufbahnausbildung oder ist Gegenstand eigenständiger Lehrgänge. So sieht der Studienplan der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung – Fachbereich Bundeswehrverwaltung – für das Studium der Beamtinnen und Beamten des gehobenen nichttechnischen Dienstes das Studienfach „Umweltschutz“ vor. Die Beamtinnen und Beamten des höheren und des gehobenen technischen Verwaltungsdienstes erhalten im Anschluss an ihre eigentliche Laufbahnausbildung einen fünftägigen Lehrgang im Umweltschutz. Darüber hinaus

finden jährlich Fachlehrgänge für etwa 800 mit Umweltaufgaben betraute zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr an der Bundesakademie für Wehrverwaltung und Wehrtechnik in Mannheim statt. Dort absolvieren Fachhochschulingenieure bei Bedarf ein halbjähriges Aufbaustudium im Umweltschutz.

Die Universitäten der Bundeswehr bieten in München im Studiengang „Bauingenieurwesen und Umwelttechnik“ einen Studienschwerpunkt „Infrastruktur und Umwelttechnik“, in Hamburg im Studiengang „Maschinenbau“ einen Studienschwerpunkt „Energie-, Verfahrens- und Umwelttechnik“ an. An der Pionierschule und Fachhochschule des Heeres für Bautechnik können staatlich geprüfte Technikerinnen und Techniker einen Aufbaulehrgang „Technischer Umweltschutz“ belegen.

In Kooperation mit BMVg und Streitkräfteamt der Bundeswehr unterstützt die Projektgruppe Fernausbildung der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg im Intranet der Bundeswehr und im Internet ein Konzept der Fernausbildung, das den Soldatinnen und Soldaten auch im Auslandseinsatz „on demand“ Informationen, Lernangebote und fachliche Unterstützung zu den Bereichen Umweltschutz und Nachhaltigkeit bietet. Ziel ist es, auch in diesem Bereich ein weltweit verfügbares, moderiertes Wissensmanagement zu implementieren. Dadurch sollen die Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz befähigt werden, beim Kontakt mit chemischen Kampfmitteln oder nicht fachgerecht gelagerten Giftstoffen sachgerecht im Sinne des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit zu handeln und zu entscheiden.

3.2.12 AA

Im Rahmen seiner Umweltaußenpolitik steht das Auswärtige Amt über seine Botschaften im ständigen Dialog mit den zuständigen Stellen im Gastland, u. a. um über neueste Entwicklungen in der deutschen Umweltpolitik zu berichten. So hat das Auswärtige Amt über das Netz seiner Botschaften weltweit mit der Vorstellung des Fortschrittsberichts zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie über die deutsche Nachhaltigkeitspolitik informiert.

Ein wichtiger Beitrag zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist außerdem das auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg beschlossene Ziel, mit der Umsetzung nationaler Nachhaltigkeitsstrategien zu beginnen. Unmittelbar nach der Osterweiterung der EU wurden im Juni 2004 Regierungsvertreter aller Beitrittsländer in das Auswärtige Amt eingeladen, um sie mit den Herausforderungen der Umweltpolitik in der Europäischen Union vertraut zu machen.

Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) ist eine vom Auswärtigen Amt geförderte Mittlerorganisation der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Sie koordiniert die Umsetzung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zwar mit Hilfe von Drittmitteln des BMBF, aber auch das Auswärtige Amt unterstützt aktiv die Umsetzung der UN-Dekade, unter anderem durch Förderung des von der DUK betreuten Netzwerks der UNESCO-Projektschulen in Deutschland und durch die Arbeit der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der UNESCO in Paris.

Die Leitlinien des UNESCO-Schulnetzwerkes, zu dem in Deutschland mehr als 160 Schulen gehören, enthalten die wichtigsten Ziele einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen der Jahrestagung 2005, deren Thema „Nachhaltigkeit lernen“ lautet, werden Konzepte zur Umsetzung dieser Ziele reflektiert, diskutiert und optimiert. Die Tagung, die im September 2005 stattfindet, ist die Auftaktveranstaltung der UNESCO-Projektschulen zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“.

Schwerpunkte der Arbeit der UNESCO-Projektschulen sind auch die Internationalen Projektstage, die alle zwei Jahre stattfinden und in denen es um Themen aus dem Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung geht. Alle Schulen, nicht nur die UNESCO-Projektschulen, sind dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen. Der 6. Internationale Projekttag im April 2006 und die damit verbundene Projektarbeit 2005/2006 sind dem Thema Sport gewidmet. Im Rahmen der Internationalen Projektstage und vielfältiger Kooperationen mit Schulen außerhalb des Netzwerks geben die UNESCO-Projektschulen ihre Unterrichtskonzepte und -materialien, die dem Ziel „Nachhaltigkeit lernen“ dienen, an andere Bildungsinstitutionen weiter. In diesem Sinne arbeiten sie auch verstärkt mit Universitäten (Lehrerbildung) und Lehrerfortbildungsinstitutionen zusammen.

4 Aktivitäten der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK)

Im Berichtszeitraum haben Programme im Rahmen der gemeinsamen Bildungsplanung von Bund und Ländern erheblich zur weiteren Konzeptentwicklung und Umsetzung einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beigetragen. Zu nennen sind hier vor allem das BLK-Programm „21“ (Bildung für eine nachhaltige Entwicklung), das 2004 abgeschlossen wurde, sowie das laufende Nachfolgeprogramm „Transfer-21“. Zudem haben weitere BLK-Programme Teilaspekte der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung aufgegriffen und damit einen Beitrag zu deren Umsetzung geleistet.

4.1 BLK-Programm „21“

Das BLK-Programm „21“ (Bildung für nachhaltige Entwicklung) wurde vom August 1999 bis zum Juli 2004 vom Bund und den am Programm beteiligten Ländern mit rund 13 Mio. Euro gefördert. Es beteiligten sich 193 Schulen, primär der Sekundarstufen I und II, in 15 Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen). Die Programmträgerschaft wurde von der Freien Universität Berlin, Institut für Erziehungswissenschaftliche Zukunftsforschung, wahrgenommen; die Programmkoordination von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Berlin. Der Abschlussbericht des Programmträgers ist in der BLK-Reihe „Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung“ als Heft 123 veröffentlicht (BLK 2005a). Die folgende Darstellung ist weitestgehend dem Abschlussbericht der Pro-

jektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung entnommen (BLK 2005b).

Die für das Programm erarbeitete Expertise (BLK 1999) hat die zentralen Bildungsziele von BLK „21“ vor dem Hintergrund der internationalen Kompetenzdebatte formuliert und in einem Bündel von Teilkompetenzen konkretisiert, die unter dem Oberbegriff „Gestaltungskompetenz“ zusammengefügt sind (Definition siehe Kapitel 1). Damit wurde schon sehr früh an das Konzept der Kompetenzen Anschluss gesucht, wie es in wichtigen Grundzügen mit dem Start des Programms 1999 von der OECD vorgelegt wurde.

Das BLK-Programm war als Programm konzipiert, das sich nicht allein auf Veränderungen im Bereich von umwelt- und entwicklungsbezogener Bildung beschränkt, sondern auch die zukunftsweisenden Gesichtspunkte Unterrichtsqualität und Schulentwicklung in den Blick nimmt. Aus dieser Perspektive wurden zwei zentrale Programmziele definiert:

- Verankerung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der schulischen Regelpraxis umfasst vor allem Veränderungen in der Organisation und Gestaltung von Schulen, entsprechende Ergänzungen oder Neuformulierungen von Lehr- und Rahmenplänen sowie auch generelle Veränderungen bei der Formulierung von Bildungszielen und bei der Gewichtung von Unterrichtsinhalten.
- Vermittlung von Gestaltungskompetenz an Schülerinnen und Schüler betrifft vor allem die inhaltliche und methodische Veränderung des Unterrichts hin zu einer aktiven Teilhabe der Schülerinnen und Schüler an der Generierung, Nutzung und Bewertung von Wissen sowie der Entwicklung entsprechender Kommunikations- und Interaktionsfähigkeiten.

Für die Realisierung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind eine interdisziplinäre Herangehensweise und die Partizipation möglichst vieler Akteure von Bedeutung. Hinzu kommt die Notwendigkeit, Lehr- und Lernprozesse neu zu organisieren. Daher wurden die Programmaktivitäten in drei übergreifende Module gegliedert, die die genannten zentralen Aspekte widerspiegeln und im Programmgutachten beschrieben sind (BLK 1999):

- Interdisziplinäres Wissen: Dieses Modul zielt u. a. auf den Erwerb von Problemlösekompetenzen und die Fähigkeit, sich veränderten Problemlagen zu stellen und erworbene Fähigkeiten und Wissensbestände gezielt zu erweitern und auf die veränderten Problemlagen anzuwenden.
- Partizipatives Lernen: Möglichkeiten zur Teilhabe sind ein Kern der Agenda 21. Aus Bildungssicht muss vermittelt werden, wie solche Möglichkeiten erkannt, genutzt und erarbeitet werden können. Benötigt werden Kompetenzen in den Bereichen Vernetzung, Planung, Kommunikation, Kooperation, Risikowahrnehmung und -abschätzung. Zur Förderung dieser Kompetenzen gehören angemessene Unterrichtsformen und -methoden. Die Erprobung solchen Unterrichts war Gegenstand dieses Moduls.
- Innovative Strukturen: Umgestaltung von Schule, Orientierung an Leitbildern, Herausarbeiten eines eigenständigen Profils, Fähigkeit zur Selbstorganisation sind nur einige Stichworte, die dieses Modul kennzeichnen. Ein weiteres konstitutives Element war die Öffnung der Schule, also die Kooperation und der Austausch mit dem Umfeld auch über traditionelle Partnerschaften wie etwa mit Umweltvereinen und -verbänden hinaus.

Die Module wurden nach Inhalten, Zielsetzungen und Schnittstellen zur Agenda 21 weiter ausdifferenziert. Das Ergebnis waren dreizehn den drei Modulen zugeordnete Inhaltsaspekte:

Interdisziplinäres Wissen	1 Syndrome globalen Wandels 2 Nachhaltiges Deutschland 3 Umwelt und Entwicklung 4 Bedürfnisse nach Mobilität – im Kontext nachhaltiger Entwicklung 5 Gesundheit als zentrales Thema der ökologischen Seite der Nachhaltigkeit
Partizipatives Lernen	6 Die Zukunft der Städte: Die nachhaltige Stadt gemeinsam gestalten 7 Die Region als Lernfeld für nachhaltige Entwicklung 8 Partizipation im Rahmen der Lokalen Agenda 21 9 Partizipation bei der Identifikation von Nachhaltigkeitsindikatoren
Innovative Strukturen	10 Schulprofil „Nachhaltige Entwicklung“ 11 Nachhaltigkeitsaudit an Schulen 12 Schülerfirmen zwischen Ökonomie und Ökologie 13 Neue Formen externer Kooperation

Die Länder verfolgten im Rahmen der beschriebenen Module ihre Zielsetzungen in folgenden thematischen Sets:

Bundesland	Modul 1: Interdisziplinäres Wissen	Modul 2: Partizipatives Lernen	Modul 3: Innovative Strukturen	Zahl der Sets
Baden-Württemberg			Nachhaltigkeitsaudit Schülerfirmen	2
Bayern		Partizipation in der Lokalen Agenda 21		1
Berlin	Syndrome globalen Wandels	Nachhaltige Stadt	Nachhaltigkeitsaudit	3
Brandenburg		Partizipation in der Lokalen Agenda 21 Nachhaltige Region		2
Bremen	Umwelt und Entwicklung			1
Hamburg			Nachhaltigkeitsaudit	1
Hessen	Nachhaltiges Deutschland	Nachhaltige Region	Schulprofil „nachhal- tige Entwicklung“	3
Mecklenburg-Vorpom- mern		Nachhaltige Region		1
Niedersachsen		Partizipation in der Lokalen Agenda 21	Neue Formen externer Kooperation Schüler- firmen	3
Nordrhein-Westfalen	Umwelt und Entwicklung	Partizipation in der Lokalen Agenda 21	Nachhaltigkeitsaudit	3
Rheinland-Pfalz		Partizipation in der Lokalen Agenda 21		1
Saarland	Nachhaltiges Deutschland			1
Sachsen-Anhalt	Gesundheit und Nach- haltigkeit	Nachhaltige Region		2
Schleswig-Holstein	Syndrome globalen Wandels	Nachhaltigkeitsindi- katoren		2
Thüringen		Nachhaltigkeitsindi- katoren	Schulprofil „nachhal- tige Entwicklung“	2
				28

In Nordrhein-Westfalen waren die Aktivitäten „Agenda-21-Schule“ und GLOBE als gesonderte Sets an die Programmaktivitäten angeschlossen.

Das Programm basierte auf der Kombination von neuen Lerninhalten und -methoden mit flankierenden Schulentwicklungsprozessen, um damit eine inhaltsbezogene Unterrichtsentwicklung und Qualitätsverbesserung der Lehr- und Lernkultur in den beteiligten Schulen zu erreichen.

Programmergebnisse

Die mit den Leitziele der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung beschriebenen Bildungsanforderungen sind durch die im Programmverlauf erarbeiteten Unterrichtskonzepte, Beteiligungsformen, Organisationsmodelle und strukturellen Innovationen eingelöst worden.

Die Schulen haben sich zum gesellschaftlichen Umfeld hin geöffnet und außerschulische und schulische Aktivi-

täten miteinander verknüpft, beispielsweise in den Kommunen und im Kontext Lokaler Agenda 21-Prozesse oder in Form von nachhaltigen Schülerfirmen. Dieses hat nachweislich die Berufsfähigkeit und das zivilgesellschaftliche Engagement von Schülerinnen und Schülern gestärkt.

Mit Abschluss des Programms gibt es eine Fülle an erprobten Unterrichtsmaterialien, Unterrichts- und Schulentwicklungskonzepten, Fortbildungsmodellen und aufgebauten Fachkompetenzen von Multiplikatoren, aber auch von Schulen und Netzwerken, mit denen es gelingen kann, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in breitem Maße zu vermitteln.

Mit Abschluss des BLK-Programms „21“ sind

- mehr als 50 umfangreiche, aus den Programmschulen heraus entwickelte und praktisch erprobte Unterrichtsmaterialien veröffentlicht worden,
- länderübergreifende und landesspezifische Fortbildungen erprobt worden, die in vielfältige landesspezifische Fortbildungskonzepte und -module mündeten,
- von den Ländern gemeinsam mit der Koordinierungsstelle Empfehlungen für „Richtlinien zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ formuliert und den Kultus- bzw. Schulministerien der Länder übergeben worden. Ferner liegt ein ausdifferenziertes Konzept für die Qualitätssicherung in Bezug auf die Vermittlung von Gestaltungskompetenz vor,
- Multiplikatorenprogramme für besonders relevante Thematiken und Methoden aufgelegt worden, in denen sich Lehrerinnen und Lehrer oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesinstitute und außerschulischer Partner als Fortbilder qualifiziert haben,
- Ergebnisse hervorgebracht worden, die im Wesentlichen in den Programmschulen und in Schulnetzwerken verfügbar sind. Dort existiert als Resultat praktischer Erfahrungen ein umfangreiches Wissen über Lehr-/Lernprozesse, über neue Lehr- und Lernmethoden im Allgemeinen und über spezielle methodische Ansätze, die im Kontext der nachhaltigen Entwicklung relevant sind,
- Konzepte, Methoden und Verfahren vorhanden, um interdisziplinäre Themen auf hohem fachlichen Niveau zu bearbeiten, Schülerinnen und Schüler an komplexen Entwicklungsprozessen zu beteiligen, diese für schulisches Lehren und Lernen nutzbar zu machen (z. B. Durchführung von Audits, Etablierung von Schülerfirmen) und die Ergebnisse von Unterricht und Beteiligungsstrukturen durch Selbstevaluation zu ermitteln,
- für die Schulentwicklung empirisch gesicherte Erfahrungen verfügbar, um fächerübergreifende Vorhaben kollegial zu entwickeln, die notwendigen Kooperationsstrukturen in den Kollegien zu etablieren, außerschulische Kooperationspartner einzubinden und diese Prozesse systematisch in Schulprogrammen abzusichern,

- umfangreiche empirische Daten zum Programm vorgelegt worden. Neben einer Ausgangserhebung und einer Prozessevaluation wurden im Rahmen einer Abschlussequation auch Schülerinnen und Schüler befragt. Es zeigt sich, dass die Lernkonzepte zur Nachhaltigkeit traditionelle Unterrichtsformen durchbrechen und moderne Vorstellungen von einem erfolgreichen Unterricht, wie sie in der Nachfolge zu PISA empfohlen wurden, in hohem Maße gerecht werden (Rode 2005; BLK 2005A).

Das BLK-Programm „21“ hat gezielt auf ein arbeitsteiliges Vorgehen in Kooperationsverbänden zwischen den Ländern gesetzt. So wurde z. B. das interdisziplinäre analytische Konzept der „Syndrome des globalen Wandels“ in den Ländern Berlin und Schleswig-Holstein entwickelt. Die Länder Baden-Württemberg und Niedersachsen haben Modelle für nachhaltige Schülerfirmen erprobt, Nordrhein-Westfalen war federführend in der Entwicklung von Kooperationsstrukturen mit der Kommune und zivilgesellschaftlichen Akteuren. Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben sich auf Prozesse nachhaltiger Regionalentwicklung als Lern- und Handlungsfeld konzentriert. Nachhaltigkeitsindikatoren für das schulische Umfeld zu identifizieren, war u. a. Schwerpunkt des Beitrags von Thüringen. Hessen verfolgte das anspruchsvolle Konzept der Entwicklung von Schulprofilen zur Nachhaltigkeit und Rheinland-Pfalz konzentrierte sich auf den Zusammenhang zwischen Nachhaltigkeit und Partizipation in der Lokalen Agenda 21, das Saarland auf Fragen nachhaltigen Bauens und Wohnens und Bremen lieferte dem Programm – wie Nordrhein-Westfalen – Erkenntnisse über die unterrichtspraktische Umsetzung des Themas „Umwelt und Entwicklung“.

Die Ergebnisse dieser arbeitsteilig geleisteten Entwicklung von Unterrichtsmedien, die Erprobung von innovativen Methoden und die entwickelten Kooperationsverbände sind nun allen beteiligten Ländern verfügbar gemacht worden. Die innovativen Ergebnisse des Programms lassen eine starke quantitative Ausweitung auf hohem qualitativem Niveau zu.

Die Gesamtbilanz des BLK-Programms „21“ hat nach fünf Jahren aus Sicht des Programmträgers und aus Sicht der Beteiligten eine deutlich positive Note. Es ist gelungen,

- Bildung für nachhaltige Entwicklung an den Programmschulen und in den beteiligten Ländern dauerhaft zu verankern – es sind stabile institutionelle und personelle Strukturen entstanden, die Bildung für nachhaltige Entwicklung auch über eine längere Zeit absichern und weiterentwickeln können,
- Schülerinnen und Schüler die Aneignung von Gestaltungskompetenz zu ermöglichen – moderne Unterrichtsformen, die klar über den traditionellen fragend-entwickelnden Unterricht hinausgehen, haben dazu einen entscheidenden Beitrag geleistet,
- Planung und Durchführung von Unterricht und Gestaltung der Schule nicht mehr fast ausschließlich in die

Hände des Lehrkörpers oder der Schulleitung zu legen – den Schülerinnen und Schülern werden umfangreiche Möglichkeiten der aktiven Teilhabe und verschiedene Handlungsfelder in den Schulen angeboten,

- einen umfangreichen Pool an Kompetenzen bei den Lehrkräften zu schaffen, der wie die anderen erfolgreichen Aspekte des Programms geeignet ist, den Transfer in den kommenden Jahren zu stützen (BLK 2005A; Rode 2005).

Bildungsplanerische Konsequenzen und Empfehlungen

Unter Berücksichtigung der Stärken und Schwächen des Programms lassen sich folgende Konsequenzen und Empfehlungen formulieren, die sich sowohl auf allgemein übergreifende als auch auf spezielle Aspekte beziehen.

Übergreifende Aspekte betreffen die Nutzung der Ergebnisse des BLK-Programms „21“ für die Bildungspolitik und Planung:

- Mit dem BLK-Programm „21“ haben sich die Länder bzw. hat sich Deutschland bezüglich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Sekundarstufen des allgemein bildenden Schulsystems international herausragend positioniert. Durch die vielfältigen konzeptionellen und unterrichtspraktischen Entwicklungen und die Anschlussfähigkeit der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an die internationale Kompetenzdebatte wie an die international geforderte Berücksichtigung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in den Curricula und bei der Schulgestaltung gehört Deutschland anerkanntermaßen zu den international federführenden Staaten. Die Ergebnisse des BLK-Programms „21“ sollten daher im europäischen wie internationalen Kontext verstärkt präsentiert und diskutiert werden. Die Dekade der Vereinten Nationen kann dafür ebenso genutzt werden wie die formellen und informellen Verbindungen und Präsenzen der Länder mit dem bzw. im Ausland.
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung operiert im Feld von Themen, die in der Regel einer fächerübergreifenden, fächerverbindenden und interdisziplinär ausgerichteten Behandlung bedürfen. Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist daher beispielgebend für integrierende Unterrichtskonzepte. Dieses spiegelt sich erst zum Teil schon in der Neugestaltung der Lehrpläne der Länder wider. Das „übergreifende Bildungsziel“ der Vermittlung von Kompetenzen für nachhaltige Entwicklung (OECD) sollte bei der künftigen Lehrplangestaltung verstärkt berücksichtigt werden.
- Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist aufgrund der angewandten Methoden (Lebensweltbezug, Projektunterricht, Kooperation mit außerschulischen Partnern, Bezug zum kommunalen Umfeld, Nutzung komplexer Simulationsmodelle, multiperspektivische Gegenstandsbetrachtung usw.) beispielgebend für die

Konkretisierung des Konzeptes des „situierten Lernens“. Dieses Konzept, das problem- und alltagsorientiertes, erfahrungsgesättigtes, verständnisintensives Lernen empirisch fundiert als erfolgreiches Lernkonzept ausweist, wird insbesondere im Umfeld der Diskussion über Bildungsreformmaßnahmen nach den PISA-Studien gegenüber anderen Lernformen favorisiert. Daher sollten diese Programmergebnisse generell in die Bildungsplanung der Länder einfließen.

- Wie die Länderberichte belegen, spricht Bildung für eine nachhaltige Entwicklung mit vielen Themen und Methoden nachweislich die Schülerinnen und Schüler aus sozial schwächeren Milieus besonders an. Nachhaltige Schülerfirmen, wie sie im Programm konzeptionell entwickelt und praktisch erprobt wurden, fördern über die damit verbundenen Projekte hinaus die Lernmotivation dieser Schülerinnen und Schüler und vermitteln Kompetenzen, die ihnen einen Einstieg in das Arbeitsleben erleichtern. Der Bezug zur Kommune, die Präsentation von Lernergebnissen und die Beschäftigung mit dem lokalen Umfeld (zum Beispiel im Kontext von Lokalen Agenda 21-Initiativen) stärken die sozialen und kommunikativen Kompetenzen insbesondere der Schülerinnen und Schüler aus sozial schwachen Milieus. Die Vorteile, die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Bezug auf die Motivation dieser Schülerinnen und Schüler hat, sollte bei der künftigen Bildungsplanung in den Ländern genutzt werden.

Als spezielle Konsequenzen und Empfehlungen, die aus dem Ablauf des Programms gezogen werden können, lassen sich formulieren:

- Durch den Orientierungsrahmen der BLK „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ wurde 1998 eine erste strukturgebende Konzeption für Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vorgelegt. Aufgrund der Entwicklungsfortschritte (u. a. bezüglich der Integration der Umweltbildung und des Globalen Lernens, der Ausdifferenzierung von Kompetenzkonzepten, der thematischen Ausweitung, methodischer Innovationen usw.) wird eine Fortschreibung des Orientierungsrahmens empfohlen.
- Bei der Antragstellung der Länder sollten durch eine frühzeitige Verständigung unter den Ländern sowohl die Homogenität des Anspruchsniveaus, die Kompatibilität der Einzelvorhaben und die durch Arbeitsteilung zwischen den Ländern möglichen Synergien eine stärkere Berücksichtigung finden.
- Die Qualität der Ergebnisse kann durch frühzeitige Zielvereinbarungen und die präzise Festlegung von Qualitätsstandards und -niveaus zwischen den Ländern und der koordinierenden Stelle verbessert werden.
- Mit Beginn eines Modellprogramms sollten zugleich auch Transferstrategien entwickelt und in Bezug auf die benötigten Ressourcen realistisch kalkuliert werden. Dazu gehören auch die frühzeitige Einbindung der Administration und der Aufbau von Unterstüt-

zungsstrukturen in den Ländern. Ferner sollte die dauerhafte Zugänglichkeit der Ergebnisse und die Anschlussfähigkeit von künftigen Ergebnissen aus dem Handlungsfeld des Modellprogramms (z. B. durch ein Internetportal) gesichert werden.

- Fast alle seit 1998 aufgelegten BLK-Programme betreffen Möglichkeiten der Verbesserung des Unterrichts und der generellen Schulentwicklung. Sie sollten systematisch hinsichtlich potenzieller Synergien ausgewertet werden.

Auf der Basis der schon früh sichtbar werdenden Erfolge des Programms wurde von Seiten der BLK ein Programm zum Transfer der Ergebnisse aus BLK „21“ aufgelegt. Es soll die Ergebnisse in der Breite wirksam werden lassen und fest verankern.

4.2 BLK-Programm „Transfer-21“

Das BLK-Programm „Transfer-21“ (<http://www.transfer-21.de>) wird im Rahmen der gemeinsamen Bildungsplanung von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung durchgeführt. Das BMBF fördert das Programm gemeinsam mit vierzehn Ländern über vier Jahre bis Juli 2008.

Auf der Basis der Ergebnisse des BLK-Programms „21“ wurde ein Transferkonzept (BLK 2004) entwickelt. Der Leitgedanke für den Transfer besteht darin, zum Zweck der Dissemination keine zusätzlichen Strukturen zu etablieren, die über die Nutzung und Fortentwicklung der in den Ländern bestehenden Strukturen hinausgehen. Auf diese Weise wird gesichert, dass die Strukturen mit Ende der Förderung nicht wiederum in ihrem Bestand gefährdet sind. Stattdessen sollen vorrangig die in den Ländern vorhandenen Kooperations-, Beratungs- und Unterstützungssysteme genutzt und entsprechend den Aufgaben ergänzt werden.

Folgende Ziele sollen erreicht werden:

- Expansion auf 10 Prozent aller allgemein bildenden Schulen in den beteiligten Bundesländern,
- Ausbau von dauerhaften Beratungs- und Unterstützungsstrukturen,
- umfangliche Fortbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren,
- Ausweitung auf Grundschulen und Ganztagschulen,
- Integration in die Lehrerbildung.

Diese Maßnahmen sollen gleichzeitig sicherstellen, dass die im Programm arbeitsteilig gewonnenen Ergebnisse allen am Transfer beteiligten Ländern verfügbar sind.

Im Detail werden die Ziele folgendermaßen umgesetzt werden:

- Ausweitung auf 10 Prozent der Schulen der beteiligten Länder (Grundschulen, Schulen der Sek. I und II) innerhalb von vier Jahren. Dieses soll über eine Verbreitung der entstandenen Materialien, ein breites Internetangebot, die Nutzung der bisher am Programm

beteiligten Schulen als Kernschulen für den Transfer, durch Fortbildungsveranstaltungen, Tagungen und – als wesentliches Instrument – durch Kampagnen und Kooperationen mit Netzwerken geschehen. Eine der zentralen Kampagnen ist die der Internationalen Agenda 21-Schulen (INA, <http://www.umwelterziehung.de>) bzw. in Nordrhein-Westfalen die Kampagne Agenda-Schule. Die Kampagne INA findet derzeit schon in zehn Bundesländern statt. In manchen Regionen werden weit mehr als 10 Prozent der Schulen damit erreicht. Die Kernschulen besitzen ein großes Wissen, das von anderen Schulen übernommen werden kann. Fortbildungen, Arbeitsmaterialien und ein interaktives bundesweites Internet-Angebot sollen den Schulen helfen, sich in die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung intensiver einzuarbeiten. Zudem ist eine Integration der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in andere Netzwerke geplant.

- Ausbau von dauerhaften Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. In der Regel gibt es in den Bundesländern Umweltbildungsbeauftragte, Agendabeauftragte u. ä. Verantwortlichkeiten. Das Transferprogramm soll sich insbesondere auf eine umfassende und systematische Weiterqualifizierung dieser Akteure sowie anderer, institutionell schon eingebundener Personen konzentrieren. Entsprechend dem Leitgedanken für das Transfermodell geht es hier vorrangig darum, vorhandene Strukturen so auszubauen und die dort tätigen Personen so zu qualifizieren, dass die Transferaufgaben optimal wahrgenommen werden können. Bestehende andere Netzwerke bzw. Aktivitäten werden systematisch für den Transfer genutzt bzw. modifiziert.
- Umfangliche Fortbildung von Multiplikatoren und Multiplikatorinnen. Ziel ist es, im Transfer eine Gruppe von etwa 100 Personen in umfanglicher Form fortzubilden, so dass in jedem Bundesland ein Personenkreis mit hoher Expertise verfügbar ist, der wiederum Lehrerinnen und Lehrer qualifizieren kann. Ab August 2005 bis Juli 2007 sollen den Multiplikatoren grundlegende Kenntnisse und Kompetenzen für die im Transferkonzept genannten Bereiche durch eine umfassende Qualifizierung (Ausbildung programmrelevanter Kompetenzen) vermittelt werden. Dabei werden die Multiplikatoren mit fachlichen sowie Beratungs- und Moderationskompetenzen ausgestattet. Ein Beraterpool für Schulen entsteht, Netzwerke werden ausgebaut und gestärkt. Die Multiplikatorenfortbildung befähigt zur Entwicklung von Gestaltungskompetenz von Kindern und Jugendlichen auf der individuellen Ebene. Es führt zur Implementierung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in die Schulkultur als wesentlicher Aspekt von Schulqualität auf der institutionellen Ebene.

Die Multiplikatoren sind eingebunden in die Beratungen und Fortbildungen an den Projektschulen während der Laufzeit des BLK-Programms und nach Beendigung des BLK-Programms an interessierten Schulen aus den jeweiligen Bundesländern. Das Multiplikatorenprogramm ist modular aufgebaut. Die Module wer-

den von Fachkräften inhaltlich entwickelt und angeboten. Als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren kommen in erster Linie Personen aus Qualifizierungs-, Fortbildungs- und Unterstützungseinrichtungen in Frage.

- Ausweitung auf Grundschulen und Ganztagschulen. Das Modellprogramm hat sich zwischen 1999 und 2004 auf die Sekundarstufen I und II konzentriert. Für die Grundschule liegen nach aktuellen Analysen und aufgrund der Programmsergebnisse zwar Materialien und auch fachliche Konzeptionen vor, um diese Stufe des allgemein bildenden Schulsystems in den Transfer mit einzubeziehen, allerdings sind erhebliche Umsetzungslücken zu konstatieren. Zugleich ist das Interesse an der Nachhaltigkeit in dieser Schulstufe auch mit Blick auf die neuen Curricula außerordentlich groß. Es ist zudem entwicklungspsychologisch und didaktisch sinnvoll, mit der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung möglichst in frühem Alter zu beginnen. Es bedarf allerdings einer gezielten und straffen Betreuung und spezieller Initiativen, um die Lehrkräfte dieser Schulform thematisch mit der Nachhaltigkeit vertraut zu machen. Für diese Schulstufe werden deshalb zusätzliche Leistungen erbracht werden müssen, wie gesonderte Web-Seiten, Veranstaltungen, Materialsammlungen oder Selbstevaluationskonzepte. In der Regel sind – soweit es dafür schon Ausführungsvorschriften und -bestimmungen gibt – das Thema „Umwelt“, lokale Bezüge, aber auch globale Thematiken, Schülerfirmen (z. B. Fahrradwerkstätten) in Katalogen mit Angebotsbeispielen für die Nachmittagsgestaltung der Ganztagschule genannt. Die neuen Ganztagschulangebote erweitern die Möglichkeit der Kooperation mit außerschulischen Partnern im Bereich der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Im Rahmen des Transfers sollten die Angebote systematisch erfasst, gute Praxisbeispiele disseminiert und vor allem die Qualität des Angebots verbessert werden.
- Transfer leisten durch Integration in die Lehrerbildung. Durch Kooperation mit Universitäten, Studienseminaren und Landesinstituten soll die Lehrerbildung für den Transfer genutzt werden. Dieses ist insofern notwendig, als Bildung für eine nachhaltige Entwicklung als fächerübergreifendes Themenfeld mit seinen spezifischen Zielen, Inhalten, Methoden noch nicht hinreichend in die Fortbildung und in die fachliche Ausbildung integriert ist. Bezüglich der ersten Phase der Lehrerbildung lässt sich an die Konzeption der Kommission „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft aus dem Jahr 2004 anknüpfen. In der zweiten Ausbildungsphase sind schon Rekurse auf das Leitbild der Nachhaltigkeit zu finden, die ausgebaut werden können. In der Fort- und Weiterbildung ist zu erkennen, dass Möglichkeiten der Qualifikationen in Bezug auf die Prozessdimension des Lehrens wie auch in Bezug auf die Inhaltsdimension vorhanden sind. Diese sollten systematisch ausgebaut und verankert werden.

4.3 Weitere Programme

Während die BLK-Programme „21“ und „Transfer-21“ die Bildung für eine nachhaltige Entwicklung explizit zum Gegenstand haben, widmen sich andere Programme Teilaspekten und leisten dadurch mittelbar Beiträge zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung.

Das BLK-Verbundprojekt „Sprachenlehren und -lernen als Kontinuum: Schulpraktische Strategien zur Überbrückung von Schnittstellen im Bildungssystem“ wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, den veränderten Rahmenbedingungen in der Bildungspolitik gerecht zu werden: Frühes Fremdsprachenlernen bei gleichzeitiger frühkindlicher Förderung. Das Projekt ist als Baustein im Rahmen der Lissabon-Strategie zu sehen. Der Bund hat im Rahmen der BLK gemeinsam mit acht Ländern im November 2003 das Verbundprojekt begonnen (Laufzeit bis 10/2006), das das Europäische Sprachenportfolio des Europarates zur Grundlage hat und das als Bindeglied zwischen dem Fremdsprachenunterricht an der Grundschule und den Sekundarschulen weiterentwickelt werden soll. Der frühe Fremdspracherwerb ist als wichtiger Faktor zur Nachhaltigkeitsstrategie zu werten.

Im BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“ steht Partizipation, die bereits in der Agenda 21 als unverzichtbare Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung bezeichnet wurde, in Vordergrund. „Demokratie lernen und leben“ (Laufzeit: 2002 bis 2007) hat die Förderung demokratischer Handlungskompetenz von Schülerinnen und Schülern sowie einer demokratischen Schulkultur zum Ziel. Es wird als innovatives Schulentwicklungsprogramm begriffen, das Aspekte der Schulentwicklung mit der Förderung demokratischer Kultur unter Einbeziehung des sozialen und gesellschaftlichen Umfeldes von Schulen und Schülerinnen und Schülern verbindet. Durch die Demokratisierung von Unterricht und Schulleben soll die Bereitschaft junger Menschen zur aktiven Mitwirkung an der Zivilgesellschaft gefördert werden. Ausgangspunkt für die Arbeit in den Schulen sind vier Handlungsfelder „Unterricht“, „Lernen in Projekten“, „Schule in der Demokratie“ im Sinne einer Öffnung zum sozialen Umfeld und „Schule als Demokratie“ mit vielfältigen Möglichkeiten zu Partizipation, Engagement und Übernahme von Verantwortung. Auf diese Weise kann Demokratie als Qualität des gemeinsamen Lebens in der Schule erfahren werden und zugleich Gegenstand des Lernens sein.

Wie in den meisten BLK-Programmen ist die entscheidende Grundstruktur des Programms das Schulset, d. h. ein regionales Netzwerk von sechs bis acht Schulen mit ähnlichen Entwicklungszielen. Um im Sinne einer breiten Transferwirkung auch Schulen, Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer und Eltern, die nicht unmittelbar am Programm teilnehmen, an den Informationen und Erkenntnissen des Programms partizipieren lassen zu können, ist eine entsprechende Internetstruktur eingerichtet worden (<http://www.blk-demokratie.de>). Zur Verstärkung und Verbreitung sollen auch die Fortbildung von Multiplikatoren und die Einbeziehung der Landesinstitute beitragen. An dem Programm beteiligen sich etwa 170 Schulen in 13 Bundesländern.

Ähnlich wie die Kontextprogramme (siehe Kapitel 3.2.2, BMBF) stehen das BLK-Programm SINUS und seine Folgeprogramme im Dienste einer Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts mit dem Ziel, die Vermittlung anwendungsfähigen Wissens zu fördern.

Die TIMS-Studie (1997) hatte bereits grundlegende Probleme deutscher Schülerinnen und Schüler mit Aufgabenstellungen, die problemlösendes Denken und konzeptuelles Verständnis erfordern, offen gelegt. Die Studie zeigte auch, dass der mathematisch-naturwissenschaftliche Unterricht mit seiner oftmals fragend-entwickelnden Unterrichtsform den Schülern keinen Raum für das selbständige Erarbeiten eigener Strategien zur Problemlösung bietet.

Gemeinsam mit den Ländern und als direkte Reaktion auf die Ergebnisse von TIMSS wurde 1998 das Bund-Länder-Programm SINUS zur Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts mit 180 Schulen in 15 Bundesländern aufgelegt. Die Schulen arbeiteten in lokalen Netzwerken (Schulsets) zusammen. Pro Schule beteiligten sich in der Regel fünf Lehrkräfte aktiv am Programm und brachten ihr innovatives Potenzial in die Weiterentwicklung der Unterrichtsmethodiken ein.

Nach fünfjähriger Laufzeit haben Bund und Länder 2003 mit dem Transfer der Ergebnisse durch das Programm SINUS-Transfer begonnen (<http://www.sinus-transfer.de>). In einer ersten Phase (2003 bis 2005) werden die Ergebnisse transferiert und in den Strukturen vor Ort verankert. Dabei wurden 780 Schulen in 13 Bundesländern eingebunden. Eine zweite Phase, an der sich der Bund ebenfalls beteiligen wird und die mindestens 1 500 Schulen erreichen soll, ist für den Zeitraum 2005 bis 2007 vorgesehen. Die geplante 3. Phase (ab 2007) liegt dann in alleiniger Verantwortung der Länder.

Mit SINUS-Transfer-Grundschule (2004 bis 2009) wird die Notwendigkeit einer früh einsetzenden Verbesserung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts betont. Das Programm, an dem sich 13 Bundesländer beteiligen, startete im August 2004. Das SINUS-Transferprogramm Grundschule verfolgt folgende Ziele:

- mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht an Grundschulen in enger Zusammenarbeit mit und von Lehrkräften weiterentwickeln,
- höheres Niveau mathematischer und naturwissenschaftlicher Kompetenz bei den Schülerinnen und Schülern erzielen,
- mathematisches und naturwissenschaftliches Verständnis erzielen, das Kinder in ihrer aktuellen Lebenswelt anwenden und nutzen können,
- Kompetenzen fördern, die eine solide Grundlage für das nachfolgende Lernen in schulischen wie außerschulischen Kontexten bereitstellen,
- Sichtbarmachung der Bedeutung von Mathematik und Naturwissenschaften, Neugier wecken und längerfris-

tig die Entwicklung von Interessen bzw. einer aufgeschlossenen, kritischen Haltung unterstützen,

- konsequente Berücksichtigung individueller Lernvoraussetzungen,
- Erprobung und Überprüfung der Übertragbarkeit des SINUS-Ansatzes auf andere Schulstufen bzw. Schulformen.

Ähnlich wie bei SINUS und SINUS-Transfer entscheiden sich die Schulsets für die Arbeit mit bestimmten Modulen.

4.4 Beitrag der BLK zur UN-Dekade

Die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) hat in ihrer Sitzung im März 2004 die Bereitschaftserklärung der Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“, sich mit dem gemeinsamen Beitrag von Bund und Ländern zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu befassen, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ hat dem Ausschuss „Bildungsplanung“ daraufhin zu seiner Herbstsitzung 2004 vorgeschlagen, gemeinsame Aktivitäten von Bund und Ländern zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zu beschließen. Der gemeinsame Beitrag von Bund und Ländern wird danach in folgenden Aktivitäten bestehen:

- Das BLK-Programm „21“, das wichtige Ergebnisse im Hinblick auf die Integration des Leitbildes der Nachhaltigkeit in die schulische Bildung erbracht hat und neben konzeptionellen Grundlagen eine Fülle von praxisrelevanten Produkten und qualifizierten Akteuren in Schulen und Fortbildungseinrichtungen für die weitere Verbreitung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zur Verfügung gestellt hat, wird durch das von Bund und Ländern im Jahr 2004 beschlossene vierjährige Transferprogramm in der Breite wirksam.
- Die BLK unterstützt die modellhafte Einbeziehung von Kindertageseinrichtungen in das BLK-Programm „Transfer-21“ z. B. durch die punktuelle Ausweitung der NRW-Kampagne „Agenda-21-Schule“ auf Kindertageseinrichtungen. Die Ergebnisse der Kampagne werden anderen Kampagnen, z. B. der „Internationalen Agenda 21-Schulen“ (INA) zur Verfügung gestellt.
- Die BLK prüft auf der Basis einer von der Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ zu erarbeitenden Programmskizze ein BLK-Modellversuchsprogramm zur Förderung von Leitbildentwicklung und -umsetzung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung an den Hochschulen – unter Berücksichtigung der Studie „UNI 21. Hochschulbildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Dabei soll auch die Lehrerbildung berücksichtigt werden. Außerdem wird die Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ gebeten, unter Einbeziehung von Vertreterinnen und Vertretern der Lenkungsausschüsse für die BLK-Programme „Transfer-21“ und „Lebenslanges Lernen“ zu

prüfen, ob „Bildung für nachhaltige Entwicklung im lebenslangen Lernen“ unter besonderer Berücksichtigung der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung beim Transfer von Ergebnissen des BLK-Programms „Lebenslanges Lernen“ verortet werden kann.

- Die BLK regt an, den Zusammenhang von „Lebenslangem Lernen“ und „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ auch durch Forschung – unter Einbeziehung der beruflichen Bildung – aufzuarbeiten, die Bedeutung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung für die Beschäftigungsfähigkeit stärker herauszustellen und geeignete Maßnahmen einzuleiten.
- Die BLK schreibt den BLK-Bericht von 2002 zur Umsetzung des Orientierungsrahmens „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ in Bund und Ländern im Jahr 2008 fort und prüft die Ergebnispräsentation – zehn Jahre Orientierungsrahmen Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – auf einem bundesweiten Kongress. Die Fachtagung soll in einem Markt der Möglichkeiten Projekte aus allen Bildungsbereichen präsentieren und in verschiedenen Fachforen Kooperationsmöglichkeiten und Bedingungen für verlässliche Kooperationsstrukturen auf regionaler und überregionaler Ebene beraten sowie die außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung berücksichtigen. Besonderer Schwerpunkt der Fachtagung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an lokalen Agenda-Prozessen und an der Konzeption und Umsetzung von Bildungsprozessen zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die BLK ist dabei Träger der Tagung in Kooperation mit dem Nationalkomitee der UN-Dekade, dem BMBF und dem Sitzland des Kongresses.

5 Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) nimmt als eine der größten Stiftungen Europas eine zentrale Rolle bei der Förderung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ein. Ihre Gründung geht auf eine Initiative der Bundesregierung im Jahr 1989 zurück, bei der die aus der Privatisierung des Salzgitter-Konzerns anfallenden Mittel für eine beständige Förderung einer zukunftsorientierten und ökologisch verantwortlichen Marktwirtschaft Deutschlands eingesetzt werden sollten. Seither hat die Stiftung rund 6 000 Projekte mit über 1 Mrd. Euro Fördervolumen unterstützt. Die Bundesregierung ist im Kuratorium der Stiftung durch das BMU, BMBF und BMF vertreten.

Zu den zentralen Anliegen der DBU gehören sowohl die Förderung des Umweltbewusstseins der Menschen durch Maßnahmen der Umweltbildung mit dem Ziel von Verhaltensänderungen als auch die Entwicklung und Nutzung neuer, umweltentlastender Technologien und Produkte im Sinne eines vorsorgenden Umweltschutzes und die Bewahrung und Wiederherstellung des nationalen Naturerbes. Dabei kommt der Förderung von Umweltkommunikation in der mittelständischen Wirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Der Themenbereich Umweltkommunikation, der im Sinne der Agenda 21 auf das Ziel

einer integrativen, nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet ist, wird in die Förderschwerpunkte Umweltinformationsvermittlung, Umweltbildung sowie Umwelt und Kulturgüter aufgeteilt. Im Berichtszeitraum wurden in diesem Bereich rund 330 Projekte unterstützt, viele davon mit direktem Bezug zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Eine wachsende Bedeutung misst die DBU internationalen Zusammenhängen speziell im Umweltbereich zu. Aus diesem Grund wurde im Förderbereich Umweltbildung zur „Bildung für Nachhaltigkeit“ ein Förderkriterium aufgenommen, wonach naturschutzbezogene Fragestellungen der Agenda 21 unter Berücksichtigung internationaler Bezüge für Bildungszusammenhänge aufgegriffen werden sollen.

Die Förderaktivitäten zeigen eine hohe Methoden- und Themenvielfalt – von dem konkreten Aufbau von Umweltbildungseinrichtungen über die Förderung von Wettbewerben, Kampagnen, Ausstellungen und Forschungsvorhaben bis hin zur Etablierung von Netzwerken und Kommunikationsstrukturen. Dabei gewinnen Projekte mit multimedialen Ansätzen durch den Förderschwerpunkt „Umweltkommunikation für Kinder und Jugendliche in den Massenmedien“ weiter an Bedeutung, z. B. durch den Aufbau eines virtuellen Umweltbildungszentrums für Heranwachsende, das Projekt „Der nachhaltige Filmblick“ oder die Umweltkommunikationsprojekte „Graslöwen TV“ und „Graslöwen Radio“. Zudem wird der Beziehung Nachhaltigkeit und Schule verstärkte Beachtung geschenkt, zahlreiche Projekte fokussieren eine Verbesserung der schulischen Rahmenbedingungen sowie der Qualität des Unterrichts. So wurde zum Beispiel mit dem Ziel einer gestärkten Eigeninitiative und Sozialkompetenz von Schülerinnen und Schülern im Rahmen selbst initiierten, umweltbezogener Schulprojekte der Förderwettbewerb „Gemeinsam Handeln – Voneinander Lernen – Zusammenwachsen“ bis 2004 verlängert.

Zudem gilt ein besonderes Augenmerk der Erschließung und Sensibilisierung neuer Zielgruppen – beispielhaft ist das 2003 initiierte Programm „Sport und Umwelt“ als Kooperationsprojekt zwischen dem Deutschen Sportbund und der DBU zu nennen, in dessen Rahmen unter anderem das Umweltkonzept „Green Goal – auf dem Weg zu einer nachhaltigen FIFA Fußball-Weltmeisterschaft 2006“ entwickelt wird. Auch die internationale Zusammenarbeit im baltischen und osteuropäischen Raum hat im Berichtszeitraum eine weitere Vertiefung erfahren, u. a. durch das Projekt „Fernstudium Umweltschutz und nachhaltige Regionalentwicklung in Lettland“, das seit Anfang 2005 in der Slowakei in einem anderen Rahmen weiterentwickelt wird.

6 UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014)

Den Rahmen für viele Aktivitäten wird in den kommenden Jahren die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ darstellen. Dafür wurden schon 2004 die bildungspolitischen Weichen gestellt. Die Bundesressorts haben sich im April 2004 darauf verständigt, dem BMBF die Federführung für die Dekade innerhalb der Bundes-

regierung zu übertragen. Anfang 2005 hat der Bundespräsident die Schirmherrschaft für die UN-Dekade in Deutschland übernommen.

Die Deutsche UNESCO-Kommission (DUK) hat in Deutschland – ähnlich wie die UNESCO innerhalb der Vereinten Nationen – eine koordinierende Funktion übernommen und wird dafür vom BMBF finanziell unterstützt. Die DUK hat auf ihrer Hauptversammlung im Juli 2003 mit der „Hamburger Erklärung“ bereits weit reichende Empfehlungen für einen nationalen Aktionsplan zur Weltdekade beschlossen. In der Erklärung heißt es: „Die Deutsche UNESCO-Kommission fordert alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden sowie interessierte Institutionen der Wirtschaft, Einrichtungen von Forschung und Lehre und der Zivilgesellschaft auf, sich zu einer ‚Allianz Nachhaltigkeit lernen‘ zusammenzufinden, um einen gemeinsamen Aktionsplan für die Dekade zu entwickeln und Programme und Koordinationsmechanismen für dessen Umsetzung zu schaffen“ (DUK 2003: 1). Als mögliche Jahresthemen für die Dekade hat die DUK in der „Hamburger Erklärung“ vorgeschlagen: Konsumverhalten und nachhaltiges Wirtschaften, Kulturelle Vielfalt, Gesundheit und Lebensqualität, Wasser- und Energieversorgung, Biosphärenreservate als Lernorte, Nachhaltigkeitslernen in der Wissensgesellschaft, Bürgerbeteiligung und „good governance“, Armutsbekämpfung durch nachhaltige Entwicklungsprojekte, Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Menschenrechte und ethische Orientierung.

Die institutionelle Organisation der Dekade

Ein von der Deutschen UNESCO-Kommission eingesetztes Nationalkomitee versammelt unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Gerhard de Haan (Freie Universität Berlin) Experten und Expertinnen aus Wissenschaft, Kultur und Medien, Vertreter des Deutschen Bundestages, der Bundesregierung und der Kultusministerkonferenz sowie Persönlichkeiten, die sich in der Öffentlichkeit für die Idee der Nachhaltigkeit einsetzen. Die konstituierende Sitzung dieses Gremiums fand im Mai 2004 in Berlin statt. Das Nationalkomitee wurde von der Deutschen UNESCO-Kommission für die Dauer der Dekade als beratendes und steuerndes Gremium berufen.

Mit Unterstützung des BMBF wurden für die UN-Dekade in Deutschland ein Sekretariat und eine Arbeitsstelle eingerichtet. Das Sekretariat mit Sitz bei der Geschäftsstelle der DUK in Bonn verfolgt schwerpunktmäßig die internationalen Kontakte und Beziehungen zur UNESCO. Zugleich wirkt das Sekretariat bei der Realisierung der Aktivitäten in Deutschland mit. Beim Vorsitzenden des Nationalkomitees wurde eine Arbeitsstelle eingerichtet, die die nationalen Aktivitäten unterstützt, insbesondere die Entwicklung und Fortschreibung des nationalen Aktionsplans und die Auszeichnung von Dekadeprojekten. Als Kommunikations- und Vernetzungsplattform für die Durchführung der Dekade wurde eine Internetseite eingerichtet (<http://www.dekade.org>), über die auch alle für die Dekade zentralen Dokumente zugänglich sind.

Das Nationalkomitee hat erstmalig im November 2004 zu einem jährlich stattfindenden Runden Tisch „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“ eingeladen, dessen Mitglieder an der Umsetzung der UN-Dekade in Deutschland mitwirken. Hier sind Organisationen, Institutionen und Projekte aus allen Bildungsbereichen vertreten, die wesentliche Beiträge zur Gestaltung der Dekade leisten. Der Runde Tisch existiert in seiner jeweiligen Besetzung nicht für die gesamte Dekade, sondern für einen befristeten Zeitraum. Die Aufgabe dieses Gremiums ist es, einzelne Aktivitäten und Maßnahmen in den verschiedenen Bildungsbereichen und bereichsübergreifend aufeinander zu beziehen, nationale und internationale Kooperationen zu fördern und Bereiche und Themen zu identifizieren, in denen Aktivitäten intensiviert werden sollten.

Der nationale Aktionsplan

Der Deutsche Bundestag hat im Vorfeld der UN-Dekade im Sommer 2004 die Erarbeitung eines nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ beschlossen, der Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie werden soll. Aufgabe des Nationalkomitees war es, bis zum Jahresende 2004 den nationalen Aktionsplan vorzubereiten und in einem Konsultationsprozess mit den Mitgliedern des Runden Tisches abzustimmen. Der Aktionsplan wurde bei der Auftaktveranstaltung zur Dekade im Januar 2005 in Mainz offiziell vorgestellt. Das Hauptziel des Aktionsplans zur UN-Dekade ist es, den Gedanken der nachhaltigen Entwicklung in allen Bildungsbereichen in Deutschland zu verankern. Auf diese Weise soll Deutschland in den kommenden zehn Jahren – und darüber hinaus – wesentliche Fortschritte in Richtung Nachhaltigkeit machen. Um dieses übergreifende Ziel zu erreichen, werden – nicht zuletzt ausgehend von der Analyse des letzten „Berichtes der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ – vier strategische Ziele verfolgt:

Weiterentwicklung und Bündelung der Aktivitäten und Transfer guter Praxis in die Breite. In Deutschland gibt es bereits ein breites Spektrum an Initiativen und Beispielen guter Praxis zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In allen Bildungsbereichen und im gesamten Bundesgebiet sind innovative und erfolgreiche Aktivitäten zu verzeichnen, allerdings nicht immer in der gleichen Intensität und noch nicht mit dem notwendigen Grad an Verbreitung. Es wird eine wichtige Aufgabe der nächsten Jahre sein, diese Aktivitäten weiterzuentwickeln, sie stärker aufeinander zu beziehen und sie in die gesamte Bildungslandschaft hineinzutragen. Dabei sollen alle Bildungseinrichtungen – von der Kindertagesstätte bis zur Weiterbildungsstätte –, aber auch das breite Spektrum der informellen Bildung erreicht und Nachhaltigkeit zum Inhalt lebenslangen Lernens gemacht werden. Eine gute Ausgangsbasis dafür bieten die Ergebnisse des Programms „21“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung und das Programm „Transfer 21“ (siehe Kapitel 4). Diese beiden Programme, an denen sich 15 bzw. 14 Länder beteiligt haben bzw. beteiligen, sind Beispiel für eine erfolgreiche gemeinsame Bildungsplanung. In der beruflichen Bil-

derung soll auf Basis des Orientierungsrahmens die gute Praxis aus Modellversuchen und aus der Forschung breitwirksam nutzbar gemacht und in die Ausbildungsordnungen integriert werden. Ähnliche Anknüpfungspunkte bieten sich auch in anderen Bildungsbereichen, wie der vorschulischen Bildung, der Hochschule und der Weiterbildung.

Vernetzung der Akteure der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Als integratives Bildungskonzept wird Bildung für eine nachhaltige Entwicklung von einer Vielzahl von Akteuren aus den Administrationen, der Wirtschaft, den Nichtregierungsorganisationen sowie aus verschiedenen Politikfeldern – u. a. der Bildungs-, Entwicklungs-, Umwelt-, Verbraucher- und Wirtschaftspolitik – getragen. Die Vernetzung dieser Akteure untereinander und die Kommunikation nach außen sollen weiter verbessert werden. Hier liegen viele Potenziale und Realisierungsmöglichkeiten bei den Ländern. Auch auf regionaler Ebene bieten sich besondere Chancen, die vorhandenen spezifischen Akteure vor Ort einzubinden. Dabei geht es um eine regionale Vernetzung unter Einbeziehung von Kommunen, Wirtschaft, außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildungseinrichtungen, Vereinen, Stiftungen sowie sozialen und kulturellen Einrichtungen. Die „Lernenden Regionen“ sind hier ein gutes Modell. Ein besonderes Augenmerk wird auf die Verknüpfung von Bildung und Forschung gerichtet, um durch den Transfer von Forschungsergebnissen in Bildungsmaßnahmen deren praktische Verwertung zu verbessern.

Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Die Grundideen einer nachhaltigen Entwicklung werden von fast allen Menschen unterstützt. Bildung trägt dazu wesentlich bei und schafft durch die Vermittlung von Wissen und Werten die Voraussetzungen dafür, dass diese Ideen im alltäglichen, beruflichen und gesellschaftlichen Handeln umgesetzt werden. Die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ soll durch Projekte, Personen und Einrichtungen in Deutschland das öffentliche Bewusstsein dafür stärken, dass möglichst viele Mitglieder der Gesellschaft nachhaltige Entwicklung unterstützen und mitgestalten können. Voraussetzung für die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung ist, dass sich die Entscheidungsträger in Bund, Ländern, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Verbänden die Anliegen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu eigen machen und sich aktiv für ihre Integration in alle Bildungsbereiche einsetzen. Eine wichtige Rolle nimmt der informelle Bildungssektor ein, wie auch die Verbesserung der Präsenz des Themas in den Medien, bei der Kommunikation am Arbeitsplatz und im Freizeitbereich von Bedeutung ist.

Verstärkung internationaler Kooperationen. Das Erreichen kaum eines anderen politischen Ziels hängt so sehr von gelungener internationaler Kooperation ab wie die Nachhaltigkeit. Eine Priorität bei der Umsetzung der Dekade in Deutschland ist es daher, die hier vorhandenen und entstehenden Projekte in den globalen Diskussionsprozess zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung einfließen zu lassen und dabei aus den Erfahrungen und

Positionen anderer Länder und Kulturen zu lernen. Die UN-Dekade bietet als weltweit angelegte Initiative die Chance, international wirksam zu werden, Partnerschaften zu gründen und zu einer globalen Perspektive und Zusammenarbeit beizutragen. Dazu gehört, dass nachhaltige Entwicklung stärker in die Bildungsprojekte und -programme auf der europäischen Ebene integriert wird und die EU-Kommission entsprechende thematische Schwerpunkte setzt. Auch in der bilateralen und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit den Partnerländern in Afrika, Asien und Amerika sowie den so genannten Schwellenländern sollen die Schwerpunkte „Bildung“ und „Umwelt und nachhaltige Ressourcennutzung“ im Hinblick auf die Millenniumsziele weiter verfolgt werden.

Die vier strategischen Ziele dienen in den kommenden zehn Jahren als Vorgaben für die Stärkung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Deutschland. Sie werden schrittweise mit konkreteren Teilzielen und Maßnahmen einzelner Akteure und zugeordneten Indikatoren unterlegt und einer Evaluation zugänglich gemacht. Der nationale Aktionsplan ist kein statisches Dokument, sondern wird entsprechend der jeweiligen Entwicklungen und Veränderungen kontinuierlich modifiziert und fortgeschrieben. Es ist die Aufgabe des Nationalkomitees, zu beobachten und zu prüfen, welche Fortschritte im Laufe der Dekade gemacht werden, und den nationalen Aktionsplan darauf abzustimmen.

Ein Maßnahmenkatalog, der im Laufe der Dekade jährlich fortgeschrieben werden soll und aus einer Vielzahl von Maßnahmen besteht, mit denen bereits heute oder in naher Zukunft ein struktureller Beitrag zur Beförderung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung geleistet wird, konkretisiert die Ziele des Aktionsplans. Das Dokument, das vom Nationalkomitee im Mai 2005 beschlossen wurde, benennt die durchführenden Akteure sowie die Zielsetzungen und Zeithorizonte. Durch die Angabe von Überprüfungs-kriterien wird eine begleitende Evaluation des Erfolgs jeder einzelnen Maßnahme ermöglicht.

Der nationale Aktionsplan und der Maßnahmenkatalog werden auf der Internetseite <http://www.dekade.org> präsentiert.

Die nationale Auftaktveranstaltung zur Dekade

Der nationale Aktionsplan wurde Mitte Januar 2005 mit einer medienwirksamen Auftaktveranstaltung beim Zweiten Deutschen Fernsehen im Mainz öffentlich vorgestellt, die vom BMBF unterstützt wurde. An der Veranstaltung nahmen etwa 400 Personen aus Bildungspraxis, Politik, Verwaltung, Kultur, Wirtschaft und Medien teil. Der Auftakt wurde begleitet von einer Ausstellung, in der zahlreiche Projekte, Verbände, Unternehmen und Institutionen konkrete Aktivitäten zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung vorstellten. Die UN-Dekade und die Bildung für nachhaltige Entwicklung wurden durch diesen Auftakt zum Thema in den Nachrichten und den Magazinen. Damit wurde ein erster Beitrag zu einem wichtigen Ziel des nationalen Aktionsplans, der Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung für diese Thematik, geleistet.

Auszeichnung von Dekade-Projekten

Seit dem Beginn der Dekade im Jahr 2005 besteht die Möglichkeit, geeignete Projekte und Initiativen aus Deutschland, die dem Ziel der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung entsprechen, als offizielle Initiativen für die „Allianz Nachhaltigkeit Lernen“ anerkennen zu lassen. Das Nationalkomitee entscheidet anhand von definierten Kriterien über die Anerkennung als Dekadeprojekt. Ziel ist es, die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in ganz Deutschland sichtbar zu machen und eine Landkarte entstehen zu lassen, auf der man die bundesweite Verankerung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung mit Hilfe der Projektstandorte verfolgen kann. Die ersten 55 Dekadeprojekte wurden anlässlich des UNESCO-Tages im März 2005 bei der Didacta in Stuttgart ausgezeichnet.

7 Zusammenfassung und Ausblick

Im Berichtszeitraum konnte das Konzept der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weiter präzisiert werden. Mit dem BLK-Programm „21“ wurde eine erfolgreiche Phase der Erprobung abgeschlossen. In allen Bildungsbereichen gibt es Initiativen und Vorhaben zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, die sich – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität in den einzelnen Bildungsbereichen – weiter verbreitet hat.

Es gibt vielfältige Beispiele guter Praxis, die verdeutlichen, dass Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in allen Bildungsbereichen, in formalen wie informellen Bildungsprozessen umsetzbar ist und einen Beitrag zur Verbesserung und Qualitätssteigerung von Bildungsprozessen leistet. Von der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sind im Berichtszeitraum wesentliche Innovationen ausgegangen. Es steht nun an, Bildung für eine nachhaltige Entwicklung weiter in die Breite zu tragen. Mit der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005 bis 2014) und dem BLK-Programm „Transfer-21“ sind wichtige Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Dissemination gegeben.

Bei der weiteren Verankerung und Verbreitung der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung sollten folgende Trends und Entwicklungen beachtet werden:

- Die UN-Dekade als zentrales Promotionsinstrument: Ziel der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ist es, durch Bildungsmaßnahmen zur Umsetzung der in Rio beschlossenen und in Johannesburg bekräftigten Agenda 21 beizutragen und die Prinzipien

nachhaltiger Entwicklung weltweit in den nationalen Bildungssystemen zu verankern. Die Dekade soll die Integration einer Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in alle Bildungsbereiche unterstützen. Sie soll außerdem genutzt werden, um die Anliegen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und weitere Akteure zu gewinnen.

- Entwicklung eines Indikatorensystems zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung: Bisher fehlen Instrumente, um Fortschritte in der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung, die in den letzten Jahren zu beobachten waren, zu messen. Es gibt unterschiedliche Indikatoren zur Nachhaltigkeit sowie allgemeine Bildungsindikatoren; ein umfassendes und begründetes Indikatorenset zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung gibt es bisher aber nicht. So fällt es entsprechend schwer, die sehr unterschiedlichen Maßnahmen im Feld der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu bilanzieren und zu bewerten. Für die Fortführung und Weiterentwicklung der Berichterstattung ist es erforderlich, einen Satz von praktikablen Indikatoren zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung zu entwickeln, wie es auch die UNECE in ihrer Strategie zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung einfordert.
- Intensivierung der Forschungsaktivitäten: In den letzten Jahren sind Forschungsschwerpunkte (z. B. sozial-ökologische Forschung, Forschung für Nachhaltigkeit) entstanden, die sich unter dem Begriff der Nachhaltigkeitsforschung zusammenfassen lassen. Diese Forschungsschwerpunkte zielen auf die Analyse von nachhaltigkeitsrelevanten Problemen im Zeitalter des Globalen Wandels, auf die Generierung von Lösungen für diese Probleme und auf Innovationen für eine nachhaltige Entwicklung. Nachhaltigkeitsforschung stellt besondere Ansprüche an Methoden und Arbeitsweisen: Zu nennen sind hier vor allem Inter- und Transdisziplinarität, Problem- und Akteursorientierung, integrativer Ansatz sowie Selbstreflexivität. Auch in anderen Forschungsbereichen wird zunehmend erkannt, dass inter- und transdisziplinäre Arbeitsweisen gerade bei der Bearbeitung komplexer Probleme angemessen sind. An diese Entwicklung sollten Forschungen zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung anknüpfen, etwa im Sinne der weiterführenden Vorschläge zu Forschungsschwerpunkten, die von der Kommission „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ der DGfE im Jahre 2004 vorgelegt wurden (DGfE 2004).

Abkürzungsverzeichnis**A**

AA	Auswärtiges Amt
Aids	Acquired Immunodeficiency Syndrome
ANU	Arbeitsgemeinschaft Natur- und Umweltbildung
APUG	Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit
AQUILO	Aktivierung und Qualifizierung erlebnisorientierter Lernorte
AvH	Alexander von Humboldt-Stiftung
AWI	Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung

B

BAköV	Bundesakademie für öffentliche Verwaltung im Bundesministerium des Innern
BfN	Bundesamt für Naturschutz
BGL	Bundesverband Güterkraftverkehr und Entsorgung
BIBB	Bundesinstitut für Berufsbildung
BIN	Bürger initiieren Nachhaltigkeit
BioDets	Biodiversity Detectives
BK	Bundeskanzleramt
BKM	Beauftragte(r) der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien
BLK	Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMGS	Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMI	Bundesministerium des Innern
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMVBW	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen
BMVEL	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWA	Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BZgA	Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

C

CBD	Convention on Biological Diversity
CERI	Centre for Educational Research and Innovation
CHM	Deutscher Clearing House Mechanismus
COMED	Verein zur Förderung von Community Education

COPERNICUS Cooperation Programme in Europe for Research on Nature and Industry

CRE Copernicus-Charta der Europäischen Rektorenkonferenz

CSD Commission on Sustainable Development

D

DAAD Deutscher Akademischer Austauschdienst

DAV Deutsche Außenhandels- und Verkehrsakademie

DBJR Deutscher Bundesjugendring

DBU Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Dechema Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie

DeSeCo Definition and Selection of Competencies

DED Deutscher Entwicklungsdienst

DFB Deutscher Fußball-Bund

DFG Deutsche Forschungsgemeinschaft

DGB Deutscher Gewerkschaftsbund

DGfE Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften

DGU Deutsche Gesellschaft für Umwelterziehung

DIE Deutsche Institut für Erwachsenenbildung

DIHK Deutsche Industrie- und Handelskammer

DJI Deutsches Jugendinstitut

DKLIM „Klima- und Atmosphärenforschung“; Forschungsprojekt im Rahmen des Programms „Forschung im globalen Wandel“

DLR Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

DIPF Deutsches Institut für internationale pädagogische Forschung

DNR Deutscher Naturschutzring

DSE Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung

DSJ Deutsche Sport Jugend

DSLIV Deutscher Speditions- und Logistikerverband

DUK Deutsche UNESCO-Kommission

DWFZ Fortbildungszentrum für Hörfunk und Fernsehen der Deutschen Welle

E

EC European Commission

ECOSOC United Nations Economic and Social Council

EED Evangelischer Entwicklungsdienst

EFA Education for All

ENSI Environment and Schools Initiatives

ESF Europäischer Sozialfonds

ESPERE Environmental Science Published for Everybody Round the Earth

EU Europäische Union

EWIK Eine Welt Internet Konferenz

EZ Entwicklungszusammenarbeit

F

FAO	Food and Agriculture Organisation
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FFH	Fauna-Flora-Habitat
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
FNS	Friedrich-Naumann-Stiftung
FÖJ	Freiwilliges Ökologisches Jahr
FÖJG	Gesetz zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres
FTI	Education for All-Fast Track Initiative
FZJ	Forschungszentrum Jülich
FZK	Forschungszentrum Karlsruhe

G

GENE	Global Education Network Europe
GHESP	Global Higher Education for Sustainability Partnership
GLOBE	Global Learning and Observations to Benefit the Environment
GSF	Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit
GTZ	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

H

HBS	Heinrich-Böll-Stiftung
HGF	Helmholtz-Gemeinschaft deutscher Forschungszentren
HIV	Human Immunodeficiency Virus
HSS	Hanns-Seidel-Stiftung

I

IFKA	Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit
IGLU	Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung
IGR	Informationszentrum für genetische Ressourcen
INA	Internationale Agenda 21-Schulen
InWent	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IPN	Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften an der Universität Kiel
IPSWaT	Internationale Aufbaustudien im Wasserfach
IZBB	Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“

J

JPOI	Johannesburg Plan of Implementation
------	-------------------------------------

K

KAS	Konrad-Adenauer-Stiftung
KBE	Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung
KMK	Kultusministerkonferenz
KMU	kleine und mittlere Unternehmen

L

LA 21	Lokale Agenda 21
LiNe	Lernen im Netz und mit Multimedia
LiPA	Lernen im Prozess der Arbeit
LisU	Lernen im sozialen Umfeld
LiWE	Lernen in Weiterbildungseinrichtungen
LKKE	Lernkultur Kompetenzentwicklung

M

MAB	Man and Biosphere, Programm der UNESCO
MOST	Management of Social Transformations, Programm der UNESCO

N

NABU	Naturschutzbund Deutschland
NGO/NRO	Nichtregierungsorganisation
NHS	Nationale Nachhaltigkeitsstrategie
NRW	Nordrhein-Westfalen

O

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
------	--

P

PISA	Programme for International Student Assessment
------	--

R

REVIS	Reform der Ernährungs- und Verbraucherbildung an Schulen
RLS	Rosa-Luxemburg-Stiftung
RNE	Rat für Nachhaltige Entwicklung

S

Seed	Supporting Entrepreneurs for Environment and Development
SEMIK	Systematische Einbeziehung von Medien, Informations- und Kommunikationstechnologien in Lehr- und Lernprozesse
SINUS	Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
SÖF	sozial-ökologische Forschung
S-PI	Servicestelle Partnerinitiative
SRU	Rat von Sachverständigen für Umweltfragen
StEG	Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen
SWA	Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben

T

TIMSS	Third International Mathematics and Science Study
TU	Technische Universität

U

UBA	Umweltbundesamt
UFZ	Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle
UMK	Umweltministerkonferenz
UN	United Nations
UNCED	United Nations Conference on Environment and Development
UNDP	United Nations Development Programme
UNECE	United Nations Economic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environmental Programme
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization
UNEVOC	International Centre for Technical and Vocational Education and Training (UNESCO-Zentrum für Berufsbildung)

V

VENRO	Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen
-------	---

W

WBGU	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen
WGL	Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz
WSSD	World Summit on Sustainable Development
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)
WUS	World University Service
WYRE	Worldwide Young Researchers for the Environment
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Y

YEER	Young European Environmental Researchers
------	--

Z

ZADI	Zentralstelle für Agrardokumentation und -information
------	---

Literatur

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1998): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Orientierungsrahmen. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 69. Bonn.

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (1999): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Gutachten zum Programm von Gerhard de Haan und Dorothee Harenberg, Freie Universität Berlin. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 72. Bonn.

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2004): Transferkonzept für das BLK-Modellprogramm „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn.

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2005a): Bildung für eine nachhaltige Entwicklung („21“). Abschlussbericht des Programmträgers zum BLK-Programm. Materialien zur Bildungsplanung und Forschungsförderung, Heft 123. Bonn.

BLK – Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (2005b): Abschlussbericht der Projektgruppe „Innovationen im Bildungswesen“ zum BLK-Programm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (21), K 05.05.Drs, Bonn.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.; 2002): Bericht der Bundesregierung zur Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. Bonn. Unter: http://www.bmbf.de/pub/bb_bildung_nachhaltige_entwicklung.pdf (Stand: Juli 2005).

BMBF (Hrsg., 2003): Indikatorisierung der Empfehlungen des Forums Bildung. Berlin.

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.; 2004): UNI 21. Hochschulbildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Unter: http://www.bmbf.de/pub/uni_21.pdf (Stand: Juli 2005).

BMU – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Hrsg.; 2004): Umweltbewusstsein in Deutschland 2004. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Autoren: Udo Kuckartz, Anke Rheingans-Heintze. Berlin.

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Unter: http://www.bundesregierung.de/Anlage587386/pdf_datei.pdf (Stand: Juli 2005).

Bundesregierung (2004): Fortschrittsbericht 2004. Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung. Berlin. Unter: http://www.bundesregierung.de/Anlage740735/pdf_datei.pdf (Stand: Juli 2005).

Bundestagsdrucksache 14/3319 (10. Mai 2000): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜND-

NIS 90/DIE GRÜNEN „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Berlin.

Bundestagsdrucksache 14/9269 (5. Juni 2002): Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Nationaler Bildungsbericht und Einrichtung eines gemeinsamen Sachverständigenrates von Bund und Ländern“. Berlin.

Bundestagsdrucksache 15/2441 (29. Januar 2004): Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion der FDP „Einrichtung eines parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung“. Berlin.

Bundestagsdrucksache 15/3472 (30. Juni 2004): Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss). Aktionsplan zur UN-Weltdekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Berlin.

Commission of the European Communities (2005): The 2005 Review of the EU Sustainable Development Strategy: Initial Stocktaking and Future Orientations. – Dok. SEC(2005)225. Unter: http://europa.eu.int/comm/sustainable/docs/COMM_PDF_COM_2005_0037_F_EN_ACTE.pdf (Stand: Februar 2005).

de Haan, G. (2001): Was meint „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und was können eine globale Perspektive und neue Kommunikationsmöglichkeiten zur Weiterentwicklung beitragen? – In: Herz, O./Seybold, H./Strobl, G. (Hrsg.), Bildung für nachhaltige Entwicklung. Globale Perspektiven und neue Kommunikationsmedien. Opladen: 29–45.

de Haan, G. (2002): Die Kernthemen der Bildung für eine nachhaltige Entwicklung. In: ZEP. Zeitschrift für internationale Bildungsforschung und Entwicklungspädagogik, 25. Jg., H. 1: 13–20.

Deutsches Nationalkomitee zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005): Nationaler Aktionsplan für Deutschland – UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Erste Fassung, Januar 2005. Unter: <http://www.dekade.org/hintergrundmaterial/Aktionsplan.pdf> (Stand: Juli 2005).

DGfE – Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften, Kommission „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ (2004): Forschungsprogramm „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“. Unter: http://www.umweltbildung.uni-osnabrueck.de/pub/uploads/Dgfe-Bfn/bfn_forschungsprogramm2004.pdf (Stand: April 2005).

DIPF – Deutsches Institut für Pädagogische Forschung (Koordination) (2003): Zur Entwicklung nationaler Bildungsstandards. Eine Expertise. Berlin.

DNR – Deutscher Naturschutzring & VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (2002): Zehn Jahre Bildung für nachhaltige Entwicklung in Deutschland aus der Sicht umwelt- und entwicklungspolitischer Organisationen. Ein Bilanz- und Positionspapier anlässlich des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg, August / September 2002. Bonn.

DUK – Deutsche UNESCO-Kommission (2003): Nachhaltigkeit lernen: Hamburger Erklärung der Deutschen UNESCO-Kommission zur Dekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005–2014). Verabschiedet auf der 63. Hauptversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission, 10. und 11. Juli 2003. Hamburg. Unter: <http://www.dekade.org/hintergrundmaterial/HamburgerErklaerung.pdf> (Stand: Januar 2005).

Europäische Kommission (2002): Strategie der Europäischen Union für die nachhaltige Entwicklung. Luxemburg.

Europäische Kommission (2005): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Entwurf einer Erklärung über die Leitprinzipien der nachhaltigen Entwicklung. Brüssel.

Europäischer Rat (2001): Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Europäischer Rat (Göteborg) 15. und 16. Juni. – Dok. SN 100/1/01. Unter: http://ue.eu.int/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00200-r1.d1.pdf (Stand: September 2004).

KMK – Kultusministerkonferenz (2003): Bildungsbericht für Deutschland. Erste Befunde. Opladen.

OECD – Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg., 2002): Definition and Selection of Competencies (DeSeCo): Theoretical and Conceptual Foundations: Strategy Paper. Unter: <http://www.portal-stat.admin.ch/desecco/index.htm>

OECD – Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (2004): Implementing Sustainable Development. Key Results 2001–2004.

Rode, H. (2005): Motivation, Transfer und Gestaltungskompetenz. Ergebnisse der Abschlussevaluation des BLK-Programms „21“. Forschungsgruppe Umweltbildung, Paper 05-176. Berlin.

Rychen, D. S. (2003): Key competencies: Meeting important challenges in life. In: Rychen, D. S.; Salganik, L. H. (Hrsg.): Key Competencies for a Successful Life and a Well-Functioning Society. Göttingen, S. 63–108.

Scheunpflug, A. (2001): Die globale Perspektive einer Bildung für nachhaltige Entwicklung. – In: Herz, O./Seybold, H./Strobl, G. (Hrsg.), Bildung für nachhaltige Entwicklung. Globale Perspektiven und neue Kommunikationsmedien. Opladen: 87–99.

UNECE – United Nations Economic Commission for Europe, Committee on Environmental Policy (2003): Statement on Education for Sustainable Development by the UNECE Ministers of the Environment. Fifth Ministerial Conference Environment for Europe, 21–23 May 2003, Kiev.

UNECE – United Nations Economic Commission for Europe, Committee on Environmental Policy (2005a): UNECE Strategy for Education for Sustainable Development. High-level Meeting of Environment and Education Ministries, 17–18 March 2005, Vilnius.

UNECE – United Nations Economic Commission for Europe, Committee on Environmental Policy (2005b): Vilnius Framework for the Implementation of the UNECE Strategy for Education for Sustainable Development. High-level Meeting of Environment and Education Ministries, 17–18 March 2005, Vilnius.

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2002): Education for Sustainability. From Rio to Johannesburg: Lessons learnt from a decade of commitment. Unter: http://portal.unesco.org/en/file_download.php/b53b49866e68498f047d88a843cf9aaflessons_learn.doc (Stand: Juli 2005).

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2002a): No Sustainable development without education. Unter: http://portal.unesco.org/en/ev.php-URL_ID=5751&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (Stand: Juli 2005).

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2004): United Nations Decade of Education for Sustainable Development 2005-2014. Draft International Implementation Scheme. Unter: http://portal.unesco.org/education/en/file_download.php/03f375b07798a2a55dc39db7aa8211Final+IIS.pdf (Stand: Juli 2005).

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2004a): Education for Sustainable Development Information Brief: World Summit on Sustainable Development: Reaffirming a Common Goal. Unter: http://portal.unesco.org/education/en/file_download.php/fe678c2d222e40a46a85cbe5e1ec9d0cbrief+WS+SD+Joburg.pdf (Stand: Juli 2005).

UNESCO – United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization (2004b): Education for Sustainable Development Information Brief: UN Decade of Education for Sustainable Development (2005-2014). Unter: http://portal.unesco.org/education/en/ev.php-URL_ID=27234&URL_DO=DO_TOPIC&URL_SECTION=201.html (Stand: Juli 2005).

United Nations Economic and Social Council (Hrsg.; 2001): Education and Public Awareness for Sustainable Development. Report of the Secretary-General. Unter: <http://daccessdds.un.org/doc/UNDOC/GEN/N01/292/58/PDF/N0129258.pdf?OpenElement> (Stand: Juli 2005).

van Ackeren, I.; Hovestadt, G. (2004): Indikatorisierung der Empfehlungen des Forums Bildung. Berlin.

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (2005): Kurs auf eine nachhaltige Entwicklung – Lernen für eine zukunftsfähige Welt. Ein Diskussionsbeitrag des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ 2005-2014. Bonn.

WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2002): World Summit on Sustainable Development: Political Declaration and Johannesburg Plan of Implementation. Berlin.

Verzeichnis wichtiger Internetadressen**A**

Aachener Stiftung Kathy Beys	www.aachener-stiftung.de
Adolf Grimme Institut	http://www.grimme-institut.de
„Agenda-Transfer. Agentur für Nachhaltigkeit“	http://www.agenda-transfer.de
Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit	http://www.apug.de
Allianz-Stiftung	www.allianz-umweltstiftung.de
ANU (Portal für Umweltbildung)	http://www.umweltbildung.de
ANU-Landesverband Bayern	http://www.umweltbildung-in-bayern.de
Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke	http://www.ven-nds.de/agl.htm
Arbeitsgemeinschaft für Natur- und Umweltbildung	http://www.anu.de
Association of University Leaders for a Sustainable Future	http://www.ulsf.org
Auswärtiges Amt	http://www.auswaertiges-amt.de

B

Beispielsammlung über gelungene Praxisbeispiele beruflicher Umweltbildung	http://www.iub-hannover.de
Bertelsmann Stiftung	http://www.bertelsmann-stiftung.de
Bildungsforum der Friedrich-Ebert-Stiftung	http://www.bildungsforum21.de
Bildungsserver des BMBF	http://www.bildungsserver.de
„BioDets“ – Biodiversity Detectives	http://www.biodets.net/dyn/7212.htm
BLK-Programm „21“	http://www.blk21.de
BLK-Programm „Demokratie lernen und leben“	http://www.blk-demokratie.de
BLK-Programm „Lebenslanges Lernen“	http://www.blk-lll.de/LLL/
BLK-Programm „SINUS transfer“	http://www.sinus-transfer.de
BLK-Programm „Transfer-21“	http://www.transfer-21.de
BMU-Bildungsservice	http://www.bmu.de/bildungsservice
BMU/Öffentlichkeitskampagne zum 10-jährigen Bestehen des Übereinkommens über die biologische Vielfalt im Jahr 2002	http://www.biologischevielfalt.de
Brot für die Welt	http://www.brot-fuer-die-welt.de
Bundesakademie für öffentliche Verwaltung (BAkÖV)	http://www.bakoev.bund.de
Bundesinstitut für Berufsbildung	http://www.bibb.de
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit	http://www.bmwa.bund.de
Bundesministerium für Bildung und Forschung	http://www.bmbf.de
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	http://www.bmfsfj.de
Bundesministerium der Finanzen	http://www.bundesfinanzministerium.de
Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung	http://www.bmgs.bund.de
Bundesministerium des Innern	http://www.bmi.bund.de
Bundesministerium der Justiz	http://www.bmj.bund.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	http://www.bmu.de
Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	http://www.verbraucherministerium.de
Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	http://www.bmwbw.de
Bundesministerium der Verteidigung	http://www.bmvg.de
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	http://www.bmz.de
„BundesUmweltWettbewerb“	http://www.ipn.uni-kiel.de/projekte/buw/umwelt1.htm
Bundeszentrale für politische Bildung	http://www.bpb.de
Bund für Umwelt- und Naturschutz	http://www.bund.net
C	
Agenda Transfer Agentur für Nachhaltigkeit	http://www.agenda-transfer.de
„Ch@t der Welten“	http://www.chatderwelten.de
„Chemie im Kontext“	http://www.chik.de
Clearing-Stelle Umweltbildung des DIE	http://www.die-frankfurt.de/clear
Copernicus Campus	http://www.copernicus-campus.org
COPERNICUS-Charta	http://www.copernicus-campus.org/sites/charta.html
D	
Dakar Framework for Action on Education for All (EFA)	http://www.unesco.org/education/efa/ed_for_all/dakfram_eng.shtml
Dechema Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie e. V.	http://www.dechema.de
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	http://www.dbu.de
Deutscher Entwicklungsdienst	http://www.ded.de
Deutsche Gesellschaft für Erziehungswissenschaften (DGfE)	http://www.dgfe.de
Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	http://www.gtz.de
Deutsche Welthungerhilfe	http://www.welthungerhilfe.de
Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE)	http://www.die-frankfurt.de
Deutsche Stiftung Weltbevölkerung	http://www.dsw-online.de
Development Education Association	http://www.dea.org.uk
E	
„Echt gerecht: Clever kaufen“	http://www.echtgerecht.de
„EcoTopTen – Innovationen für einen nachhaltigen Konsum“	http://www.ecotopten.de
Econtur	http://www.econtur.de
„einfach anders altern“	http://www.dritteslebensalter.de
Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)	http://www.eine-welt-netz.de

F

„Facing Sustainability Award“	http://www.facing-sustainability.de
„fair feels good“	http://www.fair-feels-good.de
„fairstärkung für Niedersachsen“	http://www.fairstaerkung.de
Friedrich-Ebert-Stiftung	http://www.fes.de
Friedrich-Naumann-Stiftung	http://www.fnst.de
„Förderprogramm Demokratisch Handeln“	http://www.demokratisch-handeln.de/wettbewerb/index.html
Forum Umwelt & Entwicklung	http://www.forumue.de
„Forschung für Nachhaltigkeit“	http://www.fona.de

G

Ganztagsschulen (Investitionsprogramm)	http://www.ganztagsschulen.org
Gemeinnützige Hertie-Stiftung	http://www.ghst.de
Global Campus 21	http://www.global-campus.org
Global Education Network Europe at the North-South-Centre	http://www.nscentre.org
Global Education Week	http://www.oneworld.at/globaleducationweek
Global Higher Education for Sustainability Partnership	http://www.unesco.org/iau/sd/sd_ghesp.html
„globale Bildungskampagne“	http://www.bildungskampagne.org
GLOBO:LOG	http://www.globolog.net
„Graslöwe“	http://www.grasloewe.de
Grundwerteforum der Friedrich-Ebert-Stiftung	http://www.grundwerteforum21.de
Gruppe 2004	http://www.uni-lueneburg.de/gruppe2004
„Gute Beispiele“ für Lokale Agenda 21 Projekte	http://www.gute-beispiele.net

H

Hanns-Seidel-Stiftung	http://www.hss.de
Hans-Böckler-Stiftung	http://www.boeckler.de
Heinrich-Böll-Stiftung	http://www.boell.de
Herbert-Quandt-Stiftung	http://www.h-quandt-stiftung.de
Hochschulplattform UNI 21 für Nachhaltigkeit	http://www.hochschulplattform-uni21.de

I

Inkota-Stiftung	http://www.inkota.de
Institut für Umweltschutz in der Berufsbildung	http://www.iub-hannover.de
Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien	http://www.renewables2004.de
Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH	http://www.inwent.org
Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB)	http://www.bmbf.de/de/1125.php

J

Johannesburg Plan of Implementation: http://www.un.org/esa/sustdev/documents/WSSD_POI_PD/English/POIToc.htm

„Jugend forscht“ <http://www.jugend-forscht.de>

K

Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie <http://www.kkstiftung.de>

Katholische Fonds http://www.muenchen.missio.de/kath_fonds

„Klima-Bündnis-Schule 2005“ <http://www.klimabuendnis.org/>

Konrad-Adenauer Stiftung <http://www.kas.de>

L

Landesstiftung Baden-Württemberg <http://www.landesstiftung-bw.de>

Landesbund für Vogelschutz in Bayern <http://www.lbv.de>

„Lehrer-Online“ <http://www.lehrer-online.de>

„Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken“ <http://www.lernende-regionen.info>

„Lernort Labor“ <http://www.lernort-labor.de>

M

Millenium Development Goals <http://www.un.org/millenniumgoals/>

Misereor <http://misereor.de>

MobilSpiel e.V. <http://www.mobilspiel.de>

Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ http://www.selbststaendige-schule.nrw.de/S__CmrP5w6z/

N

Nachhaltiger Filmblick <http://www.nachhaltiger-filmblick.de>

„Naturschutz 21“ „Spots for nature“ <http://www.naturschutz21.de>

„Naturdetektive“ <http://www.naturdetektive.de>

Niedersächsische Lotto-Stiftung <http://www.lottostiftung.de>

Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung in NRW <http://www.sue-nrw.de>

O

Online-Nachhaltigkeitslexikon <http://www.nachhaltigkeit.info>

Otto-Stiftung <http://www.michaelottostiftung.de>

P

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung http://www.bundestag.de/parlament/parl_beirat/

„Physik im Kontext“ <http://www.physik-im-kontext.de>

Q

Qualifizierungsprogramm ANU 2000 http://www.umweltbildung.de/nachhaltigkeit/index_anu2000.html

R

Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE)	http://www.nachhaltigkeitsrat.de
„richtig leben – zukunftsfähige Entwicklung in ev. Kindertagesstätten“ (Modellprojekt)	http://www.umwelt-nek.de/r_leben.htm
Robert Bosch Stiftung	http://www.bosch-stiftung.de
Rosa Luxemburg Stiftung	http://www.rosaluxemburgstiftung.de

S

Sachverständigenrat für Umweltfragen	http://www.umweltrat.de
„Schulen ans Netz“	http://www.bionet.schule.de
„Schule-Wirtschaft/Arbeitsleben“	http://www.swa-programm.de
Schulwettbewerb „alle für EINE WELT EINE WELT für alle“	http://www.eineweltfueralle.de
Servicestelle LOKALE AGENDA 21	http://www.agendaservice.de
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt	http://www.service-eine-welt.de
SINUS-Transfer-Programm	http://www.sinus-transfer.de
S.O.F. Save Our Future – Umweltstiftung	http://www.save-our-future.de
„Stadt 2030“ im Rahmen des Forschungsprogramms „Bauen und Wohnen im 21. Jahrhundert“	http://www.stadt2030.de
Stiftung Deutsche Welthungerhilfe	http://www.stiftung-deutsche-welthungerhilfe.de
Stiftung Entwicklung und Frieden	http://www.sef-bonn.org
Stiftung Naturschutz Berlin	http://www.stiftung-naturschutz.de
Stiftung Nord-Süd-Brücken, Berlin	http://www.nord-sued-bruecken.de
„Strategische Unternehmensentwicklung Umweltbildung“	http://www.stratum-consult.de
Stork Foundation	http://www.the-stork-foundation.de/de/index.php
„Sustainable University“	http://www.uni-lueneburg.de/sustuni

T

Teaching and Learning for a Sustainable Future	http://www.unesco.org/education/tlsf
Tu Was	http://www.tuwas.net

U

Umweltforum für Aktion und Zusammenarbeit	http://www.ufaz.de
Umweltschulen in Europa	http://www.eco-schools.org
UN-Dekade	http://www.dekade.org
„Bildung für nachhaltige Entwicklung“ UNESCO	http://www.unesco.de

V

Verein für Friedenspädagogik in Tübingen	http://www.friedenspaedagogik.de
VENRO Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen	http://www.venro.org
„Victor-Klemperer-Jugendwettbewerb 2005“	http://www.victor-klemperer-wettbewerb.de/home.html
Volkswagenstiftung	http://www.volkswagen-stiftung.de

W

Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung:
Globale Umweltveränderungen (WBGU)

<http://www.wbgu.de>

World University Service

<http://www.wusgermany.de>

Z

Zivildienststellen im Naturschutz

<http://www.bfn.de>

„Zukunftspiloten“

<http://www.zukunftspiloten.de>

